

6. Selbstverständnis, Selbstdarstellung und Vergangenheitspolitik

Alison Kraft, Jürgen Renn, Florian Schmaltz, Juliane Scholz

6.1 Einleitung¹

Selbstverständnis und Selbstdarstellung sind eng miteinander verbunden: Man stellt dar, was man ist oder sein möchte, und man begreift sich oft auch so, wie man sich darstellt. Die Selbstdarstellung, die zunächst auf ein Außen gerichtet ist, hat, mit anderen Worten, Rückwirkungen auf das innere Selbstverständnis. In der historischen Entwicklung der MPG entfaltete sich dieses Wechselverhältnis über Jahrzehnte und war durch das Zusammenspiel ihrer verschiedenen Akteure geprägt. Ihr Selbstverständnis ist in einem umfassenden Sinne das ihrer Wissenschaftlichen Mitglieder (WM), ihrer herausgehobenen Repräsentanten, ebenso wie das ihrer Mitarbeiter:innen. Ihre Selbstdarstellungen obliegen allerdings den damit betrauten Funktionsträgern und Organen. Über den hier betrachteten Zeitraum lösten sich mehrere Generationen der Träger dieses Selbstverständnisses ab; neue Repräsentanten und Einrichtungen übernahmen die Aufgabe der Selbstdarstellung.

Der folgende Text beschreibt den Wandel des Selbstverständnisses und der Selbstdarstellungen der MPG von ihrer (Wieder-)Gründung aus der unter diesem Namen nicht länger tragbaren Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bis zum Beginn des neuen Jahrtausends sowie die Rolle, die die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit der KWG dabei spielte. In welchem Zusammenhang standen die Entwicklungen von Selbstverständnis und Selbstdarstellung, jeweils geformt durch unterschiedliche Akteurskonstellationen? Wie hat das Selbstverständnis der MPG ihre Außendarstellung beeinflusst und welche Rückwirkungen hatte das öffentliche Agieren der MPG auf ihr Selbstverständnis? Wie stabil waren die jeweiligen Konstellationen von Selbstverständnis und Selbstdarstellung?

Wann und weshalb kam es zu Veränderungen? Wo gab es Blockaden und Defizite?

Den Ausgangspunkt der folgenden Darstellung bildet die starke Prägung des Selbstverständnisses der MPG durch den Traditionsbezug auf die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft oder, genauer gesagt, auf den Gründungsmythos der KWG (Abschnitt 2). Erst sehr spät, nach der deutschen Einigung, brach die MPG explizit mit diesem Traditionsbezug. Eine Schlüsselrolle spielte dabei Hubert Markl, der erste Präsident, der selbst nicht aus der MPG hervorging und der auch in anderen Hinsichten das Selbstverständnis der MPG maßgeblich veränderte, insbesondere im Hinblick auf die Vergangenheitspolitik der MPG.

Nach einem kurzen Rückblick auf diese prägende Rolle der KWG geht es um die Selbstdarstellungen der MPG, wie sie in den Reden ihrer Präsidenten zum Ausdruck kamen (Abschnitt 3). Auch hier steht über alle Epochen hinweg Kontinuität im Vordergrund, die, was die Kernbotschaft der MPG betrifft, also ihren Anspruch, nach Exzellenz zu streben und sie auch erreicht zu haben, keinen Bruch aufwies. Diese ebenso nach außen wie nach innen gerichteten Selbstdarstellungen übten gewiss zugleich eine Bindewirkung auf die Wissenschaftlichen Mitglieder aus, die sich als Teil einer Leistungselite fühlen durften. Dennoch gab es offenbar ein Spannungsverhältnis zwischen ihrem Selbstverständnis als Mitglieder einer Gesellschaft und als Direktor:innen weitgehend autonomer Institute. Dies wird ebenfalls anhand der Präsidentenreden deutlich, in denen – bis heute – immer wieder die Frage nach wissenschaftlichem Austausch und Kohäsion innerhalb der MPG und ihrer verstreut arbeitenden Institute aufgeworfen wird.

Beständigkeit und Wandel des Selbstverständnisses der MPG lassen sich an ihrem Verhältnis zum NS-Erbe

¹ Der nachfolgende Text stammt von Jürgen Renn.

der Vorgängerinstitution besonders eindrucksvoll ablesen (Abschnitt 4). Dieses Erbe wurde über Jahrzehnte verdrängt und beschönigt, Täter:innen wurden geschützt und Opfer abgewiesen. Dies geschah trotz einer zunehmend kritischen Forschung zur Wissenschaftsgeschichte im NS seit den 1980er-Jahren und trotz der mahnenden Stimmen Einzelner auch innerhalb der MPG. Erst gegen Ende der 1990er-Jahre begann sich die Situation allmählich zu verändern. Hier wird zunächst den Gründen für die langfristige Stabilität dieser Abwehrhaltung nachgegangen, die zum Teil in der personellen und institutionellen Kontinuität zwischen KWG und MPG zu suchen sind und zum Teil in der Konstruktion eines apolitischen Wissenschaftsbildes. Ein solches Wissenschaftsbild lässt der Wissenschaft ihre Selbstgleichschaltung und Mitwirkung an Rüstungsforschung und NS-Verbrechen als Missbrauch durchgehen, befreit sie so von jeder Verantwortung und erlaubt es ihr sogar, selbst als Opfer zu gelten. Die Selbstdarstellung der MPG als Wissenschaftselite wirkte hier zugleich als Schutzschirm gegen Selbstkritik, wie sie zuvor als Mittel des »Whitewashing« in der Entnazifizierung gewirkt hatte.

Wissenschaftsbilder werden nicht nur durch Präsidentenreden, sondern auch durch Institutionen geformt und gefestigt. In der MPG entstanden in den 1970er-Jahren zwei solcher Institutionen: das Pressereferat und das Archiv der MPG (Abschnitt 5). Ihre unterschiedlichen Entwicklungen sind daher ein zentrales Thema des folgenden Textes, beginnend mit der Gründung und frühen Entwicklung des Pressereferats. Die traditionelle Öffentlichkeitsarbeit der MPG stand zunächst in enger Verbindung mit ihren Vereinsaktivitäten, wie der jährlichen Hauptversammlung oder der Bekanntgabe von wissenschaftlichen Veröffentlichungen. Ab den 1960er-Jahren rückten dagegen angesichts des gestiegenen öffentlichen Interesses an wissenschaftlichen Erkenntnissen und dem stark wachsenden wissenschaftspolitischen Legitimationsdruck zunehmend strategische Interessen der Gesellschaft in den Vordergrund. In den 1990er-Jahren erfolgte schließlich eine weitgehende Modernisierung der Wissenschaftskommunikation der MPG. Hinzu kam die zunehmende Internationalisierung der MPG und die dadurch entstandene »kommunikative Lücke« als neue Herausforderung für interne und externe Kommunikationsprozesse, deren Bewältigung weitreichende Konsequenzen für die Entwicklung des Selbstverständnisses der MPG hatte. Besonders deutlich zeigte sich dies bei der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit: Je mehr ausländische Wissenschaftliche Mitglieder an Bord kamen, umso weniger war ein Weiter-so in der Vergangenheitspolitik möglich. Mit der 1973 beschlossenen Gründung eines eigenen Archivs prägte die MPG ihr Bild von Wissen-

schaft auf eine ganz andere Weise. Sie sicherte sich durch die Kontrolle über den Aktenzugang eine gewisse Steuerungsmöglichkeit der historischen Forschung zu ihrer eigenen Geschichte und auch der ihrer Vorgängerorganisation. Zur Ausbildung eines historischen Gedächtnisses der Gesellschaft mit Einfluss auf ihr Selbstverständnis wurde es jedoch kaum genutzt.

Da in dieser Zeit ein stärkeres Interesse der internationalen wissenschaftshistorischen Forschung an von der MPG bewahrten historischen Dokumenten aufkam, erwog die MPG-Leitung sogar, das Archiv langfristig zu einem wissenschaftshistorischen Institut weiterzuentwickeln, nahm aber aufgrund der Haushaltslage von solch ehrgeizigen Plänen Abstand. Aber auch nachdem es Mitte der 1990er-Jahre zur Gründung eines solchen Instituts gekommen war, blieb der Aufgabenbereich des Archivs als Teil der Generalverwaltung auf den Sammlungsauftrag beschränkt und gegen die aktuellen Forschungen der Wissenschaftsgeschichte nahezu abgegrenzt. Dies hinderte das Archiv allerdings nicht daran, als Akteur der Wissenschaftskommunikation nach außen, insbesondere im Hinblick auf die Vergangenheitspolitik der MPG, tätig zu werden. Dabei bildete sich gegenüber einer lauter werdenden Kritik am Umgang der MPG mit ihrem KWG-Erbe eine Abwehrhaltung heraus, die sich im Laufe anhaltender Auseinandersetzungen noch verhärtete und geradezu eine Wagenburgmentalität hervorrief. Abgeschottet von der aktuellen wissenschaftshistorischen Forschung konzentrierte das Archiv sich nicht nur auf seine Rolle als Sammlungs- und Kontrollinstanz der historischen Dokumente, sondern entwickelte sich zugleich zu einem einflussreichen Ratgeber der Leitungsebene, der diese in ihrer Beschützerrolle gegenüber einem vermeintlich unbefleckten KWG-Erbe bestärkte.

Die Folgen dieser auf Verteidigung und Abschottung zielenden Haltung für die Wahrnehmung der MPG in der öffentlichen Debatte um das NS-Erbe der KWG waren gravierend (Abschnitt 6). Statt brisante Themen aufzugreifen, den Kritiker:innen Einblick in die historischen Dokumente zu gewähren und selbst vorausschauend Probleme zu identifizieren, blieb die MPG bis weit in die 1990er-Jahre hinein reaktiv und wurde erst tätig, wenn es unvermeidlich erschien. Nachdem die MPG bereits in ihren Anfängen die Chance zu einer klaren Abgrenzung gegenüber dem NS-Erbe versäumt hatte, verstrickte sie sich in den 1980er-Jahren, herausgefordert durch ihre Kritiker:innen, noch einmal in zweifelhafte Abweigerungs- und Vertuschungsmanöver.

Vor dem Hintergrund nicht nachlassenden öffentlichen Interesses an der NS-Vergangenheit der KWG bildete sich schließlich, im Zusammenhang mit der Gründung des Max-Planck-Instituts für Wissenschaftsgeschichte

Mitte der 1990er-Jahre, eine neue Haltung der MPG heraus. Das Umdenken begann gegen Ende der Amtszeit von Präsident Zacher, wurde durch den Amtsantritt von Hubert Markl forciert und entwickelte sich durch Markls öffentliches Auftreten zu Ansätzen für ein neues Selbstverständnis der MPG. Einen Beitrag dazu leistete auch die Gründung einer Präsidentenkommission zur Aufarbeitung der NS-Geschichte der KWG mit ihrer besonderen institutionellen Konstruktion: Von der MPG finanziert und durch Ansiedelung am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte administrativ unterstützt, lag die Leitung und Durchführung der einschlägigen Forschungen in der Hand von unabhängigen Expert:innen. Die Wahrnehmung ihrer Ergebnisse durch die Mitglieder der MPG blieb jedoch selektiv und deren Wirkung auf das Selbstverständnis der MPG den eingespielten Verdrängungsmechanismen unterworfen.

Konzertierte Anstrengungen seitens der MPG-Leitung, das Bild der MPG zu prägen, richteten sich in den 1990er-Jahren wiederum eher nach außen, in Richtung Politik und Öffentlichkeit (Abschnitt 7). Gestützt auf die Beratung durch eine Agentur orientierten sie sich am Vorbild zeitgemäßer Unternehmenskommunikation. Erklärtes Ziel der in dieser Zeit stark ausgebauten Öffentlichkeitsarbeit war es, die Corporate Identity der MPG zu schärfen und möglichst effektiv und zielgruppenorientiert nach außen zu kommunizieren. Im Zentrum der Kommunikation stand die Kernbotschaft, die sich bereits durch alle Präsidentenreden seit Gründung der MPG hindurchgezogen hatte, die nun aber stärker als nationale und internationale Positionierung der Organisation als Ganzes akzentuiert wurde: die MPG als international anerkannte »Leistungselite«. Sehr viel offensiver als zuvor setzte die MPG auf die Nutzung neuer Kommunikationsformen. So avancierte das World Wide Web bereits in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre für die MPG zu einem neuen Medium der Selbstdarstellung.

Die Darstellung schließt mit einer Betrachtung, die auf der Grundlage der Einzelstudien Antworten auf die oben gestellten Fragen zu geben versucht und zusammenfassend das Spannungsfeld beschreibt, in dem sich Selbstverständnis und Selbstdarstellung der MPG seit ihren Anfängen bewegen (Abschnitt 8). Die sich daraus ergebende zentrale Frage ist die nach der Rolle des his-

torischen Gedächtnisses für das Selbstverständnis und die Selbstdarstellung der MPG, eine Frage, die bis heute ungelöst ist.

6.2 Das Selbstverständnis der MPG und seine Prägung durch die KWG²

6.2.1 Gründungsmythos und fiktiver Erinnerungsort

Im institutionellen Selbstverständnis und Gedächtnis der MPG spielte der Traditionsbezug auf die 1911 gegründete KWG als kulturelles und soziales Kapital eine zentrale Rolle. Die KWG galt im deutschen Wissenschaftssystem, neben den Industrielaboren und den vor und seit der Reichsgründung 1870 entstandenen staatlichen Versuchsanstalten, als erfolgreicher dritter Typus außeruniversitärer Forschungsorganisationen.³ Ihrem Selbstbild und Selbstverständnis nach beanspruchte die KWG und in ihrer Nachfolge die MPG für sich im nationalen Wissenschaftssystem die Position der wissenschaftlichen Eliteorganisation international anerkannter Spitzenforschung. Bei den Jubiläumsfeiern der MPG 1951, 1961 und 1986 bildete das Gründungsdatum der KWG den historischen Fluchtpunkt der Präsidentenreden und historischen Selbstdarstellungen.⁴

Erstmals löste sich die MPG 1998 von ihrer Fixierung auf die Gründung der KWG, als sie ihr eigenes Jubiläum zum 50-jährigen Bestehen feierlich beging. Der zwei Jahre zuvor zum Präsidenten ernannte Hubert Markl nutzte diese Gelegenheit, um in seiner Ansprache den Traditionsbezug zur KWG als »*invented tradition*«⁵ zu problematisieren, was kein MPG-Präsident vor ihm gewagt hatte.⁶ In seiner am 28. Februar 1998 auf dem Festkolloquium zum 50. Jahrestag der Gründung der MPG gehaltenen Ansprache reflektierte er die Funktion von Jubiläen. Institutionen sehnten sich, so Markl, wie Menschen nach Aufmerksamkeit und liebten »die Selbstmythologisierung durch Rekapitulation ihrer Herkunftsgeschichte«. Nichts eigne sich dazu mehr als Jubiläumsfeiern, weshalb »Selbstbesinnung zur Identitätsversicherung zu den regelmäßigen Initiationsriten langlebiger Organisationen« gehörten. Für jede Institution sei es von besonderer Bedeutung, was, wann und wie erinnert werde. Verwundert

2 Der nachfolgende Text stammt von Florian Schmalz.

3 Zur Industrieforschung siehe Meyer-Thurow, *Industrialization*, 1982; Erker, *Verwissenschaftlichung*, 1990; Reinhardt, *Forschung in der chemischen Industrie*, 1997; Marsch, *Wissenschaft*, 2000. Zu den staatlichen Versuchsanstalten siehe Pfetsch, *Zur Entwicklung der Wissenschaftspolitik in Deutschland*, 1974; Szöllösi-Janze, *Geschichte der außeruniversitären Forschung*, 1996, 1191–1198.

4 Hahn, *Ansprache*, 1951; Butenandt, *Standort*, 1961; Staab, *Kontinuität und Wandel*, 1986.

5 Hobsbawm und Ranger, *Invention*, 1992.

6 Hierzu und zum Folgenden Markl, *Blick*, 1998, 10–12, dort auch die Zitate. – Zur Gründungsgeschichte ausführlich oben, Kap. II.2.

stellte Markl daraufhin fest, dass sich die MPG »bisher eigentlich noch nie gefeiert« hatte: »Im Jahre 1958, gerade 10jährig, wird darüber kein Wort verloren. Aber drei Jahre später, 1961, sind 50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und 1986 der 75. Jahrestag Anlaß genug zum Feiern und Erinnern.«

Als erster Präsident hinterfragte Markl in seinem selbstkritischen Rückblick, ob sich die MPG »nur als neu benannte Fortsetzung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft« verstehen sollte. Markl beantwortete die Frage mit »Ja und Nein«. Für die Kontinuität spreche die im Februar 1948 beschlossene Übernahme der Wissenschaftlichen Mitglieder der KWG in die MPG, die, wie die zeithistorische Forschung gezeigt habe, »nicht nur in kriegswichtige Rüstungsprojekte, sondern auch in das Unrechtshandeln der Nazi-Diktatur verstrickt« gewesen seien. Deshalb könne sich die MPG »nicht davon dispensieren [...], auch die Bürde dieser Vorgeschichte unserer eigenen Geschichte zu tragen und dadurch unseren Beitrag zur vorbehaltlosen Aufklärung der Verantwortung zu übernehmen«. Man könne sich »nicht im Licht der Ruhmestaten der Forscher der ersten Jahrzehnte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft sonnen, ohne zugleich auch von den dunklen Schatten getroffen zu werden, die auf die Wissenschaft in Deutschland im Dritten Reich fallen«.

Vergleicht man die Rede Markls mit der Jubiläumsansprache zum 50-jährigen Bestehen der KWG, die Adolf Butenandt auf der Hauptversammlung der MPG 1961 gehalten hatte, wird deutlich, auf welche Tabus Markl in seiner Rede anspielte. Butenandt war in seiner Ansprache lediglich in einem Satz auf die im Nationalsozialismus aus der KWG vertriebenen Wissenschaftler:innen eingegangen: »Erst die Zeit nach 1933«, so Butenandt, ohne konkrete Akteure oder das NS-Regime beim Namen zu nennen, habe »der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bei Wahrung ihres äußeren Bestandes unwiederbringliche Verluste« gebracht, »und zwar an hochangesehenen Gelehrten und ihren Schulen, damit auch an jungen, begabten Nachwuchskräften, von denen ja die stetige Aufwärtsentwicklung der Forschung in erster Linie abhängt«. ⁷ Weshalb und unter welchen Umständen die »hochangesehenen Gelehrten« das Land und die KWG hatten verlassen müssen, dass es sich größtenteils um jüdische bzw. nach den Definitionen der antisemitischen NS-Rassegesetze

um »nicht-arische« sowie einige politische Verfolgte gehandelt hatte, hielt Butenandt nicht für erwähnenswert.

Die institutionelle Selbst-Viktimisierung der KWG blendete die Mitwirkung der Generalverwaltung an den Verfolgungsmaßnahmen und an ihrer Selbstgleichschaltung im Nationalsozialismus aus. In seiner Rede widmete Butenandt der NS-Vergangenheit der KWG noch zwei weitere Sätze, in denen er behauptete, das von der KWG »1911 verwirklichte Prinzip einer weitgehenden Distanz vom Staate und seinen Reglementierungen« habe sich nach 1933 bewährt. Bis zum Kriegsbeginn 1939 sei es gelungen, »in immer stärkerem Maße, Kontakte mit dem Ausland zu pflegen und mit vielen jener Kollegen, die uns hatten verlassen müssen, in wissenschaftlichem Gedankenaustausch zu bleiben«. ⁸

In ihrem Traditionsbezug auf die KWG als »Erinnerungsort« ⁹ knüpfte die MPG an Narrative an, die von Protagonisten ihrer Vorgängerorganisation schon früh entwickelt worden waren. Dieser vergangenheitspolitisch konstruierte Erinnerungsort fungierte – im Sinne Bourdieus – als kulturelles Kapital in ihrem Erinnerungshaushalt. ¹⁰ In einer 1921 anlässlich des zehnjährigen Bestehens der KWG von ihrem Generalsekretär Friedrich Glum gehaltenen Rede proklamierte dieser als »historische Mission« der KWG die »Förderung der Wissenschaften zum Nutzen der Forschung und zur Ehre des Vaterlandes« ¹¹ und schrieb Kaiser Wilhelm II. die federführende Initiative zur Gründung der KWG zu. Sie sei »einer der glücklichsten Einfälle des an organisatorischen Ideen so reichen Kaisers anlässlich der Feier des hundertjährigen Bestehens der Universität Berlin« gewesen, behauptete Glum zu einem Zeitpunkt, als sich Wilhelm II. nach seiner Absetzung infolge der Novemberrevolution von 1918 schon einige Jahre im niederländischen Exil aufhielt und seine satzungsgemäße Funktion als »Protector« der KWG nicht mehr wahrnahm. ¹²

Der Gründungsmythos der KWG, wonach die Wissenschaftsgesellschaft auf Initiative Wilhelm II. geschaffen worden sei, überzeichnete freilich dessen wirkliche Rolle. Dabei hatte der Monarch als »Protector« der KWG zu deren Gründung kaum mehr als einige Unterschriften auf ihm vorgelegten Spenden- und Gründungsaufufen beigetragen sowie eine ihm vorformulierte Rede auf der Jubiläumsfeier der Berliner Universität im Januar 1911

⁷ Butenandt, 50 Jahre, 1961, 226.

⁸ Ebd.

⁹ François und Schulze, Einleitung, 2001; Nowak, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 2001; Siebeck, Erinnerungsorte, 2017.

¹⁰ Bourdieu, Ökonomisches Kapital, 1992.

¹¹ Glum, Zehn Jahre, 1921, 283.

¹² Ebd., 300.

vorgelesen.¹³ Für die noch im Kaiserreich geborenen und sozialisierten Wissenschaftler bildete die Erinnerung an den monarchischen Gründungsakt einen Glanzpunkt der preußischen Wissenschaftsgeschichte. Der Gründung der KWG haftete die majestätische Aura an, die mit dem kaiserlichen Dekret und der inszenierten Gründungsfeier verbunden war. Politik und Wissenschaft bestärkten sich dabei gegenseitig: »Das Kaisertum profitierte von der Aura wissenschaftlich-technischer Modernität, die Forschung vom Glanz der Krone«, wie der Historiker Kurt Nowak bemerkte.¹⁴

Tatsächlich war die Gründung der KWG nicht auf die Initiative von Kaiser Wilhelm II. zurückzuführen, sondern von einer Phalanx von Wissenschaftlern, Ministerialbeamten und Mäzenen aus Kreisen der Hochfinanz und Industrie über mehrere Jahre vorbereitet und in mehreren Denkschriften über Aufgaben und Ziele konzeptionell entwickelt worden. Auch bei der vermeintlichen Unabhängigkeit der KWG von der Wirtschaft handelt es sich um einen Mythos, wie die Existenz der industrienahe Kaiser-Wilhelm-Institute für Kohlenforschung, für Eisenforschung, für Metallforschung und für Arbeitsphysiologie sowie die Aerodynamische Versuchsanstalt zeigen, die auf unterschiedliche Weise finanziell von industriellen Geld- und Auftraggebern abhingen. Auch die Übernahme von direkter Auftragsforschung für Industrie und Militär, wie im Bereich der Luftfahrtforschung, trug in erheblichem Umfang zur Finanzierung dieser Institute bei.¹⁵ Gleichwohl zählte die später verdrängte Tradition anwendungsnahe Forschung zunächst zum Kernbestand des institutionellen Selbstverständnisses, das die in der KWG sozialisierten Wissenschaftler nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bewahren und in die MPG übernehmen wollten, als sich deren Gründung infolge der von den alliierten Siegermächten angestrebten Auflösung der KWG als unvermeidbarer Kompromiss einer institutionellen Rettungsstrategie erwies.

6.2.2 Die KWG als symbolisches Kapital der MPG

Der Generalsekretär der MPG Ernst Telschow brachte in einem 1947 verfassten Schreiben an die britische Militäradministration das symbolische und kulturelle Kapital der KWG auf eine knappe Formel: »Die Bezeichnung Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ist ein Qualitätsbegriff und eine Art Schutzmarke (Trademark). Sie bietet die Gewähr für gute wissenschaftliche Leistung, geordnete Verwaltung, politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und Sparsamkeit in der Verwendung der Mittel.« Über diese »bewährten Grundsätze« hinaus benannte Telschow drei Prinzipien, die bei der Reorganisation der KWG künftig beachtet werden sollten, weil die »alliierten Nationen« wüssten, »welche Bedeutung die wissenschaftliche Forschung für den geistigen und materiellen Wiederaufbau in Deutschland und darüber hinaus für die ganze Welt« habe: »1. Unabhängigkeit von den Regierungsstellen und damit von bürokratischen und politischen Einflüssen, 2. Unabhängigkeit von der Industrie, 3. Freiheit in der Verwaltung und in der Verwendung der finanziellen Mittel. Dies ist die beste Sparsamkeit.«¹⁶

Führt man sich die drei Punkte genauer vor Augen, verbinden sie rhetorisch geschickt den historischen Bezug auf den Gründungsmythos der KWG mit einer Distanzierung vom angeblichen Primat von Politik und Industrie gegenüber der Wissenschaft unter den Bedingungen des NS-Systems. Zugleich wurde zukunftsorientiert die wissenschaftspolitische Forderung nach größtmöglicher Autonomie und Handlungsfreiheit in der Verwendung der Haushaltsmittel postuliert. Der Topos der Unabhängigkeit von Regierung, Ministerialbürokratie und Industrie knüpfte an die Formulierung Adolf von Harnacks in seiner Denkschrift zur Gründung der KWG an, in der er vor der »Gefahr der Abhängigkeit der Wissenschaften von Clique und Kapital« gewarnt hatte. Der zu gründenden neuen Wissenschaftsorganisation müsse staatlicherseits garantiert werden, einen »Weg zwischen der Tyrannei der Masse und der Bürokratie einerseits und der Clique und dem Geldsack andererseits« zu finden.¹⁷ Das Pochen auf Unabhängigkeit von Staat und Industrie spielte somit historisch auf die jüngste Vergangenheit an,

13 Burchardt, *Wissenschaftspolitik*, 1975; vom Brocke, KWG im Kaiserreich, 1990.

14 Nowak, *Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*, 2001, 60. Zum Wechselverhältnis von Politik und Wissenschaft als Ressourcen füreinander siehe Ash, *Wissenschaft und Politik*, 2002; Ash, *Reflexionen zum Ressourcenansatz*, 2016.

15 Rasch, *Vorgeschichte*, 1987; Flachowsky, *Wagenburg der Autarkie*, 2010; Flachowsky, *MPI für Eisenforschung*, 2010; Kieselbach, Deppe und Schwartz, *Eisenforschung*, 2019; Maier, »*Wehrhaftmachung*«, 2002; Maier, *Forschung*, 2007; Maier, *Max-Planck-Institut für Metallforschung*, 2010; Plesser und Thamer, *Arbeit*, 2012; Trischler, *Luft- und Raumfahrtforschung*, 1992; Epple und Schmaltz, *Max-Planck-Institut für Dynamik*, 2010; Schmaltz, *Nutzen*, 2010; Schmaltz, *Luftfahrtforschung*, 2016.

16 Telschow an Nordström, 13.10.1947, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 43, fol. 47–48. Siehe auch Rürup, *Kontinuität und Neuanfang*, 2006, 259.

17 Harnack an Trott zu Solz, 22.1.1910, ediert in: *Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, 50 Jahre KWG/MPG*, 1961, 95.

weil der Verweis auf die Einflussnahmen des NS-Staats und der deutschen Rüstungs- und Kriegsindustrie auf die KWG gut zu der von den Alliierten verfolgten Entmilitarisierung von Forschung und Industrie passte.¹⁸

Zu den auch in der Historiografie lange Zeit unhinterfragt aufgegriffenen und weiter kolportierten Narrativen zählt die These, die KWG und ihre Institute hätten reine Grundlagenforschung betrieben, die Wissenschaft gegen politische Eingriffe standhaft verteidigt und so die Integrität und den Kern wissenschaftlicher Institutionen gerettet. Der Topos des »Überlebens« der KWG im Nationalsozialismus prägte bis in die 1990er-Jahre auch die historische Forschung.¹⁹ Während nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten im Jahr 1933 zu keinem Zeitpunkt der institutionelle Fortbestand der KWG infrage gestellt war, befand sie sich 1945 erstmals in einer existenziellen Krise, als die alliierten Siegermächte die Auflösung der Wissenschaftsorganisation wegen ihres Beitrags zur Kriegsforschung anstrebten.²⁰ Als anstelle der zunächst vom Alliierten Kontrollrat beschlossenen vollständigen Auflösung der KWG deren Neugründung in reformierter Form debattiert wurde, war für die Alliierten klar, dass damit auch eine Umbenennung der Wissenschaftsorganisation einhergehen müsse.

Eine Wissenschaftsorganisation, die sich positiv auf Kaiser Wilhelm II. bezog, dessen Name im Ausland mit Säbelrasseln und Militarismus assoziiert wurde, hielten Angehörige der britischen Besatzungsverwaltung für unzeitgemäß und in einer demokratischen Republik, die nach der Befreiung von der NS-Herrschaft entstehen sollte, für unpassend. Vergeblich versuchte der amtierende Präsident der KWG, Otto Hahn, mit Unterstützung der Generalverwaltung die Namensänderung abzuwenden. Selbst für Hahn, der über den Verdacht erhaben war, Anhänger der Monarchie zu sein, besaß der Name KWG als kulturelles Kapital eine so starke symbolische Bindungskraft, dass ihm eine Umbenennung zunächst unvorstellbar erschien. Empört drohte er angesichts der geforderten Umbenennung im Juli 1946 mit seinem Rücktritt als Präsident und versuchte vergeblich, eine Welle von Protestbriefen zu lancieren. Als er erkannte,

dass die Umbenennung nicht abzuwenden war, lenkte er ein und stimmte der Neugründung unter dem Namen Max-Planck-Gesellschaft zu.²¹

6.3 Die Präsidentenreden²²

6.3.1 Kontinuität des institutionellen Narrativs

Die MPG war von Beginn an von dem Bestreben geleitet, Exzellenz in der Forschung zu erzielen und sich sowohl internationale Anerkennung als auch einen Platz in der Spitzengruppe der internationalen Forschungsinstitutionen zu sichern. Sie sah und sieht sich auf Augenhöhe mit der Elite der wissenschaftlichen Einrichtungen rund um den Globus – mit der ETH Zürich, mit Harvard und Caltech, mit den Universitäten von Cambridge und Oxford und in jüngster Zeit auch mit chinesischen Institutionen. Die MPG-Führung hat die Identität und das Ansehen der MPG als Flaggschiff der Grundlagenforschung in der Bundesrepublik Deutschland sowie als Teil der internationalen Wissenschaftselite bewusst gestaltet und konsequent kommuniziert, sowohl national als auch international. Dabei verbürgten die MPI-Direktor:innen Kontinuität über die wechselnden Präsidenschaften hinweg; an das Privileg ihrer Position und die akademische Kultur der MPG gewöhnt, trugen sie entscheidend dazu bei, diese Kultur zu bewahren und an die nachfolgenden Generationen weiterzugeben. Dennoch oblag es in erster Linie dem Präsidenten, die Traditionen und Werte der MPG aufrechtzuerhalten, für ihre Interessen und Prioritäten einzutreten und ihr Image und Prestige zu fördern.

Eine ausgezeichnete Gelegenheit, das Selbstverständnis der MPG zu präsentieren, bot sich bei den jährlich stattfindenden Hauptversammlungen der Gesellschaft. Die programmatischen Jahresansprachen der Präsidenten waren eine Art »Regierungserklärung«,²³ die im MPG-Jahrbuch abgedruckt wurden, das innerhalb Deutschlands und unter ausländischen Mitgliedern der MPG weite Verbreitung fand.²⁴ Die Reden beschworen nicht nur die Grundprinzipien der MPG, sondern gaben auf-

¹⁸ Siehe dazu unten, Kap. IV.10.2.

¹⁹ Die erste monografische Gesamtdarstellung zur Geschichte der KWG im Nationalsozialismus von Kristie Macrakis griff diesen Topos auf. Macrakis, *Surviving the Swastika*, 1993. Siehe auch Macrakis, *The Survival*, 1993; Macrakis, »Surviving the Swastika« Revisited, 2000.

²⁰ Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 1085–1090.

²¹ Ebd., 1090–1095. Siehe auch Aktennotiz: Besprechung zwischen Blount, Hahn und Telschow am 10.7.1946, 11.7.1946, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 4, fol. 40–41; Balcar, *Ursprünge*, 2019 sowie oben, Kap. II.2.2.4.

²² Der nachfolgende Text stammt von Alison Kraft.

²³ Siehe dazu auch oben, Kap. IV.4.2.3.

²⁴ Diese Information wurde mir freundlicherweise von Gottfried Plehn und Tanja Rahneberg (MPG-Pressestelle, München, April 2022) zur Verfügung gestellt, denen ich herzlich danke.

schlussreiche Einblicke in die Werte, Ansichten und Prioritäten der einzelnen MPG-Führung sowie in die Art und Weise, wie der jeweilige innerste Kreis um den Präsidenten versuchte, die Organisation im nationalen Kontext und auf der internationalen Bühne zu positionieren und zu fördern. Zudem behandelten sie Fragen und Probleme, mit denen die MPG konfrontiert war, und zeigten, wie die Präsidenten den Wandel des nationalen wie internationalen wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Umfelds, in dem die Gesellschaft agierte, aufmerksam im Blick behielten. Somit erfüllten die Präsidentenreden nicht zuletzt eine politische Funktion hinsichtlich der Beziehungen zu den primären Geldgebern der Gesellschaft – Bund und Ländern – sowie zu wichtigen Akteuren des nationalen Wissenschaftssystems wie etwa der DFG, den Universitäten und der Leopoldina, von denen alle hochrangige Vertreter:innen im Publikum saßen.

Überblickt man die Jahresansprachen der Präsidenten von den 1960er- bis in die 2000er-Jahre, so war darin eine Reihe von Kernprinzipien stets präsent. Zu ihnen zählen die Autonomie der MPG und ihrer Wissenschaftler:innen, ihre Identität als Hort der Grundlagenforschung, das Festhalten am Harnack-Prinzip, das mit der Verpflichtung auf Forschungsexzellenz in sämtlichen Disziplinen und Instituten eng verbunden ist, das Eintreten für internationale Zusammenarbeit und eine Internationalisierung innerhalb der MPG, die Bewahrung der MPG als ein Ort für herausragende Forschungstalente (die zunehmend aus aller Welt stammten) sowie das Engagement für die Stärkung des nationalen Wissenschaftssystems. In ihrer Summe ergaben sie ein institutionelles Narrativ, das die Aufgaben und Rollen sowie die Vision der MPG bestimmte.

Neben einigen wiederkehrenden Themen, wie die Beziehungen zu den Universitäten, die Stärkung von Austausch und Zusammenhalt zwischen den einzelnen Instituten sowie die Nachwuchsförderung, spielte in den Festreden das Budget der MPG durchgängig eine große Rolle – seine zentrale Bedeutung, sein Umfang, die negativen Auswirkungen jedweder Kürzung oder die Notwendigkeit einer Aufstockung der Mittel. In der Amtszeit von Heinz A. Staab kam die Klage über die Zunahme der Projektmittel zulasten der Grundfinanzierung hinzu. Dabei stellten die Präsidenten die staatliche Finanzierungsgarantie als Quelle von Stabilität und Sicherheit für die MPG und ihre Wissenschaftler:innen heraus. Sie war in ihren Augen entscheidend für die Stärkung der Forschungsleistung der MPG und ermöglichte es dieser, ihrer nationalen Rolle gerecht zu werden und ihre Position als internatio-

ner Leuchtturm der westdeutschen Wissenschaft zu bewahren. Das sahen ausländische Beobachter ähnlich. So hob ein Kommentarbeitrag in *Nature* 1986 anlässlich des 75-jährigen Bestehens der MPG/KWG hervor, dass »die Max-Planck-Gesellschaft oder MPG unter den öffentlich geförderten Forschungseinrichtungen etwas Besonderes, ja vielleicht sogar einzigartig« sei.²⁵ Zum selben Jubiläum schrieb der britische Wissenschaftsjournalist David Dickson in *Science*, dass die MPG »von Wissenschaftlern auf der ganzen Welt beneidet« werde, weil sie in den Genuss von etwas komme, »was Forschungseinrichtungen nur in wenigen anderen Ländern haben: eine umfangreiche öffentliche Finanzierung bei nahezu vollständiger wissenschaftlicher und administrativer Autonomie.«²⁶

Resümierend kann man sagen: Über fünf Jahrzehnte hinweg, in denen die Wissenschaft einen starken Wandel erlebte und die MPG wachsender Kritik aus den eigenen Reihen wie auch von außen ausgesetzt war, erwies sich das von den MPG-Präsidenten vertretene institutionelle Narrativ als bemerkenswert stabil. Die institutionellen Werte und die Kultur der MPG, ihre Strukturen und Praktiken blieben in wichtigen Aspekten weitgehend unverändert. Das Festhalten an einigen Grundprinzipien verlieh der Organisation Resilienz und bestimmte die Konturen einer institutionellen Strategie, mit der sie ihre Ziele erreichen konnte: Forschungsexzellenz und ein dauerhafter Status als »globaler Akteur«.

6.3.2 Akzentverschiebungen

Obwohl die von allen Präsidenten in ihren Reden beschworenen Grundprinzipien der MPG das ideelle Fundament der Organisation bildeten, gab es selbst auf dieser prinzipiellen Ebene wichtige Akzentverschiebungen. So hat die MPG zum Beispiel durchgängig ihren Einsatz für Forschungsexzellenz betont und im Lauf der Zeit zunehmend behauptet, sie in sämtlichen Instituten auch erreicht zu haben, doch die Argumente, mit denen sie dieses Narrativ untermauerte, wandelten sich. In den 1950er- und 1960er-Jahren (der Ära Otto Hahn und der Ära Adolf Butenandt) spielten Verweise auf die herausragenden Leistungen der Vorgängerinstitution KWG eine wichtige Rolle, verschwanden dann aber allmählich. Ab den 1980er-Jahren (der späteren Amtszeit von Reimar Lüst, gefolgt von Heinz A. Staab, Hans F. Zacher und Hubert Markl) stützten sich das Selbstvertrauen und die Überzeugung, zu den weltweit führenden Forschungsorganisationen zu gehören, stärker auf ihre aktuellen

25 Max-Planck Survives, Opinion, 1986, 344.

26 Dickson, Germany's 75 Years, 1986, 811.

Leistungen, ablesbar insbesondere an Prestigemerkmalen wie Nobelpreisen, breit gefächerten internationalen Forschungsk Kooperationen und der Fähigkeit, internationale Spitzenforscher für die MPI zu gewinnen.²⁷ Das mag Generationsunterschiede ausdrücken, hatte aber auch externe Gründe, von denen unten noch ausführlich die Rede sein wird.

Zudem setzten die Präsidenten in ihrer Präsidentschaft unterschiedliche Schwerpunkte. Zu nennen sind hier beispielsweise Butenandts Unterstützung von Nachwuchsinitiativen und der europäischen Forschungsk Kooperation in den Biowissenschaften, aber auch die Bedeutung der Ära Lüst für das Engagement der MPG in der europäischen Forschungsk Kooperation, durch das sie ihre Stellung auf dem internationalen Parkett stetig ausbaute und vertiefte.²⁸ Staab wiederum betonte in seiner Antrittsrede vom Juni 1984 die Notwendigkeit, den Zusammenhalt zwischen den einzelnen Instituten zu stärken: »Ich bedauere sehr, dass sich die Wissenschaftler der MPIs nicht stärker als eine ›Gemeinschaft von Wissenschaftlern‹ verbunden fühlen.«²⁹ Markl griff das Problem 16 Jahre später noch einmal auf und sagte in einem Interview mit *Nature*, es gelte, dafür zu sorgen, dass die MPG »als ein in sich stimmiges Ganzes funktioniert«.³⁰ Auch das Nachwuchsproblem erwies sich als hartnäckig. Wie Lüst in seiner Abschiedsrede rückblickend konstatierte, war Nachwuchs nicht nur für die zukünftige Leistung der MPG von zentraler Bedeutung, sondern auch für ihre nationale »Konkurrenzfähigkeit«.³¹ Die Spannungen zwischen der MPG und den Universitäten – ein anderes Dauerthema – wurde in der Amtszeit von Präsident Markl zwischen 1996 und 2002 zum Gegenstand von Reformen und Innovationen.³² Mit seinem Vorschlag, International Research Schools einzurichten, legte er den Grundstein für eine Struktur zum Aufbau engerer Beziehungen zu den Universitäten.

In dieser Zeit formulierte die MPG-Führung ein Selbstbild, das die mittlerweile bewährten Stärken der Gesellschaft zur Geltung brachte und zwei Kernprinzipien herausstrich: das Bekenntnis zur Grundlagen-

forschung und das zur Internationalisierung. In einem Interview mit *Nature* erläuterte Markl im Jahr 2003, der Fokus auf die Grundlagenforschung diene dazu, die MPG im Spitzenfeld der Wissenschaft zu halten: »Die MPG hat nicht den Anspruch, sämtliche Forschungsgebiete abzudecken. Stattdessen konzentriert sie sich auf Pionierforschung in Bereichen, die die Universitäten und andere wissenschaftliche Einrichtungen nicht abdecken oder nicht abdecken können. Indem sie ihre Anstrengungen auf brennende Themen fokussiert und dabei die avancierteste internationale Perspektive einnimmt, will die MPG nicht nur den Bedürfnissen der Gesellschaft und ihrer Wirtschaft dienen, sondern auch den globalen Zielen eines nachhaltigen wissenschaftlichen und technologischen Fortschritts.«³³ Nach der Rolle der MPG im globalen Wissenschaftsnetzwerk gefragt, betonte Markl, dass die MPG bereits erfolgreich international kooperiere und mittlerweile ein »globaler Akteur« sei: »Die internationale Ausrichtung ist für die MPG und ihre Institute geradezu zwingend, weil sie sicherstellt, dass die MPG ein hohes Maß an wissenschaftlicher Exzellenz aufrechterhält und im globalen Wettbewerb bestehen kann, nicht zuletzt durch globale Kooperation.«³⁴

Was hier wie eine Selbstverständlichkeit klingt – Betonung der Grundlagenforschung und der Internationalität –, das war es keineswegs, sondern in seiner Begründung eine Wende im Selbstverständnis der MPG, wie im Folgenden zu zeigen sein wird.

6.3.3 Die Rolle der Ökonomisierung im Selbstverständnis der MPG³⁵

In den jährlichen Festreden der Präsidenten spiegeln sich – bei aller Kontinuität – auch Veränderungen im Verhältnis der MPG zu Politik und Wirtschaft. Eine wesentliche, von Adriane Leendertz untersuchte Veränderung betrifft die Erwartung der gesellschaftlichen und insbesondere der wirtschaftlichen Verwertbarkeit von Forschung, die von politischer Seite immer wieder

27 Staab, Ansprache des Präsidenten, 1989, 20. – Staab hob hervor, dass in den fünf Jahren bis 1989 sechs Nobelpreise an MPG-Wissenschaftler vergeben worden waren. Das sei, so Staab, ein besonders deutlicher Beweis für die Qualität der Forschung bei der MPG.

28 Lüst, Ansprache des Präsidenten, 1973; Lüst, Ansprache des Präsidenten, 1984; Sachse, *MPG und die Pugwash Conferences*, 2016; Butenandt, Ansprache des Präsidenten, 1970, besonders 38–40; Abbott, *One for All*, 2000. Siehe auch oben, Kap. III.9.

29 Staab, Ansprache des Präsidenten, 1984, 32.

30 Zitiert in Abbott, *One for All*, 2000.

31 Lüst, Ansprache des Präsidenten, 1984, 18.

32 Krull, Hubert Markl, 2015.

33 Markl, *Global Goals*, 2003.

34 Ebd.

35 Der nachfolgende Text stammt von Jürgen Renn auf der Grundlage von Leendertz, *Macht*, 2022.

an die MPG herangetragen wurde. Während die sozial-liberale Bundesregierung unter Helmut Schmidt in der Forschungs- und Technologiepolitik ein Instrument der Wirtschafts- und Strukturpolitik sah und den volkswirtschaftlichen Nutzen der Forschungsförderung unterstrich, warnte Reimar Lüst als Präsident der MPG davor, Wissenschaftspolitik allein auf wirtschaftliches Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit auszurichten, da dies dem eigentlichen Wesen der Wissenschaft widerspreche. Sein Nachfolger Heinz Staab betonte zwar den technologischen Mehrwert der Grundlagenforschung, grenzte sich jedoch ebenfalls von industriepolitischen Begehrlichkeiten ab und machte klar, dass technisch oder ökonomisch verwertbare Forschungsergebnisse und Entdeckungen der Grundlagenforschung nicht aus der praktischen Nachfrage resultieren, sondern aus der Offenheit der wissenschaftlichen Fragestellungen und Methoden und der Eigendynamik des Forschungsprozesses.

Noch deutlicher wies der Jurist Hans Zacher in den 1990er-Jahren als MPG-Präsident Forderungen nach industriellen und politisch definierten Forschungszielen zurück. Zugleich wuchs in dieser Zeit der fortschreitenden Globalisierung der Druck auf die MPG, auch die wirtschaftliche Effizienz der Grundlagenforschung nachzuweisen. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie wollte diese Effizienz erhöhen und förderte deshalb bevorzugt anwendungsrelevante und zielgerichtete Forschung. Wettbewerbsfähigkeit war ein Schlüsselwort der 1990er-Jahre. Auch die Reformen des deutschen Wissenschaftssystems waren darauf ausgerichtet. Instrumente markt- und betriebswirtschaftlicher Steuerung, wie Controlling und Benchmarking, hielten Einzug in die akademische Welt.

In der MPG verbreiteten sich im Zusammenhang mit ihrem Bestreben, international eine Führungsrolle zu behaupten, ebenfalls ökonomisch konnotierte Argumentationsmuster. Wie bereits ausgeführt, begann unter der Präsidentschaft von Hubert Markl in der MPG eine breit angelegte Internationalisierung mit dem Ziel, im internationalen Wettbewerb um die weltweit besten Spitzenforscher:innen konkurrenzfähig zu bleiben. Die Mittel dazu waren eine Erhöhung von Gehältern, Zulagen und eine bessere Ausstattung. Wie Ariane Leendertz herausgearbeitet hat, dienten Rückgriffe auf neoliberale Gedankengut und ökonomische Analogien als argumentative Hebel gegenüber politischen Entscheidungsträgern, um die dafür notwendige Forschungsfinanzierung zu steigern. Die gesellschaftliche Bedeutung der Wissenschaft wurde nun mit ökonomischen Begriffen beschrieben und

Humankapital als die wichtigste Quelle menschlichen Reichtums verstanden. Nach Markl könne die öffentlich finanzierte Forschung ihr Existenzrecht nur dadurch rechtfertigen, dass sie neues Wissen als öffentliches Gemeingut hervorbringt, auf dessen Grundlage patentierbare und privatwirtschaftliche Entwicklungen möglich werden. Er forderte auch Reformen des Arbeits- und Tarifrechts, um sich dem internationalen Wettbewerb anzupassen.³⁶

Diese Diskussion orientierte sich an Leitbildern der OECD und der Europäischen Union, nach denen wissenschaftsbasierte Innovationssysteme als entscheidend für die globale Wettbewerbsfähigkeit galten. Das Selbstverständnis der MPG in den 1990er- und 2000er-Jahren befand sich im Einklang mit diesem dominanten politischen Diskurs. Die Unterschiede zwischen den deutschen Parteien waren dabei eher geringfügig: Die SPD legte mehr Wert auf soziale und gesellschaftspolitische Innovationen, während die CDU/CSU die Forschung stärker an die Wirtschaftspolitik koppelte. Das gemeinsame Interesse von Wissenschaft, Ökonomie und Politik war der Erhalt des gesellschaftlichen Wohlstands und der Führungsrolle Deutschlands als Wirtschaftsnation und Land wissenschaftlicher Spitzenleistungen. Zusammenfassend kommt Leendertz in der Analyse der Präsidentenreden zu dem Schluss, dass sich die MPG ab Mitte der 1990er-Jahre wie ein »global agierendes Unternehmen an der ständigen Optimierung ihrer Wettbewerbsfähigkeit« orientierte.³⁷

Diese »neoliberale Wende« im Selbstverständnis der MPG ging mit dem Bemühen einher, die wissenschaftliche Produktivität zu quantifizieren und so die Kosteneffizienz ihrer öffentlichen Förderung zu belegen. Dazu wurden bibliometrische Indikatoren und Rankings eingesetzt, also Quantifizierungspraktiken, die englischsprachige Publikationen in begutachteten wissenschaftlichen Zeitschriften mit hohem Impactfaktor privilegierten. Das hatte eine Marginalisierung der Geistes- und Sozialwissenschaften zur Folge, für die solche Methoden nicht in gleichem Maße einsetzbar waren. Rankings und Indikatoren etablierten sich in dieser Zeit als wichtigster Maßstab für akademische Entscheidungen, von der studentischen Wahl für eine bestimmte Universität bis zu Finanzierungsentscheidungen über Forschungsprojekte. Auch für die MPG wurde das Shanghai-Ranking zu einer bedeutsamen Orientierungsmarke und spielte eine zentrale Rolle in ihrer Kommunikation mit Gesellschaft und Politik.

Die ökonomistische Wettbewerbsrhetorik bewirkte eine sich selbst verstärkende Dynamik, durch die sich der Wettbewerbsdruck auf die MPG selbst weiter erhöhte.

³⁶ Leendertz, *Macht*, 2022, 257.

³⁷ Ebd., 236.

Das hatte Konsequenzen nicht nur für ihr Selbstverständnis, sondern auch für ihre innere Verfasstheit und barg die Gefahr, durch Anpassung an einen internationalen Mainstream etwas von der traditionellen Sonderstellung und dem international einzigartigen Charakter zu verlieren. Beispielhaft seien zwei Tendenzen dieser Gefährdung genannt: zum einen die Fokussierung auf wirtschaftlich verwertbare Forschung – auf Kosten von Fächern und Disziplinen, die derartiges nicht anbieten können; zum anderen die durch das Ziel der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gerechtfertigte »Flexibilisierung« von Personalstrukturen und der rapide Anstieg des Befristungsanteils beim wissenschaftlichen Personal im Jahrzehnt zwischen 1996 und 2006.³⁸ Inwieweit damit auch eine Verminderung des Potenzials der MPG verbunden war, abseits des Mainstreams innovative Forschung zu betreiben – oder doch eher eine Steigerung dieses Potenzials durch Vergrößerung der Erneuerungsfähigkeit zur Folge hatte, muss einer genaueren Untersuchung vorbehalten bleiben.

Während Präsident Markl in diesem Zusammenhang als Modernisierer der MPG im Sinne einer Anpassung an den zeitgenössischen ökonomistischen Diskurs wirkte, hat er sich noch in einem ganz anderen Sinne als Modernisierer der MPG hervorgetan: als jemand, der sich mutig wie kein Präsident vor ihm dem belastenden Erbe der NS-Vergangenheit der MPG gestellt und damit auch auf andere Weise ihr Selbstverständnis entscheidend geprägt hat. Um dies zu verstehen, ist eine Rückblende auf die Anfänge der MPG nötig.

6.4 Die Vergangenheitspolitik der MPG in den formativen Jahren³⁹

6.4.1 Die Verdrängung der NS-Vergangenheit

Nach der militärischen Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg empfand nur eine Minderheit der deutschen Bevölkerung die Beendigung der NS-Herrschaft als Befreiung. Mitwisserschaft und Beteiligung an NS-Verbrechen wirkten fort. Selbstmitleid, fehlende Schuld eingeständnisse, reservierte und abwehrende Reaktionen

gegenüber den alliierten Entmilitarisierungs- und Entnazifizierungsmaßnahmen waren weit verbreitet – auch und gerade in den gesellschaftlichen Funktionsebenen, die politisch überdurchschnittlich belastet waren.

Die wissenschaftlichen Eliten der KWG und der MPG bildeten hierbei keine Ausnahme. Eine (selbst-)kritische Bearbeitung vergangenheitspolitischer Problematiken wurde in den ersten Dekaden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der MPG durch die aus dem Kaiserreich und dem NS-Regime tradierten hierarchischen Organisationsstrukturen der KWG und langlebigen Mentalitäten des Leitungspersonals erschwert. Die im Nationalsozialismus gebildeten Netzwerke mehr oder minder politisch belasteter Wissenschaftler und einiger Wissenschaftlerinnen der KWG formierten sich nach 1945 zu Schweigekartellen, sofern es die Mitwisserschaft und die direkte oder indirekte Mittäterschaft an NS-Verbrechen betraf. Zugleich wurden aus der KWG heraus diskursiv rhetorische Strategien entwickelt, die von individuellen und institutionellen Verstrickungen durch eine Täterkreisverengung auf eine kleine Clique nationalsozialistischer Haupttäter ablenkten.⁴⁰ Zu den Verharmlosungsstrategien gehörte auch die Behauptung, innerhalb der KWG sei nur »reine Grundlagenforschung«, weit entfernt von militärischen Anwendungsmöglichkeiten, betrieben worden. Damit wurde rhetorisch jegliche Verantwortlichkeit der Wissenschaftler für die Nutzung von Forschungsergebnissen für die Waffenentwicklung und Rüstungsproduktion im NS-Regime in Abrede gestellt.⁴¹

Die bis 1945 angehäuften historischen Hypothesen der KWG waren erheblich: Insgesamt 126 an Kaiser-Wilhelm-Instituten tätige Mitarbeiter:innen waren aufgrund des antisemitischen Berufsbeamtengesetzes und der nachfolgenden Durchführungsverordnungen als Menschen »nicht arischer Abstammung« oder aus politischen Gründen entlassen worden. Dies entsprach etwa 11 Prozent des gesamten Personals der KWG.⁴² Nur in Ausnahmefällen hatten sich der Präsident der KWG und deren Generalverwaltung auf dem Dienstweg beim Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung für Wissenschaftler:innen eingesetzt, die von der Judenverfolgung betroffen waren. Öffentliche Proteste der Leitungsebene der KWG gegen die antisemitischen

³⁸ Zum Thema Befristungen in der MPG siehe oben, Kap. IV.5.2.3.

³⁹ Der nachfolgende Text stammt von Florian Schmalz.

⁴⁰ Zur Täterkreisverengung siehe Frei, *Vergangenheitspolitik*, 1996, 405; Schüring, *Kinder*, 2006, 274–277; Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 1177–1178. Zur Rüstungsforschung der KWG siehe Maier, *Rüstungsforschung im Nationalsozialismus*, 2002; Maier, »Grundlagenforschung« als Persilschein, 2004; Maier, *Forschung*, 2007; Schmalz, *Kampfstoff-Forschung*, 2005.

⁴¹ Schüring, *Kinder*, 2006, 265–266.

⁴² Ebd., 51–53.

Unrechtsmaßnahmen und Menschenrechtsverletzungen des NS-Regimes blieben ganz aus.⁴³

Die KWG hatte als Teil des militärisch-industriell-wissenschaftlichen Komplexes mit ihrer Forschung bedeutende Beiträge zur Entwicklung des deutschen Kriegspotenzials geleistet.⁴⁴ Mit ihren Instituten war die KWG an der Entwicklung neuer Waffensysteme beteiligt gewesen und hatte zu den Kriegsanstrengungen des NS-Regimes beigetragen. Aktiv und aus eigener Initiative hatten in der KWG Forschende konzeptionell und legitimato- risch die nationalsozialistische Rassen-, Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik unterstützt.

Als Gutachter hatten Wissenschaftler der KWG über Zwangssterilisationen entschieden und die massenhafte Tötung von Kranken und von Menschen mit Behinderungen im Rahmen des NS-»Euthanasie«-Programms genutzt, um für ihre hirnpathologische Forschung Gehirne von ermordeten Frauen, Männern, Jugendlichen und Kindern für ihre Sammlungen im KWI für Hirnforschung und in der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie zu beschaffen.⁴⁵ Auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden die aus den Tötungsanstalten zur Verfügung gestellten Gehirne und Hirnschnitte in Forschungsarbeiten und Publikationen an Max-Planck-Instituten genutzt.⁴⁶ Einen weiteren Bruch mit medizin-ethischen Grenzen stellen die an Kindern mit Epilepsie 1943 in einer Unterdruckkammer durchgeführten Experimente dar, die der Direktor des KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik, Hans Nachtsheim, zusammen mit dem Mediziner Gerhard Ruhenstroth-Bauer, einem wissenschaftlichen Mitarbeiter aus dem von Adolf Butenandt geleiteten KWI für Biochemie, im Herbst 1943 durchgeführt hatte.⁴⁷ Selbst aus der Judenvernichtung des nationalsozialistischen Terrorregimes hatten Wissenschaftler:innen der KWG noch ihren Vorteil ge-

zogen. So hatte das KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik aus dem Vernichtungslager Auschwitz Augen dort ermordeter Sinti und Roma erhalten und Knochen jüdischer Opfer, die in die wissenschaftlichen Sammlungen des Instituts übernommen wurden.⁴⁸

Der Zugriff auf wissenschaftliche Ressourcen umfasste auch die Aneignung von Forschungsergebnissen in den besetzten Gebieten, den Raub von Bibliotheken und wissenschaftlicher Pflanzen- und Saatgutsammlungen.⁴⁹ Während des Zweiten Weltkriegs griffen Kaiser-Wilhelm-Institute auf ausländische Zwangsarbeiter:innen bei der Errichtung neuer Gebäude oder als Arbeitskräfte in der Landwirtschaft agrarwissenschaftlicher Institute zurück.⁵⁰ Im Zusammenhang mit der luftkriegsbedingten Verlagerung von Teilen des KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie wurden 1944 KZ-Häftlinge zu Bauarbeiten eingesetzt.⁵¹

Kurzum: Wissenschaftler:innen hatten den Krieg als »Chance« begriffen und die sich ihnen eröffnenden Handlungsspielräume und Karrieremöglichkeiten in den besetzten Ostgebieten genutzt.⁵²

6.4.2 Das lange Nachwirken des NS-Regimes in der MPG

Die auf der Potsdamer Konferenz von den USA, der Sowjetunion und Großbritannien im August 1945 beschlossene Entnazifizierung sah eine Auflösung sämtlicher NS-Organisationen, die Verhaftung von mutmaßlichen Kriegsverbrechern und Nazifunktionären sowie einen umfassenden Prozess der institutionellen Neuordnung und personelle Säuberungen von den über 8,5 Millionen Mitgliedern der NSDAP in Deutschland und Österreich vor.⁵³ Im Unterschied zu Gerichtsprozessen basierten die

43 Rürup, *Schicksale*, 2008, 66–69; Schüring, *Kinder*, 2006, 51–61, 85–86.

44 Maier, *Rüstungsforschung im Nationalsozialismus*, 2002; Maier, *Forschung*, 2007; Maier, »Stiefkind«, 2005; Schmaltz, *Kampfstoff-Forschung*, 2005; Schieder, *Der militärisch-industriell-wissenschaftliche Komplex*, 2009.

45 Schmuhl, *Rassenforschung an KWI*, 2003; Trunk, *Rassenforschung und Biochemie*, 2004; Satzinger, *Rasse*, 2004.

46 Aly, *Fortschritt*, 1985; Peiffer, *Hallervorden*, 2003; Peiffer, *Wissenschaftliches Erkenntnisstreben*, 2005; Schmuhl, *Hirnforschung*, 2002; Topp und Peiffer, *Hirnforschung*, 2007.

47 Bericht über den Versuch in der Unterdruckkammer am 19.9.1943 in der Patientenakte des Kindes Hildegard K. in: Beddies, *Kinder-»Euthanasie«*, 2003, 240. Ferner Knaape, *Forschung*, 1989, 227. Siehe auch Müller-Hill, *Genetics*, 1987, 9–10; Deichmann, *Biologen*, 1995, 311–313; Weindling, *Genetik*, 2003, 250–252; Schwerin, *Experimentalisierung*, 2004, 281–319.

48 Hesse, *Augen aus Auschwitz*, 2001; Sachse und Massin, *Biowissenschaftliche Forschung*, 2000; Massin, Mengele, 2003; Massin, Mengele, 2006; Weindling, Mengele, 2020; Weindling, Mengele Link, 2021.

49 Heim, *Agrarwissenschaft*, 2002, 161–163.

50 Strebel und Wagner, *Zwangsarbeit*, 2003.

51 Ebd., 43–48; Schmaltz, *Kampfstoff-Forschung*, 2005, 164–169.

52 Heim, *Kalorien*, 2003, 121–122.

53 Niethammer, *Die Mitläuferfabrik*, 1982; Rauh-Kühne, *Entnazifizierung*, 1995; Henke, *Politische Säuberung*, 1981; Welsh, *Revolutionärer Wandel auf Befehl?*, 1989; Leßau, *Entnazifizierungsgeschichten*, 2020.

Entnazifizierungsverfahren auf einer Umkehr der Beweislast und nicht auf staatsanwaltschaftlichen Anklagen. Grundlage des Verfahrens bildete eine Selbstauskunft der Betroffenen, die mittels eines umfangreichen Fragebogens erbracht werden musste. Zudem konnten die Betroffenen entlastende Leumundszeugnisse beibringen, die wegen ihrer Weißwäscher-Funktion umgangssprachlich als »Persilscheine« bezeichnet wurden. Auf Grundlage der Fragebögen und der vorgelegten Entlastungsschreiben nahmen Alliierte Militärbehörden eine vorläufige Einstufung des Belastungsgrades vor und entschieden, ob die überprüften Personen in ihrer beruflichen Position verbleiben konnten, suspendiert oder entlassen werden mussten. In dem anschließenden Verfahren entschieden die Spruchkammern bzw. Hauptausschüsse über mögliche Sühnemaßnahmen.⁵⁴

In seiner Untersuchung zu den politischen »Säuberungen« des Personals der KWG nach 1945 kommt der Historiker Richard Beyler auf Grundlage von 87 exemplarischen Fällen unterschiedlicher beruflicher Statusgruppen des KWG-Personals zu dem Ergebnis, dass nur eine relativ geringe Anzahl ehemaliger Mitarbeiter von Kaiser-Wilhelm-Instituten infolge der Entnazifizierung ihre Stellen verlor.⁵⁵ Bei höchstens 10 Prozent sei der Ausschluss endgültig gewesen, eine Größenordnung, die auch mit Unterlagen der Generalverwaltung korrespondiert, wonach im Februar 1947 von 108 erfassten Beschäftigten nur acht Personen (7 %), entlassen worden waren.⁵⁶ In keinem der 87 Fälle wurden die Beklagten in die beiden höchsten Kategorien als Hauptschuldige

oder Belastete eingestuft. Gemäß den endgültigen Urteilen der Entnazifizierungsausschüsse galten eine Person als minderbelastet, 27 als Mitläufer und 49 als entlastet, und bei zehn weiteren ließ sich die endgültige Kategorisierung nicht feststellen.⁵⁷ In einigen Fällen trugen falsche Angaben, die KWI-Direktoren in ihrem Entnazifizierungs-Fragebogen machten, zu ihrer Entlastung bei. So gab Adolf Butenandt wahrheitswidrig an, er sei nur Anwärter der NSDAP gewesen, jedoch nie in die Partei aufgenommen worden.⁵⁸ Der Hirnforscher Rolf Hassler unterschlug seine seit 1933 bestehende Mitgliedschaft in der SS in dem von ihm ausgefüllten Fragenbogen.⁵⁹ Beide wurden als »entlastet« eingestuft.⁶⁰

Bei den zwischen 1946 und 1949 in den drei westlichen Besatzungszonen aus der KWG in die MPG übernommenen Instituten waren personelle Kontinuitäten des Leitungspersonals prägend. Zur Leitungsebene zählen die Wissenschaftlichen Mitglieder, die als Abteilungsleiter oder Direktoren die Entwicklung der Institute der KWG und MPG lenkten.⁶¹ Von der Gründung der KWG im Jahre 1911 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums im Jahr 2002 waren dies 733 Personen, von denen 325 den Geburtsjahrgängen bis 1927 angehörten, der letzten Jahrgangskohorte, die noch in die NSDAP aufgenommen werden konnte.⁶² Nach der Machtübergabe an Hitler im Jahr 1933 waren von 63 Wissenschaftlichen Mitgliedern der KWG vier in der NSDAP. Da nach der Machtübergabe im Januar 1933 massenhaft Aufnahmeanträge gestellt wurden, verhängte die NSDAP Anfang Mai eine Aufnahmeperrre. Als sie diese 1937 wieder aufhob, stieg der An-

⁵⁴ Leßau, *Entnazifizierungsgeschichten*, 2020, 68.

⁵⁵ Von den 87 von Beyler untersuchten Fällen der KWG waren 25 Direktoren, 18 Abteilungsleiter und Wissenschaftliche Mitglieder, 24 wissenschaftliche Mitarbeiter und Assistenten, vier Techniker und Laboranten, elf nichtwissenschaftliche Mitarbeiter und fünf Beschäftigte, deren berufliche Qualifikation nicht ermittelbar war. Beyler, »*Reine« Wissenschaft*, 2004, 50.

⁵⁶ Ebd., 21.

⁵⁷ Tabelle 2: Ergebnisse der Entnazifizierungsverfahren unter dem Aspekt der NSDAP-Mitgliedschaft, siehe ebd., 48.

⁵⁸ Parteistatistische Erhebung 1939 Nr. 22264, Adolf Butenandt geb. 24.3.1903, 3.7.1939, BArch R 9361-I/447; Gouvernement Militaire en Allemagne. Fragebogen Adolf Butenandt, 10.8.1945, AMPG, III. Abt., Rep. 84-1, Nr. 156, fol. 2–8 verso. Siehe auch Schieder, *Spitzenforschung*, 2004, 38–43, 69–74.

⁵⁹ R.u.S.-Fragebogen. Sip. Nr. 90150, Rolf Hassler, geb. 3.8.1914, BArch R 9361-III/68056 und Gouvernement Militaire en Allemagne, Fragebogen Rolf Hassler, 21.3.1947, AMPG, III. Abt., Rep. 115, Nr. 333, fol. 12–12 verso.

⁶⁰ Staatskommissariat für die politische Säuberung Tübingen-Lustenau. Spruchkammer für den Lehrkörper der Universität (150/KN/351/47) Spruch Adolf Butenandt, 26.2.1950, AMPG, III. Abt., Rep. 84-1, Nr. 157, fol. 4; Der Staatskommissar für politische Säuberung: Säuberungsbescheinigung (B 1492) für Rolf Hassler, 26.10.1950, AMPG, III. Abt., Rep. 115, Nr. 333, fol. 11.

⁶¹ Quellengrundlage für die personenbezogene Datenerhebung des leitenden Personals bildeten die Mitgliederverzeichnisse der KWG (1926, 1927, 1929, 1930, 1932/33 und 1940) und der MPG (1949–2002). In den Jahren 1979 und 1980 erschien kein Mitgliederverzeichnis der MPG. Zusammenstellungen der WM der MPG finden sich in: Tempelhoff und Ullmann, *Mitgliederverzeichnis*, 2015. Jana Tempelhoff und Dirk Ullmann gilt unser Dank für die Überlassung der Datensätze ihrer Recherche.

⁶² Angehörige des Geburtsjahrgangs 1928 konnten altersbedingt nicht mehr in die NSDAP aufgenommen werden. Nolzen, *Jugendgenossen*, 2009. – Die empirischen Ergebnisse hier und im Folgenden basieren auf der Auswertung personenbezogener Unterlagen der NSDAP im Bundesarchiv (R 9361-I) und der NSDAP Parteikorrespondenz (R 9361-II) für alle bis 1927 geborenen Wissenschaftlichen Mitglieder. Zur Datengrundlage siehe Schmaltz, *Mitgliedschaften der Wissenschaftlichen Mitglieder der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Max-Planck-Gesellschaft in der NSDAP und der SA und der SS*, 2023, doi:10.25625/IYPEKX.

teil der Parteimitglieder unter den 64 Wissenschaftlichen Mitgliedern der KWG signifikant auf 19 (30 %) an. Im Zweiten Weltkrieg gehörten von den 23 neu berufenen Wissenschaftlichen Mitgliedern 13 (57 %) der NSDAP an, immerhin zehn (43 %) waren keine Parteimitglieder. Bei Kriegsende wurden 36 der 76 Wissenschaftlichen Mitglieder der KWG als NSDAP-Mitglieder geführt, was einem Anteil von 47 Prozent des Leitungspersonals entsprach. Weil die meisten Institutsdirektoren nach 1948 aus der KWG in die MPG übernommen wurden, oszillierte der Anteil ehemaliger Parteigenossen unter den Wissenschaftlichen Mitgliedern noch lange um das bei Kriegsende erreichte Niveau von 47 Prozent. 1948, im Jahr der bizonalen Gründung der MPG in der britischen und amerikanischen Besatzungszone, hatten von den zunächst 37 Wissenschaftlichen Mitgliedern der MPG 16 (48 %) der Partei angehört, 17 (52 %) nicht. Damit lag der Anteil der ehemaligen NSDAP-Mitglieder bei den Wissenschaftlichen Mitgliedern im Gründungsjahr der MPG ein Prozent höher als bei der KWG bei Kriegsende.

Die Entnazifizierungsverfahren hatten demnach auf der Leitungsebene ihre Wirkung verfehlt. In der Berufungspolitik der MPG spielte die NS-Belastung der zu Direktoren ernannten Wissenschaftler offensichtlich keine Rolle. Nachdem der Deutsche Bundestag im Dezember 1950 Richtlinien zum Abschluss der Entnazifizierung beschlossen hatte, stieg der Anteil der ehemaligen NSDAP-Mitglieder bei den Neuberufungen von Wissenschaftlichen Mitgliedern nochmals deutlich an. Im Jahre 1952 hatte die MPG wieder so viele Wissenschaftliche Mitglieder wie die KWG 1945: insgesamt 76. Unter den zehn Neuberufenen in diesem Jahr waren sieben ehemalige NSDAP-Mitglieder. Daraufhin stieg ihr Anteil bei den Wissenschaftlichen Mitgliedern 1952 auf 49 Prozent an und lag damit zwei Prozentpunkte höher als bei Kriegsende. Nimmt man die Jahre 1957 und 1960 aus, stieg die Anzahl ehemaliger NS-Parteigenossen in absoluten Zahlen seit der Gründung der MPG im Jahre 1948 von Jahr zu Jahr an. 1967 waren von 155 Wissenschaftlichen Mitgliedern noch 63 ehemalige NSDAP-Mitglieder, was einem Anteil von 41 Prozent entsprach. Dieser Trend kehrte sich erst 1969 um. Fortan war die absolute Zahl ehemaliger Parteimitglieder rückläufig oder stagnierte.⁶³

Die Trendwende hatte zwei Ursachen. Zum einen schieden die NS-Belasteten ab 1968 kontinuierlich aus Altersgründen aus der MPG aus; zum anderen waren immer mehr Neuberufene nach 1928 geboren, die aufgrund ihres Alters keine Parteimitglieder sein konnten. Das letzte ehemalige NSDAP-Mitglied unter den aktiven Wissenschaftlichen Mitgliedern der MPG wurde im Jahre 1996 emeritiert. Es handelte sich um den vormaligen Präsidenten der MPG Heinz A. Staab.⁶⁴

6.4.3 Im Abwehrmodus: Kriegsverbrecherprozesse, »Wiedergutmachungs«- und Restitutionsverfahren

Sowohl in den individuellen Entnazifizierungsverfahren als auch in der administrativen Interaktion zwischen der KWG bzw. MPG mit alliierten und deutschen Behörden, Spruchkammern und Gerichten bildeten sich ab 1945 in einem kommunikativen Prozess vergangenheitspolitische Redeweisen und Topoi heraus, die individuell angepasst und situativ modifiziert wurden. Erfolgreiche apologetische Rhetoriken, Legitimations- und Verteidigungsstrategien gingen in den institutionellen vergangenheitspolitischen Diskurs der KWG und MPG ein.⁶⁵ Neben der Tabuisierung und dem Beschweigen der NS-Vergangenheit hat die historische Forschung die »semantischen Umbauten«⁶⁶ und »rhetorischen Strategien«⁶⁷ analysiert und aufgezeigt, wie diese dazu beitrugen, die personellen und institutionellen Kontinuitäten des Wissenschaftsbetriebs herzustellen.⁶⁸ Sowohl auf individueller wie auf institutioneller Ebene wurden hierbei die Sphären von Politik und Wissenschaft diskursiv scharf voneinander abgetrennt. Die politische Sphäre wurde eng auf nationalsozialistische Parteipolitik eingeschränkt und wissenschaftspolitisches Engagement oder wissenschaftliche Einflüsse auf die Politik ausgeblendet.⁶⁹

Geradezu idealtypisch verdichtet formulierte Max Planck im Juni 1945 als kommissarischer Präsident der KWG diese rhetorische Strategie, wenige Wochen nach der militärischen Niederlage des NS-Regimes, in einem Schreiben an die Alliierte Wissenschaftliche Kommission. Die KWG habe, so Planck, »auch während des Krieges ihre eigentliche Aufgabe, die Grundlagenforschung

63 Zur Veranschaulichung dieser Entwicklung siehe unten, Anhang, Grafik 2.7.1.

64 NSDAP-Gaukarteikarte Nr. 9677201, Heinz Staab, geb. 26.3.1926, BArch R 9361-IX KARTEI/42241030.

65 Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 1101, 1159.

66 Bollenbeck und Knobloch, *Semantischer Umbau*, 2001.

67 Ash, *Verordnete Umbrüche*, 1995, 914.

68 Ebd. und Sachse, »Persilscheinkultur«, 2002, 217–218.

69 Schüring, *Kinder*, 2006, 269–273; Maier, »Unideologische Normalwissenschaft«, 2002; Beyler, »Reine« *Wissenschaft*, 2004, 29–30; Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 1159–1160.

zu fördern, unbeirrt von den Forderungen des Krieges« erfüllt und »sich unter der nationalsozialistischen Regierung ihre völlige Unabhängigkeit und ihre wissenschaftliche Selbständigkeit erhalten«. ⁷⁰ Der Generalsekretär der KWG Ernst Telschow ging noch weiter und erklärte unter dem Eindruck einer möglichen Auflösung der KWG diese zu einem Hort des Widerstands gegen das NS-Regime. Die KWG habe »in den letzten Jahren einen ständigen Kampf um ihre Erhaltung und ihre Selbständigkeit geführt« und es »wäre absurd, wenn gerade jetzt durch die Alliierten ein Unternehmen aufgelöst würde, das sich in seinem Kampf gegen die Regierung des Dritten Reichs erfolgreich behauptet hat«. ⁷¹ Ein nichtsystemkonformes Verhalten oder kritische Äußerungen wurden in Selbstdarstellungen retrospektiv zu systemoppositionellem Verhalten oder aktivem Widerstand gegen das NS-Regime überhöht. ⁷²

Neben der Leugnung und Relativierung des Schicksals der verfolgten jüdischen Wissenschaftler:innen stritten Funktionäre der MPG jegliche Beteiligung der KWG an verbrecherischen Handlungen der NS-Besatzungspolitik ab. So behauptete Telschow in seiner Korrespondenz mit alliierten Dienststellen im Mai 1947, die KWG habe in den besetzten Gebieten »keine besonderen Arbeiten durchgeführt« und »es auch immer abgelehnt, wissenschaftliche Einrichtungen, Bibliotheken und sonstiges wissenschaftliches Material, das von den deutschen Behörden in den besetzten Ländern beschlagnahmt war, zu übernehmen oder auch nur leihweise aufzunehmen oder zu beherbergen«. ⁷³ Telschow leugnete dies wider besseres Wissen, ebenso wie den Raub wertvoller Saatgutsammlungen durch das KWI für Züchtungsforschung in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. ⁷⁴

Die von der US-amerikanischen Militärjustiz zwischen 1946 und 1949 gegen Angehörige der Funktionseliten aus Industrie, Militär, Ministerien, Diplomatie,

der NSDAP und dem NS-Terrorapparat durchgeführten Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse eröffneten administrativ-rechtliche und diskursive Handlungsfelder der Vergangenheitsbearbeitung, in denen mehrere Institutsdirektoren der KWG als Zeugen und Gutachter der Verteidigung in Erscheinung traten. Vor allem Nobelpreisträger unter den Direktoren der KWG, wie Adolf Butenandt und Otto Hahn, waren begehrte Zeugen der Verteidigung. Ihre international anerkannte akademische Reputation verlieh ihnen vor Gericht als Zeuge Autorität und besonderes Gewicht. Ihre Aussagen und Gutachten beanspruchten, rational und auf wissenschaftlicher Basis zu argumentieren. Sie galten deshalb als objektiv und unparteiisch, wenn sie als Zeugen der Verteidigung schriftliche eidesstattliche Erklärungen abgaben oder im Gericht persönlich vernommen wurden. Die Verteidigung versuchte damit, das soziale und symbolische Kapital der Direktoren der KWG für ihre Mandanten zu nutzen.

Für den im Nürnberger Ärzteprozess angeklagten ehemaligen Chef des Sanitätswesens der Luftwaffe Oskar Schröder und für dessen Referenten für luftfahrtmedizinische Forschung Hermann Becker-Freyseng, denen eine Mittäterschaft an Fleckfieber-Experimenten an Häftlingen des KZ Natzweiler zur Last gelegt wurde, lieferte Adolf Butenandt eine von der Verteidigung vortrupierte entlastende eidesstattliche Erklärung. ⁷⁵ Im Februar 1948 sagte Butenandt auch in dem Verfahren gegen den im IG-Farben-Prozess angeklagten Heinrich Hörlein aus, der ab 1941 auch Schatzmeister der KWG gewesen war. ⁷⁶ Dem für die Entwicklung von Pharmazeutika Verantwortlichen wurde vorgeworfen, Menschenversuche in Konzentrationslagern gefördert zu haben. Bei den Experimenten waren Häftlinge vorsätzlich mit Fleckfieber-Erregern infiziert worden, um die Wirkung von Präparaten der IG Farbenindustrie als mögliche Heilmittel zu erproben. ⁷⁷ Hörlein wurde aus Mangel an Be-

⁷⁰ Max Planck an die Alliierte Wissenschaftliche Kommission über Royal Monceau, 25.6.1945, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 108, fol. 641–643, hier fol. 641; Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 1160, 1164.

⁷¹ Vermerk, 13.6.1956, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 32, fol. 15–16 verso. Siehe auch irrtümlich mit dem Datum vom 8.3.1946 versehen in: Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 1165.

⁷² Prominentes Beispiel hierfür ist Max Plancks Darstellung seines Antrittsbesuchs bei Hitler am 16. Mai 1933, bei dem der Präsident der KWG ein Wort zugunsten des zum Rücktritt gezwungenen Direktors des KWI für physikalische Chemie Fritz Haber einzulegen versucht habe. Siehe dazu Planck, *Mein Besuch bei Adolf Hitler*, 1947. Siehe hierzu kritisch Albrecht, *Besuch bei Adolf Hitler*, 1993; Schmalz, *Kampfstoff-Forschung*, 2005, 68–71; Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 381–387.

⁷³ Ernst Telschow, Antwort auf die Fragen, 18.5.1947, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 43, fol. 3–4.

⁷⁴ Heim, *Kalorien*, 2003, 42–49 u. 229–237.

⁷⁵ Fragen zur eidesstattlichen Erklärung, 21.4.1947, AMPG, III. Abt., Rep. 84-1, Nr. 627, fol. 146–147; Butenandt an Marx, 4.7.1947, ebd., fol. 145 recto.

⁷⁶ Direktes Verhör Adolf Butenandt, 2.2.1948, Zentrum für Antisemitismusforschung (Berlin), Vereinigte Staaten gegen Carl Krauch et al., Nürnberger I.G.-Farben-Prozess (Fall VI), Wortprotokoll (dt.), Bl. 6229–6258.

⁷⁷ *Trials of War Criminals, Vol. VIII. I.G. Farben Case*, 1952, 202–205; Lindner, *Hoechst*, 2005, 326–328. Unkritisch hingegen Zummersch, *Heinrich Hörlein*, 2019, 294–298.

weisen in diesem Punkt freigesprochen, weil ihm juristisch keine direkte Mittäterschaft an den KZ-Versuchen nachgewiesen werden konnte.⁷⁸ Der Historiker Stefan Lindner geht jedoch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon aus, dass Hörlein von den Fleckfieber-Versuchen an KZ-Häftlingen wusste, obwohl er dies im Nürnberger I.G.-Farben-Prozess vehement bestritten hatte.⁷⁹ Nach seiner Haftentlassung bedankte sich Hörlein bei Butenandt im August 1948 mit den Worten: »Sie haben als mein erster Zeuge in Nürnberg den Ring gebrochen, den die Anklage mit der falschen Übersetzung des Wortes ›Versuch‹ um mich legen wollte, wofür ich Ihnen zeitlebens verpflichtet sein werde.«⁸⁰ Kurz gesagt war die MPG Teil eines Schweige- und Entlastungskartells, das weit über die Wissenschaft hinausreichte.

Neben den Entnazifizierungsverfahren und den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen bildeten die Restitutions- und Wiedergutmachungsprozesse juristisch und vergangenheitspolitisch ein weiteres Terrain der Auseinandersetzung mit den Folgen der NS-Diktatur. Die in den 1950er-Jahren von Holocaust-Überlebenden angestrebten Restitutionsforderungen zielten auf eine Rückgabe von Grundstücken und Immobilien der Generalverwaltung in Göttingen, die von ihren jüdischen Eigentümern zwischen 1937 und 1939 scheinlegal geraubt worden waren, um für die im Zuge der forcierten Luftrüstung des NS-Regimes expandierende Aerodynamische Versuchsanstalt (AVA) Erweiterungsflächen und Unterkünfte zu verschaffen.⁸¹ Die von Angehörigen der ermordeten Alteigentümer erhobenen Entschädigungs- und Restitutionsforderungen betrafen zwei von der MPG verwaltete Grundstücke des Rechtsanwalts Dr. Walter Schwabe in der Marienstraße und am Brauweg 27, ein Grundstück der Göttinger Schuhfabrikanten Max und Nathan

Hahn in der Bunsenstraße 16 sowie ein Grundstück in der Bunsenstraße 18, dessen Alteigentümer der Bremer Kaufmann Wilhelm Trull war.⁸² In den von der MPG vermieteten Wohnungen wohnten nach Kriegsende die Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker und Karl Wirtz vom Max-Planck-Institut für Physik, der Physiker Max von Laue sowie der Direktor der Abteilung Reibungsforschung des Max-Planck-Instituts für Strömungsforschung Georg Vogelpohl.⁸³ Juristen der AVA, die ab Mai 1953 wieder als Verein der MPG angehörte, wiesen sämtliche Restitutionsansprüche der Erben der Opfer und der Überlebenden der Shoah zurück. Keine der jüdischen Familien erhielt eine Entschädigung. Die Gerichte werteten die Enteignungen nicht als spezifisches NS-Unrecht.⁸⁴

Laut Michael Schüring ist kein Fall dokumentiert, in dem die Generalverwaltung der MPG aus eigener Initiative, »unaufgefordert, an vertriebene Mitarbeiter herangetreten ist, um bei der Formulierung und Durchsetzung« ihrer Ansprüche auf Wiedergutmachung und Entschädigung »beihilflich zu sein«.⁸⁵ Rechtliche Schwierigkeiten in der Entschädigungspraxis resultierten daraus, dass es sich bei der MPG nicht um eine Institution öffentlichen Rechts, sondern um einen privatrechtlichen Verein handelte. Das 1951 verabschiedete »Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes« fand deshalb nach Auffassung der MPG auf ehemalige Beschäftigte der KWG keine Anwendung.⁸⁶

In vielen Fällen mussten die vertriebenen Wissenschaftler:innen der KWG ihre Ansprüche juristisch gegen die MPG durchsetzen. Von den 37 Betroffenen oder deren Angehörigen, die Wiedergutmachungsleistungen bei der MPG beantragten, wurden 19 Anträge abgelehnt. In 18 Fällen gewährte die MPG Ruhegehälter, Vorschuss-

78 Lindner, *Das Urteil*, 2013, 110–113; *Trials of War Criminals*, Vol. VII. I.G. Farben Case, 1953, 1169–1172.

79 Lindner, *Hochst*, 2005, 328.

80 Hörlein an Butenandt, August 1948, AMPG, III. Abt., Rep. 84-1, Nr. 286, fol. 245. Siehe auch Johnson, *New Dahlems*, 2023.

81 Zum Ausbau der Aerodynamischen Versuchsanstalt ab 1933 siehe Schmaltz, *Luftfahrtforschung*, 2016, 329–337; Epple und Schmaltz, *Das Max-Planck-Institut für Dynamik und Selbstorganisation*, 2010; Trischler, *Luft- und Raumfahrtforschung*, 1992, 199–203.

82 Zu den Restitutionsverfahren siehe die Akten GOAR 772 und AK-21266 im Zentralen Archiv des Deutschen Luft- und Raumfahrtzentrums in Göttingen (ZA DLR), sowie Niedersächsisches Landesarchiv (NLA), Abteilung Hannover (HA), Nds. 720 Göttingen, Acc. 2009/129, Nr. 214, Bd. 1 und Nds. 720 Göttingen, Acc. 2009/129, Nr. 108, Bd. 2. Zu den Biografien von Max und Nathan Hahn und deren Verfolgung siehe Ferera und Tollmien, *Vermächtnis*, 2015.

83 Scientific Branch Göttingen: Mieter der Wohnungen im Wohnhaus Bunsenstrasse 16, 6.6.1950, ZA DLR, AK-21266. Ob die Mieter der Wohnungen von dem Verfolgungsschicksal der früheren Eigentümer Kenntnis hatten und über das Restitutionsverfahren informiert waren, geht aus den bekannten Akten nicht hervor.

84 Der Eigentumstransfer der Grundstücke und Gebäude sei nicht aufgrund diskriminierender Erlasse zur »Arisierung« jüdischen Vermögens erfolgt, sondern weitgehend auf Grundlage Preußischer Enteignungsgesetze von 1874 und 1922. Siehe dazu Entscheidung des Obersten Rückerstattungsgerichts Herford. Zweiter Senat in Sachen Dr. Walter Schwabe gegen 1. Deutsches Reich vertreten durch die Oberfinanzdirektion Hannover, 2. Aerodynamische Versuchsanstalt (ORG/II/75 - 2 W 359/52; 32/33 WgK 543/50), gez. H.G. Bechmann, M.G.A. Edgley, C. v. Lorck, M.F.P. Herchenroder, P.P. Fuchs, 13.12.1957, Bl. 1–2, ZA DLR, AK-21266.

85 Schüring, *Kinder*, 2006, 146.

86 Ebd., 180.

zahlungen oder Abfindungen, davon in 14 Fällen jedoch erst im Rahmen eines rechtlichen Vergleichs nach häufig für die Antragsteller:innen mühsamen Verhandlungen und belastenden rechtlichen Auseinandersetzungen.⁸⁷ Schüring kommt zu dem Schluss, dass »die Generalverwaltung in allen dokumentierten Fällen lavierte und beschwichtigte, sich eng an fremd- und selbstgesetzten Vorschriften orientierte und dann zuweilen nach beharrlichem Insistieren der Betroffenen Bereitschaft zeigte, die Verwaltungslogik durch unorthodoxe Lösungen in deren Sinne zu brechen«.⁸⁸

Nach Abschluss der Entnazifizierungsverfahren sowie der Entschädigungs- und Restitutionsprozesse kehrte Ende der 1950er-Jahre für die MPG vergangenheitspolitisch für lange Zeit Ruhe ein. Anfang der 1970er-Jahre holte die MPG die NS-Vergangenheit ihrer Vorgängerorganisation wieder ein. Die erneute Auseinandersetzung ging weder von NS-Verfolgten noch von studentischer Seite aus, die an den westdeutschen Universitäten Ordinarien mit ihrer NS-Vergangenheit konfrontiert hatten. Diesmal wurde die MPG von ganz anderer Seite öffentlich angegangen.

6.4.4 Die Attacke von Scientology als Wendepunkt?⁸⁹

Im August 1972 veröffentlichte die von der Scientology-Sekte herausgegebene Zeitung *Freiheit. Unabhängige Zeitung für Menschenrechte* in ihrer ersten Ausgabe mehrere anonyme Artikel, in denen Wissenschaftlern der Deutschen Forschungsanstalt (DFA) für Psychiatrie (Kaiser-Wilhelm-Institut)⁹⁰ schwere Verbrechen zur Last gelegt wurden: Sie hätten an NS-»Euthanasie«-Opfern ein »Fünf-Jahres-Experiment« durchgeführt und zu diesem Zweck eine »mikroskopische Untersuchung von Gehirnabstrichen frischer Kinderleichen der Nervenheilanstalt

Haar« vorgenommen.⁹¹ Dankbar hätten sie einige »hundert Kilogramm von frischen und blutigen Kindergehirnen akzeptiert«. Weiter wurde behauptet, der Direktor der DFA für Psychiatrie Ernst Rüdin habe die von dem Arzt Alfred Ploetz in München begründete Tradition der Rassenhygiene mit vielen Nachfolgern fortgesetzt.⁹² In dem MPI für Psychiatrie existiere immer noch eine »Abteilung für Psychiatrie und Rassenhygiene«, die institutionell in ungebrochener Kontinuität der NS-Wissenschaft tätig sei: »Die Psychiatrie am Max-Planck-Institut hat sich seit den Tagen der Menschen-Experimente und Todeslager unter der Leitung des leitenden Psychiaters kaum verändert«, behauptete Scientology, auch wenn die »Lieferungen menschlicher Geschlechtsorgane, die jungen Mädchen in den örtlichen Heilanstalten aus den Unterleibern gerissen wurden«, ebenso wie die »frischen und warmen Kinderhirne der psychiatrischen Institution am Rande Münchens« nicht mehr an das Institut geliefert würden, seien doch »viele der psychiatrischen Praktiken« geblieben.⁹³ Die gegen das MPI für Psychiatrie in der Scientology-Zeitung erhobenen Vorwürfe vermischten historische Fakten mit Halbwahrheiten, abstrusen und erfundenen Horrorgeschichten. Die Artikel bildeten den Auftakt zu einer längeren Scientology-Kampagne gegen das MPI für Psychiatrie, in der nationalsozialistische Medizinverbrechen öffentlichkeitswirksam instrumentalisiert wurden. Versuche, psychiatrische Behandlungsmethoden pauschal als Menschenrechtsverletzungen und prinzipiell kriminelle Praktiken zu delegitimieren, bilden ein Kernelement der Scientology-Ideologie und dienen der Rekrutierung neuer Mitglieder.⁹⁴

Im August 1972 beantragte der damalige Geschäftsführende Direktor des MPI für Psychiatrie, Gerd Peters, beim Landgericht München gegen die Artikel eine einstweilige Verfügung. Als Beweismittel legte der von der MPG beauftragte Rechtsanwalt dem Gericht zwei eidesstattliche Erklärungen vor. Eine stammte von Peters selbst

⁸⁷ Ebd., 183–188.

⁸⁸ Ebd., 154.

⁸⁹ Für eine ausführliche Darstellung der im folgenden skizzierten Scientology-Kampagne gegen das MPI für Psychiatrie siehe Schmaltz, *Brain Research*, 2023.

⁹⁰ Die 1917 gegründete Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie war am 18. März 1924 in die KWG aufgenommen worden. Seitdem führte es den Namenszusatz Kaiser-Wilhelm-Institut. 1954 wurde die Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie in die MPG aufgenommen und 1966 in Max-Planck-Institut für Psychiatrie (Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie) umbenannt. Weber, *Forschungsinstitut für Psychiatrie*, 1991, 80; Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, 1370, 1380 u. 1385.

⁹¹ Wir sind jung – wir wagen nicht zu vergessen, *Freiheit. Unabhängige Zeitung für Menschenrechte. Scientology*, 1972, 1. Zu den Hintergründen der antipsychiatrischen und vergangenheitspolitischen Scientology-Kampagne gegen das MPI für Psychiatrie und die Unterlassungsklage der MPG hiergegen siehe ausführlicher Schmaltz, *Brain Research*, 2023, 245–255.

⁹² Wir sind jung – wir wagen nicht zu vergessen, *Freiheit. Unabhängige Zeitung für Menschenrechte. Scientology*, 1972, 1.

⁹³ Höchste Zeit, daß sich etwas ändert. Erster entsetzender Bericht der Kommission für Menschenrechte, *Freiheit. Unabhängige Zeitung für Menschenrechte. Scientology*, 8.1972, 3.

⁹⁴ Whitehead, *Scientology*, 1975; Harley und Kieffer, *Development*, 2009; Thomas, *Auditing in Contemporary Scientologies*, 2019.

und eine weitere von Edith Zerbin-Rüdin, der Tochter Ernst Rüdins, die Leiterin der Forschungsgruppe Psychiatrische Genetik am Theoretischen Institut des MPI für Psychiatrie war.⁹⁵ Sie waren von zentraler Bedeutung für den Erfolg der Unterlassungsklage gegen Scientology. Peters und Zerbin-Rüdin leugneten sowohl die Beteiligung ihrer Vorgänger und Verwandten an den »Euthanasie«-Verbrechen als auch die unethische Verwendung von Opfergehirnen in der Forschung.⁹⁶ Edith Zerbin-Rüdin bestritt in ihrer Aussage vehement jegliche Verbindungen zwischen den »Euthanasie«-Mordaktionen und der DFA für Psychiatrie. Ihr Vater habe vielmehr heftig gegen die NS-»Euthanasie« protestiert, »als er inoffiziell davon erfuhr«.⁹⁷

Die historische Forschung hat keine Belege für diese entlastenden Behauptungen gefunden. Im Gegenteil hat sie gezeigt, dass Ernst Rüdin es im Dezember 1939 und im Sommer 1940 ablehnte, Initiativen von Anstaltsleitern zu unterstützen, gegen die »Euthanasie«-Tötungen zu protestieren.⁹⁸ Im Oktober 1942 hatte Rüdin Reichsgesundheitsführer Leonardo Conti ein Forschungsprojekt vorgeschlagen, das klären sollte, welche Kleinkinder »einwandfrei als minderwertig eliminationswürdig charakterisiert werden« können, um sie im Rahmen der NS-»Euthanasie« zu töten.⁹⁹ Rüdins an der DFA für Psychiatrie tätiger Mitarbeiter Julius Deussen führte zwischen 1943 und 1945 an der Universität Heidelberg ein in diesem Kontext stehendes Forschungsprojekt an 52 psychisch kranken und behinderten Kindern durch, das aus dem Haushalt der DFA für Psychiatrie gefördert wurde.¹⁰⁰ Rüdin verfolgte, wie der Medizinhistoriker Volker Roelcke resümiert, eine Politik, »die unter den spezifischen Bedingungen des Nationalsozialismus und des Krieges die

systematische Tötung von kranken Menschen nicht nur in Kauf nahm, sondern zum erklärten Ziel hatte«.¹⁰¹

Gleichwohl hielt das Landgericht München den Abwehrenspruch der MPG für berechtigt, dass »angesehene Wissenschaftler des K.W.I. bei der ›dankbaren‹ Entgegennahme der frischen Kindergehirne von den heimtückischen Kindermorden ihrer psychiatrischen Kollegen gewußt« hätten.¹⁰² Nachdem es bereits am 18. August 1972 eine einstweilige Verfügung gegen den Chefredakteur der *Freiheit*, Hermann Brendel, erlassen hatte,¹⁰³ bestätigte es in seinem erstinstanzlichen Urteil vom 6. August 1973 die Verbotsvfugung und präziserte dies in einigen Punkten.¹⁰⁴ Den Berufungsantrag des Anwalts von Scientology wies das Bayerische Oberlandesgericht in seinem endgültigen Urteil vom 18. August 1974 als unbegründet zurück.¹⁰⁵ Ein Abschluss des Rechtsstreits wurde im April 1975 mit einer außergerichtlichen Einigung erzielt, in der sich Scientology verpflichtete, die Aussagen und Werturteile nicht zu wiederholen. Im Gegenzug verzichtete die MPG auf alle Rechte und Ansprüche aus der einstweiligen Verfügung und dem rechtskräftigen Urteil und erklärte sich bereit, die Kosten für die Anwalts-honorare und die Hälfte der Gerichtskosten zu tragen.¹⁰⁶

Der Rechtsstreit zwischen der MPG und Scientology implizierte neben der gegenwärtigen Forschung des MPI für Psychiatrie auch die historischen Problematiken der NS-Vergangenheit der KWG, über welche die Richter des Landgerichts München in ihrem Urteil mitentschieden, ohne historisch-fachliche Expertise eingeholt zu haben. Der Wahrheitsgehalt der Aussagen von Peters und Zerbin-Rüdin blieb unhinterfragt. Weder die Leugnung jeglicher Verbindungen der DFA für Psychiatrie zur NS-»Euthanasie« noch die Behauptung, Ernst Rüdin sei ein

95 Edith Zerbin-Rüdin hatte von 1941 bis 1945 in München Medizin studiert. Ab 1947 arbeitete sie in der Abteilung für Genealogie and Demographie der Deutschen Forschungsanstalt, später am MPI für Psychiatrie. 1972 wurde sie habilitiert und erhielt 1978 eine außerordentliche Professur an der Ludwig-Maximilians-Universität. Siehe AMPG, IX. Abt., Rep. 1, Edith Zerbin-Rüdin.

96 Erklärung von Gerd Peters, 12.8.1972, APsych, Nachlass Detlev Ploog (DP) 187 (= BC 531187), fol. 106.

97 Erklärung von Edith Zerbin-Rüdin, 14.8.1972, ebd., fol. 112–113.

98 Schmuhl, *Gesellschaft*, 2016, 318–319; Roelcke, *Psychiatrische Wissenschaft*, 2000, 131–132; Roelcke, Ernst Rüdin, 2012, 307; Klee, »Euthanasie« im Dritten Reich, 2010, 117–118, 185. Mit einer apologetischen Interpretation: Weber, *Ernst Rüdin*, 1993, 272.

99 Rüdin an Walter Schütz (Verbindungsstelle des Reichsgesundheitsführers), 23.10.1942, APsych, Genealogisch-Demographische Abteilung (GDA) 8.

100 Roelcke, Hohendorf und Rotzoll, *Erbpsychologische Forschung*, 1998; Roelcke, *Psychiatrische Wissenschaft*, 2000; Roelcke, Ernst Rüdin, 2012.

101 Roelcke, *Psychiatrische Wissenschaft*, 2000, 149.

102 Landgericht München I (Az 30 0 106/73): Urteil im Rechtsstreit MPG gegen Hermann Brendel, 6.8.1973, Bl. 13–14, APsych, DP 187 (= BC 531187), fol. 45–46.

103 Ausführlicher: Schmaltz, *Brain Research*, 2023.

104 Landgericht München I (Az 30 0 106/73): Urteil, 6.8.1973, APsych, DP 187 (= BC 531187), fol. 39–59.

105 Bayerisches Oberlandesgericht München (Az 30 0 106/73): Endurteil im Rechtsstreit MPG gegen Hermann Brendel, 18.3.1974, ebd., fol. 11–31, hier fol. 20.

106 Terminbericht: MPG gegen Brendel vor dem OLG, Az. 99UU 1007/75, 15.4.1975, APsych, DP 188 (= BC 531188), fol. 590–594.

Gegner der NS-»Euthanasie« gewesen, entsprachen den historischen Tatsachen.¹⁰⁷

An der wissentlichen Nutznießerschaft der Lieferung von rund 1.500 Gehirnen von »Euthanasie«-Opfern aus den Heil- und Pflegeanstalten Eglfing-Haar, Hildburg-Hausen, Ansbach, Kaufbeuren sowie zahlreichen Krankenhäusern und psychiatrischen Kliniken können im Fall des Direktors des Hirnpathologischen Instituts Willibald Scholz keine Zweifel bestehen. Aus der seit 1926 der DFA für Psychiatrie institutionell angegliederten Prosektur in Eglfing-Haar stellte der seit 1936 dort tätige Leiter Hans Schleussing zusammen mit seiner Stellvertreterin Barbara Schmidt sicher, dass während des Zweiten Weltkrieges rund 500 Gehirne geliefert wurden, von denen nach derzeitigem Kenntnisstand etwa die Hälfte von Opfern der dezentralen »Euthanasie« und der »Kindereuthanasie« stammten.¹⁰⁸

Der zivilrechtliche Prozess der MPG gegen Scientology vor dem Landgericht München von 1972 bis 1975 stellt in gewisser Weise einen Wendepunkt in der vergangenheitspolitischen Auseinandersetzung der MPG mit ihrer Vorgängerorganisation dar. Zum ersten Mal trat die MPG aus eigener Initiative als Klägerin in einen Rechtsstreit um die NS-Vergangenheit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ein. Bis dahin waren die MPG oder ihre Mitarbeiter Beklagte in Entnazifizierungsverfahren, Restitutionsprozessen oder Entschädigungsfällen gewesen. Der Rechtsstreit mit Scientology führte jedoch innerhalb der MPG keineswegs zu einer aktiven Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit der KWG. Im Gegenteil. Er erschwerte es leitenden Wissenschaftler:innen und Entscheidungsträger:innen der MPG in der Generalverwaltung, ihre mentalen Blockaden aufzulösen und Abwehrhaltungen gegenüber einer selbstkritischen historischen Aufarbeitung zu überwinden. Auch wenn die MPG nicht mehr Beklagte war, verblieb die Vergangenheitsbearbeitung durch das Scientology-Verfahren weiter im Modus einer juristischen Konfliktaustragung. Dies verzögerte den Beginn

einer unvoreingenommenen und kritischen Geschichtsforschung über die Beteiligung von Wissenschaftler:innen der KWG an nationalsozialistischen Verbrechen und zu der Frage, welchen Nutzen die Forschung aus den Möglichkeiten gezogen hatte, die ihr das NS-Regime geboten hatte.

Sieht man von der Kampagne der Scientology-Sekte gegen das MPI für Psychiatrie einmal ab, blieb der MPG eine öffentliche Debatte über die NS-Vergangenheit ihrer Vorgängerorganisation KWG und deren Wissenschaftler:innen bis in die 1980er-Jahre erspart. Dies unterschied die MPG deutlich von den bundesdeutschen Universitäten. Dort kritisierten Studierende ab Mitte der 1960er-Jahre die mangelnde Selbstaufklärung der Universitäten und konfrontierten Hochschullehrer mit ihrer NS-Vergangenheit, was mancherorts zu heftigen politischen Auseinandersetzungen führte.¹⁰⁹

Während einige Universitätsleitungen abwehrend reagierten, gaben die Universitäten Tübingen, München, Heidelberg, Bonn, Münster, Marburg und die Freie Universität (FU) Berlin dem politischen Druck nach und veranstalteten zwischen 1964 und 1966 Vorlesungsreihen zur Geschichte der deutschen Universitäten im »Dritten Reich«.¹¹⁰ Trotz der berechtigten Kritik an der beschwichtigenden Tendenz der meisten dort gehaltenen Vorträge als »hilflosen Antifaschismus«¹¹¹ bleibt festzuhalten, dass es in der MPG in den 1960er-Jahren keine vergleichbaren Bemühungen gab, sich mit der NS-Vergangenheit der KWG auseinanderzusetzen.

Als einziger Wissenschaftler aus der MPG beteiligte sich der Direktor des MPI für Biologie, Georg Melchers, an der Ringvorlesung der Universität Tübingen. Mit seinem Vortrag über »Biologie im Nationalsozialismus« versuchte Melchers, das umstrittene Konzept von »Menschenrassen« als genetisch relativ homogene Gruppen gegen seinen ideologischen »Missbrauch« im NS-Regime durch die Unterscheidung in höhere und niedere »Rassen« im Sinne einer rettenden Kritik abzugrenzen.¹¹² Auf

107 Das von dem am MPI für Psychiatrie tätigen Mediziner und Archivar Matthias M. Weber noch in den 1990er-Jahren unkritisch übernommene Narrativ der Zeitzeug:innen, es hätten keine direkten und fördernden Verbindungen der DFA für Psychiatrie zur NS-»Euthanasie« bestanden, kann als wissenschaftlich widerlegt gelten. Weber, *Ernst Rüdin*, 1993, 270–279; Weber, *Rassenhygienische und genetische Forschungen*, 2000, 107–110; Weber, *Psychiatric Research*, 2000, 255–256. Siehe dazu die kritischen Widerlegungen durch Roelcke, *Psychiatrische Wissenschaft*, 2000, 138–139; Roelcke, *Ernst Rüdin*, 2012 und Schmuhl, *Gesellschaft*, 2016, 300–302, 309–310.

108 Peiffer, *Neuropathologische Forschung*, 2000, 158; Steger, *Neuropathological Research*, 2006, 139. Zur Verbindung der Prosektur mit der DFA für Psychiatrie und den Gehirn-Lieferungen siehe Kinzelbach et al., *Routinebetrieb*, 2022, 347.

109 Exemplarisch zur Universität Tübingen: Planert et al., »Verübt, verdrängt, vergessen«, 1990. Siehe auch die Dokumentation Rolf Seeligers zu seinen Versuchen, Lehrstuhlinhaber zu ihrer NS-Vergangenheit zu befragen: Seeliger, *Braune Universität*, 1964.

110 Lammers, *Auseinandersetzung mit der »braunen« Universität*, 2000; Thamer, *NS-Vergangenheit*, 1998. Die Vorträge der Vorlesungsreihen in Tübingen, München und West-Berlin wurden veröffentlicht in: *Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus*, 1965; Roegele, *Student im Dritten Reich*, 1966; Freie Universität Berlin, *Universitätstage*, 1966.

111 Haug, *Der hilflose Antifaschismus*, 1967.

112 Melchers, *Biologie*, 1965.

die Geschichte seines Instituts oder die anthropologische und rassenbiologische Forschung der KWG in der NS-Zeit ging Melchers in seinem Vortrag allerdings ebenso wenig ein wie auf die ihm seit 1949 bekannte Tatsache, dass Karin Magnussen, ehemalige Mitarbeiterin des KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik, für ihre erbbiologischen Untersuchungen an Zwillingen mit heterochromatischer Irisfärbung von Josef Mengele Augen von Sinti und Roma geliefert bekommen hatte, die in Auschwitz ermordet worden waren.¹¹³

6.5 Die Institutionalisierung von Selbstverständnis und Selbstdarstellung

6.5.1 Die Gründung der Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit¹¹⁴

Die Professionalisierung von Öffentlichkeitsarbeit und der Ausbau der Wissenschaftskommunikation erfolgten in der MPG ab den 1970er-Jahren und lagen damit im gesamtgesellschaftlichen Trend der wissenschaftsjournalistischen Aufbereitung und der Medialisierung von Spezial- und Expertenwissen.¹¹⁵ Bis dahin wurde darunter keine umfassende Wissenschaftskommunikation verstanden, sondern eine auf Technik- und Medizinberichterstattung fokussierte journalistische Bearbeitung wissenschaftlicher Inhalte.¹¹⁶

Was den Bedarf an professioneller Kommunikation anging, waren also Forschungsorganisationen zunächst nicht von Wirtschaftsunternehmen zu unterscheiden.¹¹⁷ Informationsmanagement und regelmäßige Kommunikationsbeziehungen zu Medienvertreter:innen waren Ausdruck des wissenschaftspolitischen Legitimationsdrucks und des gestiegenen öffentlichen Interesses an

wissenschaftlichen Erkenntnissen in diesen Jahren.¹¹⁸ Dies führte allerdings in der MPG nicht unmittelbar zu einer umfassenden Wissenschaftskommunikation, sondern wurde bis in die 1990er-Jahre als klassische Öffentlichkeitsarbeit und erst ab dann mit neueren Methoden der Public Relations betrieben.¹¹⁹

Eine professionelle Pressearbeit hatte sich bereits in den 1930er-Jahren in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft herausgebildet. Dazu gehörten unter anderem Selbstdarstellungen, öffentliche Vorträge und gesellschaftliche Veranstaltungen im Harnack-Haus.¹²⁰ Nach der MPG-Gründung wurden solche Aktivitäten teilweise wieder aufgenommen. Einzelne Institute reaktivierten ihren bestehenden Kontakt zum nun in Göttingen ansässigen Institut für Wissenschaftlichen Film (IWF). Das auf Wissenschafts- und Forschungsfilm spezialisierte IWF produzierte für die MPG bis in die 1960er-Jahre hinein einige »Persönlichkeitsaufnahmen«¹²¹ – das waren Porträts einflussreicher Wissenschaftler – und eine Reihe ethologischer Forschungsfilm.¹²²

Die frühen Presseaktivitäten der MPG gingen bis in die 1950er- und 1960er-Jahre zurück und wurden vom Präsidialbüro und der Generalverwaltung aus organisiert. Bis zur Verlegung nach München existierte eine eigene »Abteilung Öffentlichkeitsarbeit« unter Leitung von Heinz Pollay in der Generalverwaltung in Düsseldorf, die für Mitgliederangelegenheiten, Informationswesen (hier u. a. Presse), Veröffentlichungen, Veranstaltungen und allgemeine Protokollangelegenheiten zuständig war. Hierbei handelte es sich also noch nicht um ein modernes Pressereferat mit entsprechender personeller Ausstattung und Konzentration auf spezifische Kommunikationsfelder, sondern vor allem um die verantwortliche Stelle für die Vorbereitung der jährlichen Hauptversammlung, die Bekanntgabe von wissenschaftlichen Veröffentlichungen

113 Alfred Kühn (Zeitschrift für induktive Abstammung und Vererbungslehre) an Karin Magnussen (Bremen), 4.1.1949, AMPG, III. Abt., Rep. 75, Nr. 1, fol. 266–266 verso und Melchers an Karin Magnussen, 20.8.1949, ebd., fol. 267. Zu dem Forschungsprojekt zur Heterochromie siehe Müller-Hill, *Tödliche Wissenschaft*, 1984, 164; Sachse und Massin, *Biowissenschaftliche Forschung*, 2000; Hesse, *Augen aus Auschwitz*, 2001; Klee, *Deutsche Medizin im Dritten Reich*, 2001, 23–24, 357–371; Massin, Mengele, 2003, 241–246; Schmuhl, *Grenzüberschreitungen*, 2005, 482–502.

114 Der nachfolgende Text stammt von Juliane Scholz.

115 Scheu, *Medialisierung von Forschungspolitik*, 2015, 155; Leendertz, *Medialisierung*, 2014; Paletschek und Tanner, *Historische Anthropologie*, 2008; Peters et al., *Medialisierung der Wissenschaft*, 2008.

116 Kohring, *Die deutsche Diskussion bis 1974*, 1997, 30–31.

117 Weingart und Schulz, *Einleitung*, 2014,

118 Höhn, *Wissenschafts-PR*, 2011, 4–5; Brandt, *Universität und Öffentlichkeit*, 2014, 116–118.

119 Höhn, *Wissenschafts-PR*, 2011, 6–7.

120 Vom Brocke und Laitko, *Harnack-Prinzip*, 1996, 176–190; Kröher, *Club der Nobelpreisträger*, 2017, 20–22.

121 Bis 1961 wurden Wissenschaftlerporträts von Otto Hahn (G 27, *Geschichte der Uranspaltung*, 1956), Max Hartmann (G 36, *Sexualtheorie*, 1958) und Max von Laue (G 48, 1959) produziert. Filmvorhaben RWU/IWF mit Kaiser-Wilhelm- und Max-Planck-Instituten, Stand 2.2.1961, AMPG, II. Abt., Rep. 70 Nr. 1016, fol. 118–122.

122 Gotthard Wolf an Butenandt vom 13.9.1954, AMPG, III. Abt., Rep. 84-2, Nr. 2709, fol. 3; Scholz, *Duplicating Nature*, 2021.

und letztlich die akribische Sammlung von MPG-relevanten Pressebesprechungen.¹²³

Diese vornehmlich auf Printmedien und Festakte konzentrierte und damit nach innen gerichtete Selbstverständigung bewertete der Leiter des 1971 neu gegründeten Pressereferats, Robert Gerwin, rückblickend als »dilettantisch«.¹²⁴ In der Tat nahm eine nach außen gerichtete Presse- und Medienarbeit damals nur einen kleinen Teil der vielfältigen Arbeitsbereiche in der Generalverwaltung ein. Gerwin konnte jedoch später auf den Produkten dieser ersten Öffentlichkeitsabteilung aufbauen. Dort waren seit 1951 die »Jahrbücher der Max-Planck-Gesellschaft« und von 1952 bis 1974 die Reihe »Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft« erschienen. Sie richteten sich nicht nur an Mitglieder und Mitarbeiter:innen, sondern auch an ausgewählte Pressevertreter:innen und enthielten neben Personalien auch »Nachrichten [...], die nicht in der Geheimsprache der Wissenschaft, sondern in gemeinverständlicher Form über wissenschaftliche und allgemeine Fragen der Gesellschaft und der Wissenschaftspflege« aufklärten.¹²⁵ Bereits 1957 wurde eine Radiosendung zur Gründungsgeschichte der MPG produziert und eine 30-minütige Radiosendung über die MPG in der Deutschen Welle ausgestrahlt.¹²⁶

MPG-Präsident Adolf Butenandt hatte 1966 schließlich strategische Kommunikation als übergeordnetes Ziel für die MPG formuliert und gefordert, »die Öffentlichkeit wissenschaftsbewusst zu machen [...] und damit neben der materiellen Absicherung auch eine kulturell-rationalen Dominanz wissenschaftlicher Autorität und letztlich technizistischer Rationalität«¹²⁷ durchzusetzen. Butenandts Aussage war von einem zeitgenössischen Modernisierungsgedanken getrieben, der die Nützlichkeit von Wissenschaft und technischem Fortschritt für die Gesellschaft unterstrich und typisch für die Tonart des damaligen Wissenschaftsjournalismus war. Butenandts Aussage zeugte zudem vom Verständnis eines medien-

affinen Wissenschaftsmanagers, der an die Wirkung rational-wissenschaftlicher Argumentationen glaubte und den Schritt hin zu einer »Medialisierung von Wissenschaft« verinnerlicht hatte.¹²⁸

Die Entstehung professioneller Öffentlichkeitsarbeit in der Max-Planck-Gesellschaft ab den 1970er-Jahren wurde in erster Linie durch externe gesellschaftspolitische Entwicklungen und den zunehmenden Einfluss einer kritischen Medienöffentlichkeit geprägt. Mit den gesellschaftspolitischen Umwälzungen nach 1968 nahm auch die öffentliche Kritik an der Intransparenz der Berufungsverfahren und der Mittelverwendung zu.¹²⁹ Es etablierte sich aus den Reihen der wissenschaftlichen und technischen Mitarbeiter:innen eine rege Mitbestimmungsdiskussion, die unter anderem eine Demokratisierung der Forschung und den Abbau von Hierarchien forderte.¹³⁰ Die Umgestaltung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in ein modernes Pressereferat 1971 erfolgte also auch als Reaktion auf eine Konservatismuskritik und als Folge der nun enger verflochtenen wissenschaftspolitischen Zusammenarbeit mit Medien- und Politikvertreter:innen.

Bereits Mitte der 1950er-Jahre hatten sich MPG-Wissenschaftler im Rahmen des Protests der »Göttinger 18« und als Teil der Pugwash-Konferenzen für atomare Abrüstung und eine nichtmilitärische Nutzung der Kernenergie eingesetzt.¹³¹ In den 1970er- und 1980er-Jahren folgten die hitzig geführten Debatten um Klimawandel, Gentechnik, aber auch Diskussionen um Tierschutz und Tierrechte.¹³² Diese und andere Themen wurden vor allem in den Milieus des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung und des Starnberger »Zukunftsinstituts« diskutiert, hatten allerdings auch Auswirkung auf die Gestaltung des neuen Pressereferates in der Generalverwaltung.¹³³

In England führten ähnliche Entwicklungen, die als Reaktion auf eine kritische Medienöffentlichkeit zu werten waren, vergleichsweise früh zu einer umfassenden

123 Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 5, fol. 42 und beispielhaft die Pressesammlung der MPG, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 153, fol. 154.

124 Zitiert nach Robert Gerwin: Pressearbeit für die Wissenschaft am Beispiel der Max-Planck-Gesellschaft, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 106, fol. 9.

125 So das Editorial der ersten Ausgabe von: Max-Planck-Gesellschaft, *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft*, 1952, 2.

126 Material für den Rundfunk, Vortragsmanuskript, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 16, fol. 1–11; Schiemann an Telschow vom 23.8.1957, ebd., fol. 72–73.

127 Zitiert nach Kohring, *Die deutsche Diskussion bis 1974*, 1997, 41.

128 Göpfert, *The Strength of PR*, 2007, 216–220; Leendertz, *Medialisierung*, 2014.

129 Gerwin, *Im Windschatten der 68er*, 1996, 211–224.

130 Scholz, *Partizipation*, 2019, 79–85.

131 Lorenz, *Protest der Physiker*, 2011; Sachse, *Max Planck Society and Pugwash*, 2018. Siehe auch unten, Kap. IV.9.6.4.

132 Siehe auch unten, Kap. IV.10.5.

133 Leendertz, *Medialisierung*, 2014; Leendertz, *Finalisierung der Wissenschaft*, 2013; Behm, *MPI für Bildungsforschung*, 2023.

Kommunikationsstrategie seitens der Wissenschaftsorganisationen.¹³⁴ Mitte der 1980er-Jahre starteten sie unter der Bezeichnung »Public Understanding of Science« (PUS)¹³⁵ eine wissenschaftsorientierte Informationskampagne, die in Deutschland mit dem Memorandum »Public Understanding of Science and Humanities« (PUSH) im Jahr 1999 durch die Forschungsorganisationen aufgegriffen wurde.¹³⁶

Die letztlich dauerhafte organisatorische Verankerung von Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Generalverwaltung in München zu Beginn der 1970er-Jahre erfolgte im Zuge der Umgestaltung ihrer Governance-Strukturen.¹³⁷ Das Referat »Presse und Öffentlichkeitsarbeit« wurde 1971 gegründet, 1973 als Teil der Generalverwaltung in die Abteilung V für Forschungspolitik und Außenbeziehungen eingegliedert und damit auch institutionell verstetigt. Nach außen firmierte das Referat meist nur unter dem Kürzel »Pressestelle«, da der Begriff Öffentlichkeitsarbeit nach Meinung von Robert Gerwin bei den meisten Journalist:innen verpönt war.¹³⁸ Gerwin leitete 17 Jahre lang die MPG-Pressestelle, bis ihn Michael Globig 1988 ablöste.

Die langjährigen Referatsleiter drückten der Wissenschaftskommunikation der MPG ihren Stempel auf. Gerwin, 1922 in Dortmund geboren, hatte an der damaligen Technischen Hochschule Stuttgart Physik studiert. Er hatte als Redakteur für das Wissenschaftsressort verschiedener Tages- und Wochenzeitungen gearbeitet und war Autor für Radio- und Fernsehsendungen¹³⁹ und schon früh mit professionellen Presseabteilungen anglo-amerikanischer Wissenschaftsorganisationen in Berührung gekommen, die er auch in Deutschland zu etablieren gedachte.¹⁴⁰

In der MPG konzentrierte sich Gerwin zunächst auf Hintergrundberichte und Nachrichten aus den Instituten und war für den Aufbau, die Sammlung und die Verteilung der zentralen *Presseinformationen* zuständig. So

konnte sich Gerwin als Verdienst anrechnen, dass die MPG in seiner Amtszeit in überregionalen Zeitungen und Zeitschriften in rund 600 Ausgaben mit 3.000 Beiträgen genannt wurde, und so zum Popularitätsgewinn der Forschungsgesellschaft beitrug. Die MPG rangierte in den 1970er- und 1980er-Jahren – betrachtet man allein die Zahl der Nennungen in Presseerzeugnissen – noch vor der DFG und den meisten deutschen Universitäten.¹⁴¹ Dabei ging es Gerwin vor allem um verständliche Wissenschaftssprache und eine Popularisierung von wissenschaftlichem Wissen.¹⁴²

Gerwins Team – das waren die Journalisten Eugen Hintsche (*MPG-Presseinformationen*, Berichte aus der CPTS), Horst Meermann (Chef vom Dienst des *MPG-Spiegel*) und Walter Frese (*MPG-Presseinformationen* und *MPG-Spiegel*)¹⁴³ – gab ab 1972 den zweimonatlich erscheinenden *MPG-Spiegel* heraus, der die Reihe *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft* ablöste.¹⁴⁴ Der *MPG-Spiegel* richtete sich dezidiert an alle Mitarbeiter:innen und informierte diese auch über kontroverse Themen wie Mitbestimmung, da auf einer Doppelseite auch die Mitteilungen des Gesamtbetriebsrats abgedruckt wurden. Dazu kamen Institutsnachrichten und Informationen über Neuberufungen sowie eine leicht verständliche Aufbereitung der laufenden MPG-Forschungen anhand eines thematischen Features. Eine weitere Aufgabe war die Herausgabe der Reihe »Berichte und Mitteilungen«, die einzelne Institute in den Mittelpunkt rückten. Gerwins wohl auflagenstärkstes Produkt war die Informationsbroschüre *Die Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute*, die seit 1972 regelmäßig Neuauflagen erfuhr und 1977 erstmalig auf Englisch erschien.¹⁴⁵

In dieser Zeit intensivierte Gerwin auch die Zusammenarbeit mit den Beauftragten für Öffentlichkeitsarbeit an den Instituten, die beispielsweise Programme für Visiting Journalists, Presseseminare und Pressetage organisierten. Doch blieb die Pressearbeit der einzelnen Insti-

134 Göpfert, *The Strength of PR*, 2007, 215.

135 Weitze und Heckl, *Wissenschaftskommunikation*, 2016, 18–19.

136 Korbmann, Weckruf für die Wissenschaftskommunikation, 20.5.2019, <https://wissenschaftskommuniziert.wordpress.com/2019/05/20/der-weckruf-fuer-die-wissenschaftskommunikation-20-jahre-push/>.

137 Siehe oben, Kap. IV.4.4.

138 Robert Gerwin: Vermerk vom 23.7.1973, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 101, fol. 33–37.

139 Z. B. Robert Gerwin: Exposé zur Radiosendung »Der Mythos von der deutschen Atombombe«, 1988, AMPG, III. Abt., ZA 13, Nr. 4, fol. 30–32.

140 Robert Gerwin: Pressearbeit für die Wissenschaft am Beispiel der Max-Planck-Gesellschaft. Ringvorlesung in der Reihe »Medizin in Presse, Rundfunk und Fernsehen« an der Universität Erlangen-Nürnberg, 27.1.1981, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 106, fol. 10.

141 Max-Planck-Gesellschaft, Wechsel im MPG-Pressereferat, 1988.

142 Vortrag Gerwins vor dem WR der MPG am 27.6.1973, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 106, fol. 54–56.

143 Gerwin: Arbeitsplatzbeschreibung Meermann, Hintsche und Frese, 14.12.1984, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 55, fol. 4–9.

144 1972 und 1973 noch unter dem Titel *MPG-Monatspiegel* erschienen.

145 Gerwin, *MPG und ihre Institute*, 1972.

tute bis in die 1990er-Jahre heterogen und war teils von offensiver Pressearbeit, teils von fehlender Bereitschaft zur öffentlichen Kommunikation geprägt.¹⁴⁶

Die MPG-Presseabteilung verfügte in den 1970er-Jahren mit vier Journalisten über eine wesentlich bessere personelle Ausstattung als vergleichbare Presseabteilungen an den Universitäten.¹⁴⁷ Die Einrichtung des Pressereferats erfolgte zudem früher als in anderen Forschungseinrichtungen – in der Fraunhofer-Gesellschaft wurde beispielsweise erst drei Jahre später ein hauptamtlicher Pressereferent eingestellt.¹⁴⁸ Dabei konzentrierten sich die Informationen besonders auf wissenschaftliche Durchbrüche; die tägliche Laborarbeit war selten Thema.¹⁴⁹ Das damalige Selbstverständnis der Öffentlichkeitsarbeit kommt prägnant in Gerwins Gastvortrag an der Universität Erlangen-Nürnberg zum Ausdruck. Dort bezeichnete er seine Rolle als Pressesprecher der MPG als »die eines Mittlers, eines Schreibknechts der Wissenschaft, eines Verbindungsmannes zwischen einzelnen Wissenschaftlern und meinen Kollegen in den Medien«.¹⁵⁰ Er hob den Dienst an der Gesellschaft und an der Wissenschaft selbst hervor und reihte sich in das dominierende technikaffine Modernisierungsnarrativ der Gesellschaft ein.

Zu Beginn der 1980er-Jahre verfügte die MPG-Pressestelle neben Gerwin als Leiter über fünf weitere Redakteure. Dazu kam die Dokumentationsstelle, die Presseauschnitte sammelte und Sekretariats- und Schreibdienste erledigte, sodass insgesamt neun Personen angestellt waren.¹⁵¹ Mit Übernahme der Presseabteilung durch Michael Globig im Jahr 1988 veränderte sich die Öffentlichkeitsarbeit in der MPG, die nun durch eine intensivere Kommunikation mit politischen Entscheidungsträger:innen und gezielte Öffentlichkeitsarbeit mit thematischen Schwerpunkten gekennzeichnet war. In Globigs Amtszeit fielen größere Strukturveränderungen der Abteilung, die nun nicht mehr nur traditionellen wissenschaftsjourna-

listischen Zielen und Gütekriterien folgte, sondern bis zum Ende der 1990er-Jahre in eine umfassende Abteilung für Wissenschaftskommunikation transformiert wurde.

6.5.2 Die Gründung des Archivs der MPG als Sammlungsort¹⁵²

Die 1973 von der MPG getroffene Entscheidung, ein eigenes Archiv einzurichten, das drei Jahre später die Arbeit aufnahm, hat eine lange Vorgeschichte, die bis in die Zeit der KWG zurückreicht. Die Gründung eines »Archivs« der KWG kam erstmals im Oktober 1925 im Senat zur Sprache, als es darum ging, Belegexemplare der Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Mitglieder der Gesellschaft zu sichern.¹⁵³ 1936 forderte der Präsident der KWG, Max Planck, die Institutsdirektoren auf, Fotografien ihrer Institute einzusenden, die in einem geplanten »Bildarchiv« für Presseanfragen bereitgehalten werden sollten.¹⁵⁴

Noch vor Kriegsende wurden die Personalakten der KWG von Berlin nach Göttingen verbracht, wo die Generalverwaltung in Räumen der Aerodynamischen Versuchsanstalt untergekommen war. Dorthin wurden in den folgenden Jahren auch die in Berlin verbliebenen Altakten der KWG überführt.¹⁵⁵ Nicht aufgegriffen wurde der schon früh, im Juli 1953, von Prälat Georg Schreiber, KWG-Senator und Direktor des Deutschen Instituts für Auslandskunde, der Generalverwaltung unterbreitete Vorschlag, die in Göttingen vorhandenen Archivbestände alter KWG-Akten »im Sinne einer Inventarisierung titelmäßig« zu verzeichnen.¹⁵⁶

Ausschlaggebend für die mehr als 20 Jahre später erfolgte Gründung des Archivs der MPG waren dann mehrere Prozesse, die sich ab Mitte der 1960er-Jahre wechselseitig so verstärkten, dass eine institutionalisierte Archivlösung für die dauerhafte Sicherung der Akten-

146 Ergebnisprotokoll über die Klausursitzung zur Neukonzeption der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Max-Planck-Gesellschaft am 1.9.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 12, fol. 67–68.

147 Leendertz, *Medialisierung*, 2014, 556–557.

148 Ebd.

149 Robert Gerwin: *Pressearbeit für die Wissenschaft am Beispiel der Max-Planck-Gesellschaft*, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 106, fol. 9.

150 Robert Gerwin: *Pressearbeit für die Wissenschaft am Beispiel der Max-Planck-Gesellschaft. Ringvorlesung in der Reihe »Medizin in Presse, Rundfunk und Fernsehen«* an der Universität Erlangen-Nürnberg, undatiert, wahrscheinlich 1981, ebd., fol. 2.

151 Robert Gerwin: *Pressearbeit für die Wissenschaft am Beispiel der Max-Planck-Gesellschaft*, ebd., fol. 9.

152 Der nachfolgende Text stammt von Florian Schmaltz.

153 Adolf von Harnack an die Direktoren der KWG, 7.10.1925, Kopie als Anlage zum Brief Eckart Hennings an Edmund Marsch vom 10.2.1986, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 4962, fol. 340–341. Zum Folgenden siehe auch Henning, *Archiv*, 1990, 291.

154 Planck an Institutsdirektoren, 9.6.1939, ebd., fol. 342–343.

155 Hannelore Kätsch-Kaese: *Hinweise zur Archivarbeit der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*, 28.10.1985, Bl. 2–3, AMPG, Vc. Abt., Rep. 4, Nr. 183.

156 Schreiber (Deutsches Institut für Auslandskunde) an MPG, 11.7.1953, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 390, fol. 292 recto – 292 verso.

überlieferung der KWG und der MPG unausweichlich wurde. Erstens erzeugte der mit dem Amtsantritt Butenandts als Präsident schrittweise vollzogene Umzug der Generalverwaltung von Göttingen nach München akuten Handlungsbedarf.¹⁵⁷ Die Altakten der KWG waren nun auf die in Berlin noch ansässige Verwaltungsstelle, den in Göttingen verbliebenen Teil der Generalverwaltung und die Registratur der in München im Aufbau befindlichen Abteilungen der Generalverwaltung verteilt.¹⁵⁸

Die mit dem Umzug zusammenhängende Reorganisation der laufenden Registratur und die Frage des Umgangs mit den Akten der in diesem Prozess gebildeten Alt-Registratur und den archiwwürdigen Altakten der KWG, die für die laufenden Geschäfte nur noch selten benötigt wurden, verlangte nach einer Entscheidung. Die personell unterbesetzten Registraturen und die noch in Berlin verbliebene Verwaltungsstelle waren nicht mehr in der Lage, das Record Management der auf mehrere Standorte verstreuten Aktenüberlieferung zu bewältigen. Hinzu kam die Schließung einer Reihe von Max-Planck-Instituten, in denen sich nicht nur Registraturen der Nachkriegszeit, sondern auch historisch wertvolle, aber noch weitgehend unerschlossene Aktenüberlieferungen ihrer Vorgängerinstitute aus der Zeit der KWG befanden. Für deren archivalische Bewertung und Sicherung fehlte es an Personal, Räumlichkeiten und Sachmitteln.¹⁵⁹ Bis zum Ende der Amtszeit Butenandts im Jahre 1972 verfügte die MPG über keine zukunftsweisende Strategie, wie diesen Problemen beizukommen war, und suchte externen Rat beim Bundesarchiv.¹⁶⁰

Daraufhin signalisierten das Bundesarchiv, aber auch die Bibliothek des Deutschen Museums und die Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz Ende der 1960er- und

Anfang der 1970er-Jahre Interesse an einer Übernahme der Akten der KWG und der MPG.¹⁶¹ Die Begehrlichkeiten dieser Archive zwangen die MPG schließlich dazu, sich zu entscheiden, ob sie ihre Unterlagen einem anderen Archiv anvertrauen oder in einem eigenen Archiv sichern wollte. Auch stellten Vertreter:innen der im Aufschwung befindlichen internationalen Wissenschaftsforschung Ende der 1960er-Jahre bei der Generalverwaltung vermehrt Anträge auf Akteneinsicht in die KWG-Akten. Dadurch wurde der Leitung der MPG allmählich bewusst, welche bedeutenden wissenschaftshistorischen und kulturellen Schätze auf Dachböden und in Institutskellern verstaubten.¹⁶²

Die Schließung des Max-Planck-Instituts für Zellphysiologie nach dem Tod seines Direktors Otto Warburg eröffnete die Möglichkeit, dort ein Archiv einzurichten, wofür der um Rat gefragte Direktor des MPI für Geschichte Rudolf Vierhaus im Sommer 1972 plädierte.¹⁶³ Im März 1973 fasste der Verwaltungsrat einen entsprechenden Beschluss und bewilligte zugleich drei Planstellen und erste Sachmittel. Das der Generalverwaltung organisatorisch angegliederte Archiv sollte »allen interessierten Wissenschaftlern des In- und Auslandes zugänglich gemacht werden.«¹⁶⁴ Mit dieser Grundsatzentscheidung sicherte die MPG der historischen Forschung wertvolle Quellen und gab zugleich die Kontrolle über den Aktenzugang nicht aus der Hand. Die Suche nach einer geeigneten Person für die Archivleitung war schwieriger als erwartet. Mehr als zwei Jahre vergingen, ehe der zuvor am MPI für Bildungsforschung als Bibliotheksleiter tätige Rolf Neuhaus im April 1975 einwilligte, Gründungsdirektor des Archivs zu werden, und im Oktober die Stelle antrat.¹⁶⁵

157 Siehe oben, Kap. II.3.4.2; Balcar, *Wandel*, 2020, 48–52; Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 398.

158 Hannelore Kätsch-Kaese: Hinweise zur Archivarbeit der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, 28.10.1985, Bl. 9–10, AMPG, Vc. Abt., Rep. 4, Nr. 183.

159 Marsch: Vermerk. Betr.: Organisation des Dokumentationsdienstes, 3.8.1972, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 358, fol. 433–434.

160 Kaese: Vermerk. Betr.: Informationsgespräch im Bundesarchiv Koblenz am 6.2.1968 über allgemeine Fragen der Registraturorganisation, 9.2.1968, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 193, fol. 36–44.

161 Wolfgang A. Mommsen (Präsident des Bundesarchivs) an Butenandt, 17.5.1971, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 357, fol. 51; Mommsen an Butenandt, 16.12.1971, ebd., fol. 49; Saupe an den Präsidenten und Generalsekretär der MPG: Betr.: Abgabe der [sic!] Aktenmaterials der KWG und ihrer Institute an das Bundesarchiv, 9.3.1972, ebd., fol. 20–22; Ernst H. Berninger (Direktor der Bibliothek des Deutschen Museums) an Heisenberg, 16.6.1972, AMPG, IX. Abt., Rep. 2, Archiv der MPG, fol. 112–113.

162 Kätsch: Themen von Benützern der KWG-Akten seit 1969, 13.11.1972, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 357, fol. 11–12.

163 Robert Gerwin an den Präsidenten der MPG, Betr.: Verbleib der KWG- und MPG-Altakten, 29.8.1972, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 57, fol. 453; Protokoll der 95. Sitzung des Verwaltungsrates am 28.11.1972 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 95.VP, fol. 153–154.

164 Protokoll der 96. Sitzung des Verwaltungsrates der MPG am 8.3.1973 in Hannover, Bl. 44, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 96.VP., fol. 73 und Protokoll der 97. Sitzung des Verwaltungsrates der MPG am 27.6.1973 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 97.VP. sowie Materialien. Betr.: Punkt 24 der Tagesordnung Einrichtung eines Archivs der Max-Planck-Gesellschaft im »Otto-Warburg-Haus«, Berlin, ebd., fol. 372 (Zitat).

165 Roeske an den Präsidenten, Generalsekretär und Marsch, Betr.: Archiv Berlin. Besprechung mit Dr. Neuhaus am 28.4.1975, 24.4.1975, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 358, fol. 345–346; Neuhaus: Zur Sammlung der Archivalien der Max-Planck-Gesellschaft, 2.5.1975, ebd., fol. 342–344; Neuhaus an Marsch, 26.8.1975, ebd., fol. 306. Zur Biografie von Neuhaus siehe Henning, Neuhaus, 1992.

Die 1976 anlässlich der Eröffnung des Archivs in Kraft gesetzte Benutzungsordnung ließ der Archivleitung gewisse Spielräume, den Aktenzugang zu regulieren und damit Einfluss auf die historischen Forschungsmöglichkeiten zu nehmen.¹⁶⁶ Als Neuhaus Ende März 1983 krankheitsbedingt in den vorzeitigen Ruhestand treten musste, diskutierte der Archivbeirat, ob der künftige Leiter ein archivfachliches, bibliothekarisches, historisches oder naturwissenschaftliches Qualifikationsprofil oder eine Kombination mehrerer Qualifikationen besitzen sollte.¹⁶⁷ Der Präsident der MPG intervenierte und entschied diese Frage. Reimar Lüst erinnerte daran, dass die MPG bei der Gründung des Archivs »einmal von der vagen Hoffnung ausgegangen« sei, es »später in ein Institut zur Erforschung der Geschichte der Naturwissenschaften weiterzuentwickeln«. Im Hinblick auf »die Haushaltslage sowie andere Prioritäten unserer Gesellschaft« hielt Lüst dies 1983 für unmöglich. Deshalb sollen »die Bibliothek und das Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft in erster Linie als eine Stelle des Sammelns von Archivalien und einschlägiger Literatur und deren Aufbereitung für die Forschung« weitergeführt und die Leitungsfunktion entsprechend ausgeschrieben werden.¹⁶⁸

Als Nachfolger von Neuhaus berief die MPG 1984 den Archivar und Historiker Eckart Henning, der zuvor als Archivoberrat beim Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz tätig gewesen war.¹⁶⁹ Er professionalisierte das Archivwesen der MPG fachlich und führte 1986 eine nach archivwissenschaftlichen Prinzipien neu strukturierte Tektonik ein, die alle Bestände nach Abteilungen und Repositoren ordnete.¹⁷⁰ Henning engagierte sich in der akademischen Lehre für die archivwissenschaftliche Ausbildung und in der Öffentlichkeitsarbeit des Archivs.

Ab 1994 veranstaltete das Archiv wissenschaftshistorische Vortragsabende, die als »Dahlemer Archivgespräche« in einer Publikationsreihe des Archivs erschienen. In der Reihe »Veröffentlichungen aus dem Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft« erschienen Bibliografien, Chroniken und Quelleninventare, die als Nachschlagewerke und Hilfsmittel für Archivrecherchen dienten.¹⁷¹

Die von der Generalverwaltung mit der Gründung des Archivs in Berlin angestrebte Zentralisierung des Archivwesens in der MPG wurde nie vollständig erreicht. Sie blieb strukturell ein ungelöstes Problem aufgrund der starken autonomen Stellung der Institute, die zu einem Weiterbestehen von Nebenarchiven führte,¹⁷² wie das 1986 im MPI für Kohlenforschung in Mülheim an der Ruhr errichtete Institutsarchiv¹⁷³ oder das im Jahr 1990 eingerichtete Archiv des MPI für Psychiatrie in München.¹⁷⁴ Weitere Institutsarchive der MPG existieren in der Bibliotheca Hertziana (MPI für Kunstgeschichte) in Rom, wo Nachlässe von Institutsdirektoren und Institutsakten aufbewahrt werden, und im Institut für Plasmaphysik in Garching.¹⁷⁵ Als die Aerodynamische Versuchsanstalt 1969 aus der MPG ausgegliedert und in die Trägerschaft der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt übergang, verblieben dort Überlieferungen des Kaiser-Wilhelm- und Max-Planck-Instituts für Strömungsforschung, der Aerodynamischen Versuchsanstalt und Teile von Nachlässen der Direktoren. Sie wurden in das Göttinger Archiv der Luft- und Raumfahrt in der Aerodynamischen Versuchsanstalt, das spätere Zentrale Archiv des Deutschen Luft- und Raumfahrtzentrums, übernommen.¹⁷⁶

Trotz der Existenz lokaler Archive avancierte das Archiv in Berlin zum zentralen Ort der historischen

166 Marsch an Neuhaus, 31.3.1977, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 358, fol. 830; Benutzungsordnung, 2.5.1977, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 358, fol. 62–63.

167 Ergebnisprotokoll der 6. Sitzung des Beirates der Bibliothek und des Archivs zur Geschichte der MPG am 16.3.1983, gez. Ekkehart Vesper und Marion Kazemi, fol. 43–48; Vierhaus an Vesper, 1.2.1983, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 360, fol. 102–104.

168 Lüst an Vesper, 20.1.1983, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 360, fol. 139–140.

169 Protokoll der 131. Sitzung des Verwaltungsrates am 17.11.1983 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 131.VP, fol. 377–378; Henning, *Tresor der Wissenschaft*, 1984.

170 Eckart Henning: *Archiv zur Geschichte der MPG. Tätigkeitsbericht 1986*, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 361, fol. 15.

171 Henning und Kazemi, *Chronik KWG*, 1988; Ellwanger, *Forscher im Bild I*, 1989; Bergemann, *Mitgliederverzeichnis*, 1990/1991; Henning und Kazemi, *Chronik MPG*, 1992; Gill und Klenke, *Institute im Bild I*, 1993; Hauke, *Bibliographie Geschichte KWG I*, 1994; Hauke, *Bibliographie Geschichte KWG 2*, 1994; Hauke, *Bibliographie Geschichte KWG 3*, 1994; Parthey, *Bibliometrische Profile*, 1995; Ullmann, *Quelleninventar Max Planck*, 1996; Wegeleben, *Beständeübersicht des Archivs*, 1997; Kohl, *KWG im Nationalsozialismus. Quelleninventar*, 1997; Uebele, *Institute im Bild II*, 1998; Vogt, *Wissenschaftlerinnen in KWGs*, 2008; Henning, *Beiträge*, 2004; Hauke, *Literatur über Max Planck*, 2001; Kazemi, *Nobelpreisträger*, 2006; Kinas, *Butenandt*, 2004.

172 Ergebnisprotokoll der 13. Sitzung des Beirates des Archivs zur Geschichte der MPG, 13.3.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 4964, fol. 5–9, hier fol. 8–9.

173 Rasch, *Archiv*, 1987; Rasch, *Aufbau eines Archivs*, 1987.

174 Weber, *Das Historische Archiv*, 1996.

175 Krems et al., *Archiv der Bibliotheca Hertziana*, 1998.

176 Kazemi, *Quellen*, 1994; Wichner, *Herkunft*, 2014.

Forschung. Wer zur Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Max-Planck-Gesellschaft und ihrem Beitrag zu den Wissenschaften im 20. Jahrhundert historisch forschte, kam am Archiv der MPG nicht vorbei, das bei seiner Eröffnung rund 500 laufende Regalmeter Akten besaß.¹⁷⁷ Die Zahl der Benutzungen verdreifachte sich innerhalb von zwei Jahren von 51 (1977) auf 160 (1979).¹⁷⁸ Im Jahr 1990 verzeichnete das Archiv bereits 1.122 persönliche, schriftliche oder telefonische Benutzungsvorgänge.¹⁷⁹

6.5.3 Das Archiv als vergangenheitspolitischer Akteur¹⁸⁰

Im Zusammenhang mit der in den 1980er-Jahren einsetzenden kritischen Forschung zur Geschichte der Medizin und der Wissenschaften im Nationalsozialismus wurde das Archiv der MPG zum geschichtspolitischen Akteur. Die Veröffentlichungen von Ernst Klee, Götz Aly und Benno Müller-Hill förderten neue Fakten über Wissenschaftler:innen verschiedener Kaiser-Wilhelm-Institute zutage, die mit ihren Forschungsarbeiten zur Legitimation der nationalsozialistischen Rassenpolitik und der Umsetzung und Ausweitung von Verfolgungsmaßnahmen beigetragen hatten. Sie waren durch die Beschaffung von Gehirnen von Opfern des NS-»Euthanasie«-Programms und von Organen von Sinti, Roma und jüdischen Menschen, die in Auschwitz ermordet worden waren, zu Nutznießer:innen der NS-Vernichtungspolitik geworden. Die Veröffentlichungen darüber brachten die Generalverwaltung der MPG und die Leitungen der betroffenen Nachfolgeinstitute ab den 1980er-Jahren wiederholt in Erklärungsnot. Das Archiv der MPG übernahm in solchen Fällen die Aufgabe, das mediale Krisenmanagement der Öffentlichkeitsabteilung der Generalverwaltung und Institute durch gezielte Quellenrecherchen und argumentative Hilfestellung zu unterstützen, wie der im Folgenden beschriebene Fall illustriert.

Im Zusammenhang mit seinen Recherchen zur Geschichte der NS-»Euthanasie« hatte der Historiker Götz Aly 1982 in einem Gespräch mit dem Verwaltungsleiter des MPI für Hirnforschung Gerhard Kolb erfahren, dass dort noch die Unterlagen und Sammlungen der ehemaligen Direktoren des KWI für Hirnforschung Julius Hallervorden und Hugo Spatz aufbewahrt wurden. Anfang 1983 teilte das MPG-Archiv Aly mit, dass ein Teil der Akten des KWI für Hirnforschung »vor einigen Jahren« vernichtet worden sei, persönliche Unterlagen jedoch möglicherweise noch in der Generalverwaltung der MPG aufbewahrt würden.¹⁸¹ Als Aly am 15. Februar 1983 schriftlich um die Erlaubnis bat, die Personalakte Hallervordens einsehen zu dürfen, teilte die Generalverwaltung ihm wahrheitswidrig mit, Hallervordens Personalakte aus der Zeit vor 1945 sei bei Luftangriffen zerstört worden.¹⁸² Zudem könne ihm »aus grundsätzlichen Erwägungen« keine Einsicht in Personalakten gewährt werden.¹⁸³ Auch das an den Direktor des MPI für Hirnforschung, Wolf Singer, gerichtete Ersuchen, ihm Zugang zu den Akten des KWI für Hirnforschung und der Gehirnsammlung von Hallervorden zu gewähren, um »Euthanasie«-Opfer zu identifizieren und personelle, wissenschaftliche und institutionelle Verbindungen zwischen dem Institut und den »Euthanasie«-Tötungsanstalten im Nationalsozialismus weiter untersuchen zu können, stieß auf Widerstand.¹⁸⁴ Während Singer bereit war, Aly zu wissenschaftlichen Zwecken Aktenzugang zu gewähren, beschied Generalverwaltung und Archiv der MPG sein Anliegen abschlägig.

Die MPG lenkte erst ein, als im April 1984 schließlich ein von Aly initiiertes ausführliches Rechtsgutachten aus dem Haus des hessischen Datenschutzbeauftragten vorlag, in dem es hieß, dass der Schutz der Persönlichkeitsrechte gegen die im Grundgesetz verankerte Freiheit von Wissenschaft und Forschung abgewogen werden müsse und die Akteneinsicht für eine historische Aufklärung unverzichtbar sei.¹⁸⁵ Eine »fortgesetzte Verweigerung der Einsichtnahme«, so die interne Einschätzung in der Ge-

177 Bericht über die Tätigkeit der Bibliothek und des Archivs zur Geschichte der MPG vom 1.10.1975–31.12.1977, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 3601, fol. 319–329, hier fol. 322.

178 Bericht über die Tätigkeit der Bibliothek und des Archivs zur Geschichte der MPG vom 1.1.1978–31.12.1979, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 3601, fol. 239–246, hier fol. 244.

179 Archiv zur Geschichte der MPG. Tätigkeitsbericht 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 3601, fol. 41.

180 Der nachfolgende Text stammt von Florian Schmaltz.

181 Aly (FU Berlin) an MPG, 15.2.1983, AMPG, III. Abt., ZA 219, Nr. 40, fot. 290–291.

182 Die im AMPG überlieferte Personalakte Hallervordens enthält Originale aus der Zeit vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Personalakte Julius Hallervorden, AMPG, II. Abt., Rep. 67, Nr. 652.

183 Beyer (MPG) an Aly, 3.3.1983, AMPG, III. Abt., ZA 219, Nr. 40, fot. 277.

184 Aly an Singer, 15.2.1983, ebd., fot. 290–291.

185 Hohmann an Kalb, 9.4.1984, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 79, fol. 71–74, hier fol. 72–73. Sowie: Aly, *Elaborate*, 2015, 209.

neralverwaltung, hätte »den Verdacht verstärkt, die MPG wolle Material über die Euthanasie verheimlichen, weil dieses in einen wie auch immer gearteten Zusammenhang mit der KWG gebracht werden könne«. ¹⁸⁶ Nach mehr als zweijährigen Verhandlungen erhielt Aly im Mai 1984 Zugang zu den im MPI für Hirnforschung in Frankfurt am Main aufbewahrten Patientenakten und konnte diese auswerten. Dadurch gelang es ihm, 33 Kinder zu identifizieren, die in der Brandenburger »Euthanasie«-Tötungsanstalt am 28. Oktober 1940 vergast und deren Gehirne von Hallervorden noch am selben Tag entnommen worden waren, um sie für neuropathologische Studien in die Gehirn-Sammlung in das KWI für Hirnforschung zu übernehmen. ¹⁸⁷

Einen Bericht mit seinen Forschungsergebnissen übermittelte Aly dem MPG-Präsidenten Heinz A. Staab Mitte September 1984 und bat ihn, seine Recherchen zu unterstützen, die er am MPI für Psychiatrie fortsetzen wollte, weil ihm Hinweise vorlagen, dass auch von der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie Gehirne von NS-»Euthanasie«-Opfern in deren wissenschaftliche Sammlungen übernommen worden waren. ¹⁸⁸ Zugleich wies er den MPG-Präsidenten darauf hin, dass ihm bei seinen Recherchen in Frankfurt einzelne Aktenordner aufgefallen waren, die »offensichtlich unter dem Gesichtspunkt ihres besonderen wissenschaftlichen Interesses aus den Stehordnern herausgenommen« worden waren und sich in »aktueller Benutzung« befanden. ¹⁸⁹ Aus diesem Grund schlug er Staab in seinem Schreiben vor, »die Gehirnschnitte in dem Frankfurter Hirnforschungsinstitut aus der Zeit zwischen 1939 und 1945 zu vernichten aus Gründen des Respekts gegenüber den Opfern der NS-Zeit« und die dazugehörigen Akten in das Archiv der MPG zu überführen, um sie dort der historischen Forschung zugänglich zu machen. ¹⁹⁰

Erneut traf er auf Ablehnung, diesmal beim Direktor des Archivs der MPG, Eckart Henning, der gegenüber der Generalverwaltung in einer internen Stellungnahme die Akten und die »Sammlung, die auch heute noch wis-

senschaftlichen Demonstrationszwecken« diene, zu einer untrennbaren »Einheit« erklärte. Die Gehirnschnitte hätten »in einem Archiv nichts zu suchen bzw. könnten dort gar nicht sachkundig betreut werden« und die »Krankengeschichten allein« seien »dagegen kein dauernd aufbewahrungswürdiges Archivgut«. Vor allem an der These Alys, dass »sich das KWI für Hirnforschung im Rahmen von Euthanasie-Aktionen im 3. Reich »wissentlich Gehirne beschafft hat«, stieß sich Henning, weil dies »auf den Vorwurf einer Tötung auf Anforderung« hinausliefe. Eine solche »Behauptung einer aktiven Mitwirkung des Instituts an diesen Aktionen« gelte es »so lange zurückzuweisen«, bis »sie sich hieb- und stichfest belegen« ließe. ¹⁹¹ Genau zu diesem Zweck benötigte Aly den Aktenzugang, von dem ihn Henning abhalten wollte.

6.6 Von der Abwehr zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit ¹⁹²

6.6.1 Die anhaltende Blockadehaltung der Generalverwaltung

Ähnliche Erfahrungen wie Aly musste auch der Kölner Genetiker Benno Müller-Hill machen. Im Rahmen der Recherchen für sein 1984 veröffentlichtes Buch *Tödliche Wissenschaft*, in dem er untersuchte, wie Medizin und Anthropologie vorbereitend, durchführend und auswertend in die NS-Vernichtungspolitik involviert waren, hatte Müller-Hill im Januar 1981 mit Adolf Butenandt ein Gespräch geführt. In dem Interview war er auf Butenandts früheren am KWI für Biochemie tätigen Mitarbeiter Günther Hillmann zu sprechen gekommen, der 200 von Josef Mengele übersandte Blutproben von Auschwitz-Häftlingen für Otmar von Verschuer, den Direktor des KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik, untersucht hatte. ¹⁹³ Als Müller-Hill Butenandt mehr als zwei Jahre später um Erlaubnis bat, das nachträglich aus der Erinnerung verfasste Gesprächsprotokoll

¹⁸⁶ Kalb an Rechtsabteilung der MPG, 4.7.1984, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 79, fol. 107.

¹⁸⁷ Aly, Fortschritt, 1985, 64–71.

¹⁸⁸ Aly an Staab, Zeitgeschichtliche Erforschung der »Sammlung Hallervorden« im Max-Planck-Institut für Hirnforschung in Frankfurt, 17.9.1984, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 79, fol. 88–89.

¹⁸⁹ Aly an Staab, Zeitgeschichtliche Erforschung der »Sammlung Hallervorden« im Max-Planck-Institut für Hirnforschung in Frankfurt, 17.9.1984, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 410, fol. 319.

¹⁹⁰ Ebd., fol. 316–317.

¹⁹¹ Eckart Henning: Stellungnahme zum Bericht des Dr. Götz Aly vom 16.9.1984, 26.9.1984, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 79, fol. 62.

¹⁹² Der nachfolgende Text stammt von Florian Schmaltz.

¹⁹³ Müller-Hill, *Tödliche Wissenschaft*, 1984, 74, 113 u. 163. Zum Entstehungshintergrund des Buchprojekts von Müller-Hill siehe Roth, *Genetische Forschung*, 2018, 12–22. Zur Untersuchung der Blutproben aus Auschwitz durch Hillmann im Kontext des Forschungsprojekts »Spezifische Eiweißkörper«, das »rassenspezifische« Eiweißkörper in Blutserien identifizieren sollte, siehe Trunk, *Zweihundert Blutproben*, 2003; Trunk, *Rassenforschung und Biochemie*, 2004.

in seinem Buch veröffentlichen zu dürfen, lehnte Butenandt dies nach dessen Lektüre ab.¹⁹⁴ »Form und Inhalt« des Gesprächs erschienen ihm »in ihrem Charakter völlig verändert«, wodurch ein »Weg für viele fehlerhafte Trugschlüsse geöffnet« werde.¹⁹⁵ In zwei weiteren Fällen gingen die Interviewpartner Müller-Hills bzw. deren Angehörige noch weiter. Gerhard Ruhenstroth-Bauer und eine Tochter Hans Nachtsheims ließen Müller-Hill durch ihren Rechtsanwalt im Dezember 1983 Unterlassungsklagen und weitere rechtliche Schritte für den Fall androhen, dass er über die im Herbst 1943 in der Militärärztlichen Akademie in einer Unterdruckkammer der Luftwaffe an sechs epilepsieerkrankten Kindern aus der in das NS-»Euthanasie«-Programm einbezogenen Heil- und Pflegeanstalt Brandenburg-Görden durchgeführten unethischen Experimente veröffentlichen oder bei Vorträgen erwähnen würde.¹⁹⁶

Die Generalverwaltung der MPG trat bei den angeordneten Unterlassungsklagen gegen Müller-Hill nicht offen in Erscheinung, nahm aber auf Bitte von Ruhenstroth-Bauer mit dem Rowohlt-Verlag Kontakt auf, um den Erscheinungstermin des Buchs von Müller-Hill in Erfahrung zu bringen. Dessen Manuskript, das er dem Archiv der MPG vereinbarungsgemäß vor der Veröffentlichung vorgelegt hatte, ließ die MPG von einem Juristen der Rechtsabteilung unter persönlichkeitsrechtlichen Gesichtspunkten prüfen. Der Bitte Ruhenstroth-Bauers, ihm Rechtshilfe zu leisten, entsprach die Generalverwaltung nicht, riet ihm aber, seine Persönlichkeitsrechte selbst anwaltlich wahrzunehmen.¹⁹⁷ Müller-Hill wurde von An-

waltsseite aufgefordert, es zu unterlassen, von »entrechteten Kindern« zu sprechen, die einer »unzumutbaren Gefährdung« in unethischer Weise ausgesetzt worden seien.¹⁹⁸ Um das Erscheinen seines Buchs nicht zu gefährden, entschied er sich, die Nachtsheim und Ruhenstroth-Bauer betreffenden Textpassagen zu den medizinisch unzulässigen Unterdruckversuchen in seinem Buch nicht zu veröffentlichen.¹⁹⁹ Butenandt, der hierüber von Ruhenstroth-Bauer informiert worden war, begrüßte dies und teilte Müller-Hill daraufhin mit, er sei »auch in diesem Punkt gut beraten«.²⁰⁰

Im Oktober 1985 wandte sich Benno Müller-Hill an den Präsidenten der FU Berlin, Dieter Heckelmann, und bat ihn, an dem im Besitz der Universität befindlichen Gebäude in der Ihnestr. 22/24 des Otto-Suhr-Instituts für Politikwissenschaft eine Gedenktafel mit folgendem Wortlaut anzubringen: »Dieses Gebäude beherbergte von 1927–1945 das Kaiser Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik. Hier arbeiteten Prof. Dr. E. Fischer, Prof. O. v. Verschuer und Dr. Dr. J. Mengele daran, den Nationalsozialismus zu stützen. Wissenschaft ohne Gerechtigkeit führt in den Abgrund.«²⁰¹ Im Dezember 1985 nahm Müller-Hill mit dem Sprecher des Fachbereichs Politische Wissenschaft, Bodo Zeuner, Kontakt auf und schlug auch ihm die Anbringung einer Gedenktafel vor.²⁰² Müller-Hills Anregung griff der Fachbereich Anfang 1986 auf, beauftragte die zur Geschichte der Rassenhygiene forschende Doktorandin Anna Bergmann sowie die wissenschaftliche Mitarbeiterin und Historikerin Christl Wickert mit Re-

194 Müller-Hill an Butenandt, 7.1.1981, AMPG, III. Abt. Rep. 84-2, Nr. 6092, fol. 97; Müller-Hill an Butenandt, 12.7.1983, ebd., fol. 107–108; Gesprächsprotokoll Prof. Adolf Butenandt, undatiert, ebd., fol. 109–112.

195 Butenandt an Müller-Hill, 19.8.1983, AMPG, III. Abt. Rep. 84-2, Nr. 6092, fol. 114–117.

196 Müller-Hill, *Genetics*, 1987, 9–10; Deichmann, *Biologen*, 1995, 311–313; Weindling, *Genetik*, 2003, 250–252; Schwerin, *Experimentalisierung*, 2004, 281–319. Rechtsanwalt Klaus Werner an Müller-Hill, Betr. Prof. Ruhenstroth-Bauer, Gisela und Manfred Eysler gegen Prof. Dr. Müller-Hill, 2.12.1983, Bl. 1–7; Müller-Hill an Werner, 15.12.1983, Bl. 1–4, Gedenkstätte Hadamar Archiv, NL Klee, Ordner: KWI; Roth, *Genetische Forschung*, 2018, 20–21.

197 Roeske: Vermerk für den Herrn Präsidenten persönlich, 16.9.1983, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 410, fol. 548; Marsch an Ruhenstroth-Bauer, 20.10.1983, ebd., fol. 532; Edmund Marsch, Vermerk zum Brief an Herrn Professor Ruhenstroth-Bauer vom 20.10.1983, 21.10.1983, ebd., fol. 533–534; Ruhenstroth-Bauer an Marsch, 3.11.1983, ebd., fol. 526.

198 Rechtsanwalt Klaus Werner an Müller-Hill, 22.2.1984, AMPG, III. Abt., Rep. 84-2, Nr. 6092, fol. 151–157. Der Klagedrohung ging ein Schriftwechsel zwischen dem Rechtsanwalt und Müller-Hill voraus. Siehe dazu die Unterlagen in: AMPG, Va. Abt., Rep. 164, Nr. 2.

199 Rechtsanwalt Werner an Müller-Hill, 26.1.1984; Werner an Müller-Hill, 22.2.1984, Bl. 1–7; Müller-Hill an Werner, 12.12.1983, Gedenkstätte Hadamar Archiv, NL Klee, Ordner: KWI sowie AMPG Va. Abt., Rep. 164, Nr. 2.

200 Butenandt an Müller-Hill, 26.3.1984, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 410, fol. 506.

201 Müller-Hill an Heckelmann, 22.10.1985, Universitätsarchiv der FU Berlin (FU Berlin, UA), Präsidium der FU Berlin (P), Fachbereich Politik und Sozialwissenschaften, und in: AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 410, fol. 95. Diese erste Initiative Benno Müller-Hills zur Anbringung einer Gedenktafel in der Ihnestraße 22/24 bleibt unerwähnt in: Wickert, *Verantwortung*, 2002; Aly, *Elaborate*, 2015, 219–220.

202 Benno Müller-Hill an Bodo Zeuner, 2.12.1985, Privatarchiv Anna Bergmann, Ordner (KWI I-Tafel). Ich danke Anna Bergmann, dass sie mir Unterlagen zu der Auseinandersetzung um die Gedenktafel zugänglich gemacht hat. Janika Raisch danke ich für die Überlassung ihrer Hausarbeit: »Auseinandersetzungen um die Erinnerung an das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik an der Freien Universität Berlin 1983–1989. Forschungsarbeit (SoSe 2020). Projektseminar Dr. Manuela Bauche: Die Ihnestr. 22 und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie. FU Berlin. Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften.

cherchen zur Geschichte des Gebäudes Ihnestr. 22 und beschloss die Bereitstellung von finanziellen Mitteln, um die historischen Recherchen und die Anbringung einer Gedenktafel, die an Opfer und Täter erinnern sollte, zu unterstützen.²⁰³

Der darüber informierte Kanzler der FU Berlin, Detlef Borrmann, wandte sich daraufhin wiederholt an die MPG-Leitung und bat, sich über die vorliegenden Textentwürfe für eine Gedenktafel abzustimmen.²⁰⁴ Anfang Juli 1986 teilte der Generalsekretär der MPG, Dietrich Ranft, dem FU-Kanzler in einem vertraulichen Antwortschreiben mit, man habe nun das der MPG zur Verfügung stehende Aktenmaterial geprüft und halte »die Anbringung einer Erinnerungstafel der vorgeschlagenen Art am Gebäude Ihnestraße 22 in Berlin-Dahlem für problematisch.«²⁰⁵ Damit blieb es der FU Berlin überlassen, sich als Hausherrin des Gebäudes stellvertretend für die MPG der historischen Verantwortung zu stellen, die im Alleingang die Initiative jedoch nicht weiterverfolgen wollte. Bewegung in die Angelegenheit kam erst wieder, als am 15. September 1987 die von Anna Bergmann initiierte »Projektgruppe zur Erforschung der Geschichte des Hauses Ihnestraße 22 – ›Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik‹ 1927–1945«, der neben ihr Götz Aly, Gabriele Czarnowski, Annegret Ehmman und Susanne Heim angehörten, nach einer Pressekonferenz eine selbstfinanzierte Gedenktafel an dem Gebäude anbrachte.²⁰⁶ Nach einer längeren Debatte im Fachbereich Politische Wissenschaft und dem Senat der FU Berlin um den Text der Gedenktafel wurde diese schließlich am 15. Juni 1988 gegen eine offizielle ausgetauscht und feierlich enthüllt.²⁰⁷ Auf der von der FU Berlin organisierten Gedenkveranstaltung dankte der Dekan des Fachbereichs der hinter dieser Initiative stehenden

engagierten Projektgruppe in seiner Ansprache, ließ aber die MPG, die der Einladung zu der Tafelanbringung nicht gefolgt war, unerwähnt.²⁰⁸

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die MPG die von einer zivilgesellschaftlichen Initiative vorgeschlagene und vom Präsidium der FU Berlin schließlich aufgegriffene Anbringung einer Gedenktafel zwar nicht verhindern konnte, sie aber um mehr als zwei Jahre verzögerte. Die internationale Forschung zur Geschichte der Rassenhygiene hatte Ende der 1980er-Jahre Konjunktur.²⁰⁹ Die MPG war hieran jedoch nicht beteiligt. Sie ergriff bis Ende der 1990er-Jahre keine eigenen Initiativen zur Erforschung der nationalsozialistischen Medizinverbrechen, in die das KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik involviert gewesen war.

6.6.2 Der Skandal um die Hirnschnitte von NS-Opfern

Am 2. Januar 1989 berichteten die Tagesthemen über die Existenz von Humanpräparaten von NS-Opfern in medizinischen Sammlungen der Universitäten Heidelberg und Tübingen, die teilweise noch für Forschungs- und Lehrzwecke verwendet würden.²¹⁰ Die von der Zeitschrift *Nature* aufgegriffene Nachricht verbreitete sich rasch in der internationalen wissenschaftlichen Gemeinschaft.²¹¹ Die Berichterstattung löste im Ausland eine Welle der Empörung aus. In Israel führte sie zu zahlreichen Anfragen bei der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, die sich mit einer formellen Anfrage an die deutsche Botschaft in Tel Aviv wandte und um Aufklärung des Sachverhalts bat. Zugleich erkundigte sich Yad Vashem nach dem Verbleib von Unterlagen des KWI für Anthropologie, menschliche

203 Egon Lodder (FU Berlin, FBR Politische Wissenschaft), Bescheinigung: Betr.: Geschichte des Hauses Ihnestr. 22, Dahlem, 6.1.1985, Privataarchiv Anna Bergmann, Ordner Kaiser-Wilhelm-Institut (KWI I-Tafel), fot. 389.

204 Zeuner an Borrmann, 24.1.1986, Privataarchiv Anna Bergmann, Ordner Kaiser-Wilhelm-Institut (KWI I-Tafel), fot. 388; Borrmann an Ranft, 21.4.1986, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 410, fol. 94.

205 Ranft an Borrmann (Kanzler der FU), 2.7.1986, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 410, fol. 70–71.

206 Projektgruppe zur Erforschung der Geschichte des Hauses Ihnestraße 22. Einladung zur Pressekonferenz am 15.9.1987, Privataarchiv Susanne Heim, Ordner Projektgruppe Ihnestr. 22; Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 79.

207 Gerhard Kiersch an Fachbereich Politische Wissenschaft, 2.6.1988, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 410, fol. 55.

208 Ansprache des Dekans Kiersch aus Anlaß zur Enthüllung der Plakette am Gebäude der Ihnestraße 22 am Mittwoch, den 15.6.1988, FU Berlin, UA, Präsidium der FU Berlin (P), FB PolSoz; Rondsheimer, Gedenktafel in der Ihnestraße. Erinnerung an die NS-Vergangenheit eines Kaiser-Wilhelm-Instituts, *Der Tagesspiegel*, 16.6.1988.

209 Schmuhl, *Rassenhygiene*, 1987; Weiss, *Race Hygiene*, 1987; Weingart, Kroll und Bayertz, *Rasse, Blut und Gene*, 1988; Proctor, *Racial Hygiene*, 1988; Weindling, *Health*, 1989; Adams, *Wellborn Science*, 1990.

210 Wilhelm Reschl: Gewebeproben von Nazi-Opfern. Tagesthemen vom 2.1.1989, Archiv des Norddeutschen Rundfunks (Tagesthemen: F 2772).

211 Dickman, *Scandal*, 1989, 195.

Erblehre und Eugenik, die Menschenversuche an Auschwitz-Häftlingen betrafen.²¹²

Die Berichterstattung führte zu Debatten in der Knesset und einer Protestaktion vor der deutschen Botschaft in Tel Aviv.²¹³ Der israelische Minister für religiöse Angelegenheiten Sebulon [Zevulun] Hammer verlangte in einem Schreiben an Bundeskanzler Helmut Kohl Aufklärung, der seinerseits in einer Telefonkonferenz die Kultus- und Wissenschaftsminister aller elf Bundesländer aufforderte, sämtliche medizinischen Sammlungen der Universitäten unverzüglich daraufhin untersuchen zu lassen, ob sich in diesen noch menschliche Überreste von NS-Opfern befänden.²¹⁴

Mitte Januar 1989 bestätigte der Pressesprecher der MPG Michael Globig gegenüber der *Stuttgarter Zeitung* die Existenz von Hirnschnitten von NS-Opfern im MPI für Hirnforschung, unterstrich jedoch, dass diese »nicht mehr für Forschungs- oder Lehrzwecke verwendet« würden.²¹⁵ In einem Artikel in der *Zeit* berichtete Götz Aly Anfang Februar 1989 über die Sammlung Hallervordens und die Widerstände der MPG gegen seine Recherchen und forderte erneut, dass von NS-Opfern stammende Präparate »für wissenschaftliche Zwecke unbrauchbar gemacht und bestattet werden«.²¹⁶ Als das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst wenige Tage später die MPG aufrief, »noch vorhandene Präparate von Leichen von NS-Opfern und Präparate ungeklärter Herkunft, die zeitlich nicht eingeordnet werden können, sofort aus Sammlungen herauszunehmen und in würdiger Weise damit zu verfahren«, musste die Generalverwaltung handeln.²¹⁷

Ende Februar 1989 beauftragte Präsident Staab Archivleiter Henning, analog zu der von der Kultusminis-

terkonferenz veranlassten Suche nach Präparaten von Leichen von NS-Opfern in universitären Sammlungen, in der MPG »umfassende Nachforschungen nach Art, Umfang und Laufzeit der entsprechenden Altakten, Krankenberichte, Präparatesammlungen und dergleichen aus der Zeit zwischen 1933 und 1945 anzustellen« und sich hierbei mit den Direktoren der betroffenen Institute abzustimmen.²¹⁸ Damit entschied sich die Leitung der MPG dagegen, ihre medizinischen Sammlungen von einer unabhängigen Kommission untersuchen zu lassen, wie dies die Universität Tübingen veranlasst hatte.²¹⁹ Nach Besuchen am MPI für Hirnforschung in Frankfurt am Main, am MPI für Psychiatrie in München und am MPI für neurologische Forschung in Köln übermittelte Henning am 23. März 1989 dem Präsidenten der MPG seine vorläufigen Untersuchungsergebnisse, die sich im Nachhinein als methodisch ungenau und unzuverlässig erwiesen, weshalb viele Präparate von NS-Opfern nicht identifiziert und – wie verlangt – bestattet wurden.²²⁰

Bei einer von Präsident Staab Ende April 1989 einberufenen Besprechung, an der neben Vertretern der Generalverwaltung auch Archivleiter Henning und die geschäftsführenden Direktoren des MPI für Hirnforschung Heinz Wässle und des MPI für Psychiatrie Georg Kreuzberg teilnahmen, entschied man, alle Präparate aus den Sammlungen von Hallervorden und Spatz »aus der Zeit von 1933 bis 1945, bei denen nicht positiv feststeht, daß sie nicht von Nazi-Opfern stammen«, zu entnehmen und einzuäschern oder – sofern es sich um histologische Schnitte auf Glasträgern handelte – diese zu einem Glasblock einzuschmelzen und im »Rahmen einer Gedenkstunde unter Beteiligung von Geistlichen der Kirchen und der Kultusgemeinde« zu bestatten. Zudem sollte das

212 Reinecke (Deutsche Botschaft Tel Aviv) an das Auswärtige Amt, 4.1.1989, UAF, Abt. 3400, Nr. 1, fol. 293; Haas (Deutsche Botschaft Tel Aviv) an Auswärtiges Amt, Fernschreiben. Betr. Berichte über Verwendung medizinischer Präparate von Leichen von Naziopfern an deutschen Universitäten, 5.1.1989, ebd., fol. 292.

213 Friedrich Schreiber: Entrüstung über Experimente mit Nazi-Opfern. Tagesthemen vom 10.1.1989 um 22:40 Uhr, Archiv des NDR, Archivnummer 20189.

214 Nazi Research under the microscope. Has the Holocaust tainted West German medical education?, *Time*, 27.2.1989, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 1614, fol. 70–71.

215 Präparate aus NS-Zeit in Frankfurt. Max-Planck-Gesellschaft bestätigt Angaben, *Stuttgarter Zeitung*, 13.1.1989, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 79, fol. 7.

216 Aly, Je mehr, desto lieber, *Die Zeit*, 3.2.1989.

217 Ministerialrat Karl Weininger (Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst) an die Generalverwaltung der MPG, 8.2.1989, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 410, fol. 470.

218 Staab an Henning, 28.2.1989, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 1614, fol. 52–53.

219 Albin Eser, Kurt Ludwig, Arno Fern, Benigna Schönhagen, Christoph Rubens: Abschlussbericht der Kommission zur Überprüfung der Präparatesammlungen in den medizinischen Einrichtungen der Universität Tübingen im Hinblick auf Opfer des Nationalsozialismus, 13.7.1989, Bl. 8, PA AA, B 94-REF.621/613 996.

220 Henning an Staab, Betr. Umgang mit medizinischen Präparaten von Opfern des nationalsozialistischen Regimes, 23.3.1989, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 79, fol. 283–293.

Archiv der MPG die Akten der betroffenen Institute übernehmen und die Öffentlichkeit informiert werden.²²¹ Der Präsident und die Generalverwaltung der MPG entschieden sich damit zusammen mit den Direktoren der betroffenen Institute gegen die von ihrem Archivdirektor vorgeschlagene Vernichtung der personenbezogenen Opfer-Akten. So verhinderten sie, dass der historischen Forschung unwiderruflich jegliche Möglichkeiten genommen wurden auf empirisch gesicherter Quellengrundlage die Krankengeschichte und die Todesumstände der Opfer aufzuklären und deren Biografien zu rekonstruieren, um damit die Voraussetzungen für ein individualisiertes Gedenken zu schaffen.

Während die Direktoren des MPI für Hirnforschung alle Präparate der Jahre 1933 bis 1945 aus den Sammlungen nehmen ließen, um sie zu bestatten, verfolgte die Institutsleitung des MPI für Psychiatrie eine andere Strategie. Dort beauftragte Institutsdirektor Georg Kreutzberg die Medizinerin Elisabeth Rothemund damit, die umfangreichen Sammlungen von Hirnschnitten zu sichten und die zur Bestattung vorgesehenen zu identifizieren. Nach welchen Kriterien Präparate für die Bestattung entnommen wurden, ist aufgrund lückenhafter Dokumentationen nur noch schwer zu rekonstruieren.²²²

Bestärkt durch den Abschlussbericht des Archivleiters gab sich die Leitung der Max-Planck-Gesellschaft der trügerischen Erwartung hin, die MPG könne weitere öffentliche Diskussionen über die Frage vermeiden, inwieweit in ihrer Vorgängerorganisation Forschende die nationalsozialistischen Massenmorde und Medizinverbrechen skrupellos und ohne ethische Bedenken ausgenutzt hatten, um Gehirne von NS-Opfern für den Ausbau ihrer wissenschaftlichen Sammlungen voranzutreiben. Dies galt auch für die Diskussion, ob und wie lange die aus den verbrecherischen Kontexten der NS-»Euthanasie« stammenden Gehirne und Hirnschnitte nach dem Zweiten Weltkrieg innerhalb und außerhalb der MPG noch für Forschungszwecke und Publikationen verwendet worden waren.²²³

Eine schonungslose Aufarbeitung und selbstkritische Auseinandersetzung mit dieser Kontinuitätsproblematik wurde zu dieser Zeit auf der Leitungsebene der MPG offenbar noch als potenzieller Reputationsschaden angesehen und nicht als notwendiger Anstoß zur Reflexion ethischer Problematiken der Neurowissenschaften vor dem Hintergrund ihrer historischen Entwicklungen im NS-Regime und deren Nachwirkungen und Konsequenzen für die eigene Forschung.

Die Beisetzung der menschlichen Überreste aus dem MPI für Hirnforschung, dem MPI für Neurologische Forschung und dem MPI für Psychiatrie in 24 Metall- und Holzbehältern wurde am 21. Februar 1990 auf dem Waldfriedhof München ohne religiöse Trauer- oder Bestattungsrituale morgens »um 7.45 Uhr in der dafür ausgesuchten Grabstelle« wie ein Verwaltungsakt vollzogen. An dieser Veranstaltung nahmen nur Vertreter der Friedhofsverwaltung, der Neuropathologe Peter Schubert für das MPI für Psychiatrie und Edmund Marsch von der Generalverwaltung der MPG teil.²²⁴

Erst drei Monate nach der Bestattung der Hirnschnitte fand am 25. Mai 1990 die von der MPG organisierte »Gedenkveranstaltung für Opfer des Nationalsozialismus und ihren Mißbrauch durch die Medizin« statt. Sie sei atmosphärisch »eine Trauerfeier eigener Art« gewesen, wie Renate Schostack in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* berichtete. 50 bis 60 »Männer, hauptsächlich in Trenchcoats«, gingen bei »strömendem Regen einer ernsten Pflicht« nach, doch das Gedenken blieb anonym.²²⁵ Zur Gedenkfeier hatte die MPG keine Opferorganisationen der NS-Verfolgten eingeladen, weder den Bund der Euthanasiegeschädigten und Zwangssterilisierten noch den Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, noch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, und auch keinen Vertreter von ihnen gebeten, sich auf der ihren Angehörigen gewidmeten Veranstaltung zu äußern.²²⁶ So sprachen dort nur der Direktor des MPI für Psychiatrie Kreutzberg und MPG-Präsident Staab. Dieser betonte, die Gedenkveranstaltung, mit der man an die »Opfer der national-

221 Gutjahr-Löser: Ergebnisvermerk: Besprechung am 27.4.1989 über Hirnpräparate aus der Zeit des Nationalsozialismus, 28.4.1989, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 79, fol. 278–280.

222 Siehe dazu die von Elisabeth Rothemund erstellte Liste der Patienten aus Eglfing in den Jahren 1938 bis 1945, Januar 1990, APsych, MPIP D 86.

223 Siehe dazu die erstmals von Peiffer zusammengestellte Liste von 37 Publikationen aus dem Zeitraum von 1940 bis 1959, die auf Forschungsarbeiten mit Hirnpräparaten aus den Sammlungen des KWI für Hirnforschung und der DFA für Psychiatrie basierten, bei denen es sich entweder um sicher dokumentierte Fälle von NS-Opfern handelte oder um solche Fälle, die er als sehr wahrscheinliche oder Verdachtsfälle ohne ausreichende Belege einstuft: Peiffer, *Assessing*, 1999, 353–355.

224 Marsch an Präsidenten und Verteiler, Vermerk, Hirnpräparate, 21.2.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 79, fol. 225.

225 Renate Schostack, Trauergang. *Deutsche Szene, Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.5.1990, 37, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 79, fol. 144.

226 So weit ersichtlich, nahm nur der Dachau-Überlebende Max Mannheimer als Repräsentant der Israelitischen Kultusgemeinde München an der Gedenkveranstaltung teil. Siehe Teilnehmer an der Gedenkstunde am 25.5.1990, um 14.00 Uhr im Münchner Waldfriedhof, alter Teil, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 79, fol. 208–210.

sozialistischen Gewaltherrschaft erinnern wolle, die von der medizinischen Forschung in jenen Jahren mißbraucht wurden«, sei zugleich Anlass der »Mahnung zu verantwortlicher Selbstbegrenzung bei der wissenschaftlichen Forschung«. ²²⁷ Als Nachfolgeorganisation, die an deren »große wissenschaftliche Tradition« anknüpfe, müsse sich die MPG »auch den geschichtlichen Belastungen« stellen. Staab zufolge hätten nur »einzelne Wissenschaftler« der KWG »zwischen 1933 und 1945 offenbar grundlegende ethische Werte und Regeln der Wissenschaft verletzt«.

Weder die Kaiser-Wilhelm-Institute, die an den Gehirnen der NS-Opfer forschten, noch die Namen der Täterinnen und Täter wurden auf dem von der MPG gestifteten Gedenkstein namhaft gemacht. Wo, durch wen und an wem der »Missbrauch durch die Medizin« verübt wurde, blieb unklar. Hinweise auf Tatorte und die Verbindungen zwischen den Instituten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und den nationalsozialistischen Tötungszentren, aus denen die Gehirne der Ermordeten für Forschungszwecke entnommen worden waren, blieben ungenannt.

Entgegen den Erwartungen war mit der Bestattung der Hirnschnitte auf dem Münchner Waldfriedhof die Affäre um die aus verbrecherischen Kontexten in die wissenschaftlichen Sammlungen übernommenen menschlichen Überreste noch nicht beendet. Im April 2001 veranlasste der Direktor des Edinger-Instituts, Wolfgang Schlote, der Ende des Jahres emeritiert werden sollte, die Abgabe weiterer Unterlagen aus den noch in Frankfurt verbliebenen Teilen des Nachlasses von Hallervorden an das Archiv der MPG. ²²⁸ In den abgegebenen Unterlagen wurden bei deren Verzeichnung im Archiv rund 100 gläserne Objektträger mit Hirnschnitten aus der Sammlung Hallervordens entdeckt. Erst zwei Monate nach dem Fund der Hirnschnitte informierte Archivdirektor Henning am Rande der in Berlin am 21. Juni 2001 abgehaltenen Hauptversammlung der MPG seinen Vorgesetzten Bernd

Ebersold mündlich über den Fund der Hirnschnittpräparate Hallervordens. Ebersold bat Henning umgehend, deren Herkunft gemeinsam mit dem Direktor des MPI für Psychiatrie, Kreutzberg, zu klären und ihm darüber Bericht zu erstatten. ²²⁹

Weder die Direktoren des MPI für Hirnforschung, aus dessen Sammlungen die Hirnschnitte ursprünglich stammten, noch die 1997 eingesetzte Präsidentenkommission »Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus«, von der noch ausführlich die Rede sein wird, wurden über den Fund in Kenntnis gesetzt. ²³⁰ Am 4. Juli 2001 sichtete Kreutzberg im Archiv der MPG mit Henning, dessen Stellvertreterin Marion Kazemi und der mit der Verzeichnung der Unterlagen beauftragten Archivarin Ulrike Kohl die Hirnschnitte. In der zweiten Juliwoche teilte Henning daraufhin Ebersold mündlich mit, »dass derzeit kein dringender Handlungsbedarf bestünde, da in bestimmten Fällen die Herkunft der Präparate außerhalb des zeitlichen Kontextes der nationalsozialistischen Euthanasie läge und insgesamt keine konkret »verdächtigen« Fälle erkennbar seien«. ²³¹ Obwohl Henning kurz darauf seine erste Bewertung revidierte und drei Verdachtsfälle einräumte, bei denen aufgrund des Todesdatums und der Herkunftsanstalt »nicht ausgeschlossen werden« könne, dass »es sich um Opfer der Euthanasie handelt«, kam er zu dem Ergebnis, es bestünde »kein akuter Handlungsbedarf« – eine folgenreiche Fehleinschätzung. ²³²

Die von der Generalverwaltung angewiesene Überprüfung der 2001 ins Archiv der MPG gelangten Hirnschnitte und die vorgesehene »Nachbestattung« der Präparate von NS-Opfern unterblieben. Erst sehr viel später, im Jahre 2015, kam das Thema wieder auf die Tagesordnung, als bei historischen Recherchen von Heinz Wässle im Archiv der MPG und danach durch eine von der MPG veranlasste Suche auch am MPI für Hirnforschung wei-

227 Hierzu und zum Folgenden siehe Staab, Ständige Mahnung, 1990.

228 Bericht Henning 4. Nachforschungen im Max-Planck-Institut für Hirnforschung am 9.3.1989. Anlage 2 zum Bericht Henning, 19.3.1989, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 410, fol. 412; Schlote an Marsch, Betr: Sammlungen Hallervorden und Spatz, 26.4.1989, ebd., fol. 418–419.

229 Dr. Ebersold (AL V), Aktennotiz (persönlich, vertraulich), an Prof. Kreutzberg, Prof. Henning, 13.7.2001, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 215, fol. 135–136.

230 Dies bestätigte der damalige geschäftsführende Direktor des MPI für Hirnforschung Heinz Wässle. Wässle an Schmaltz, E-Mail vom 5.12.2022.

231 Dr. Ebersold (AL V), Aktennotiz (persönlich, vertraulich), an Prof. Kreutzberg, Prof. Henning, 13.7.2001, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 215, fol. 135.

232 In der von Henning übermittelten Liste der 2001 aufgefundenen Hirnschnitte wurde u. a. das Präparat mit der Nummer 40/70 genannt, das von Helga Kuschel stammte, die als Vierjährige 1940 in Brandenburg ermordet worden war. Henning, Vermerk, Hirnschnitte aus der Hallervorden-Sammlung, 19.7.2001, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 215, fol. 127–133, hier fol. 131. – Sie wurde nur als mögliches »Euthanasie«-Opfer charakterisiert, obwohl Jürgen Peiffer die Präparat-Nummer 40/70 der Hallervorden-Sammlung in einem Aufsatz 1999 als sehr wahrscheinliches Opfer der NS-»Euthanasie« identifiziert hatte. Die Hirnpräparate von Kuschel waren in einem 1956 von Hallervorden und Krücke veröffentlichten Handbuch-Artikel über tuberöse Hirnsklerose, einer mit kognitiven Einschränkungen und epileptischen Anfällen einhergehenden Erbkrankheit, genutzt worden. Peiffer, *Assessing*, 1999, 354.

tere Hirnschnitte gefunden wurden. Der Präsident der MPG entschloss sich daraufhin zu einer breit angelegten Untersuchung und einer rückhaltlosen Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit.²³³

6.6.3 Die späte Aufarbeitung der NS-Geschichte

Bereits 1959 hatte der Gründungsdirektor des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Hermann Heimpel, in einem Vortrag die historische Aufarbeitung der NS-Vergangenheit eingefordert. »Unbewältigte Vergangenheit knechtet den Menschen, Geschichtswissenschaft verleiht Freiheit von der Geschichte«, so Heimpel, der die »Bewältigung der Vergangenheit« als »Versöhnung mit der Vergangenheit« verstand.²³⁴ Mit dem auf die Schuld einer Generation abzielenden Verständnis der »Vergangenheitsbewältigung« löste sich Heimpel, der selbst im Nationalsozialismus an der »Reichsuniversität Straßburg« wissenschaftlich Karriere gemacht hatte, teilweise aus dem Mitte der 1950er-Jahre im Scham- und Schuldiskurs vorherrschenden Paradigma des nationalen Ehrverlusts und ging »zu einem schuld-kulturellen Paradigma der Verantwortung« über, wie der Historiker Nicolas Berg bemerkt hat.²³⁵

Innerhalb der MPG traf Heimpels Forderung nicht auf offene Ohren. Noch in den 1980er-Jahren verharrte die MPG weitgehend in Passivität und überließ die kritische Aufarbeitung der NS-Vergangenheit der KWG Akademiker:innen außerhalb ihrer Reihen.²³⁶ Ende des Jahrzehnts erschienen im Ausland kritische Arbeiten von Paul Weindling, Robert J. Lifton und Robert Proctor zur Geschichte der rassenhygienischen Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus.²³⁷ Kontroversen löste auch die

Studie über den »Mythos der deutschen Atombombe« von Mark Walker aus. Er widerlegte sowohl die US-amerikanische Sichtweise, wonach die deutschen Physiker wissenschaftlich nicht in der Lage gewesen seien, eine Atombombe zu konstruieren, als auch deren apologetisches Nachkriegsnarrativ, sie seien unwillig gewesen, dies zu tun.²³⁸ Angesichts der zunehmend auch die Schattenseiten der KWG thematisierenden Forschungen im In- und Ausland und immer neuer verstörender Erkenntnisse über die Rolle von Wissenschaftler:innen der KWG im NS-Regime wurde die Auseinandersetzung der MPG mit der Geschichte ihrer Vorgängerorganisation unausweichlich.

Als im Frühjahr 1983 die Planungen für die Feierlichkeiten zum 75-jährigen Bestehen der KWG begannen, stellte sich die Frage, wie in diesem Zusammenhang mit der NS-Vergangenheit umgegangen werden sollte. Im März 1983 wandte sich Robert Gerwin an seinen Vorgesetzten Edmund Marsch, den Abteilungsleiter für Auslandsbeziehungen und Öffentlichkeitsarbeit, und brachte in deutlichen Worten sein Unbehagen zum Ausdruck: »Was die Max-Planck-Gesellschaft wirklich und dringendst braucht, ist eine Aufarbeitung der KWG-Geschichte von 1933–1945. Es ist nahezu peinlich, wenn wir auf alle Fragen zu dieser Zeit passen müssen. Niemand nimmt uns da Unwissenheit ab.« Dabei war sich Gerwin bewusst, dass »eine Darstellung dieses Zeitabschnitts erhebliche Schwierigkeiten machen wird« und einen vorläufigen Charakter haben müsse.²³⁹

Als der Beirat des Archivs der MPG eine Woche später den Vorschlag des Historikers Bernhard vom Brocke diskutierte, zum Jubiläum eine Gesamtdarstellung der Geschichte der KWG und der MPG zu erarbeiten, war man sich einig, dass die Zeit des Nationalsozialismus nicht ausgeklammert werden dürfe.²⁴⁰ Die konzeptionellen

233 Max-Planck-Gesellschaft, Presseerklärung, 14.3.2016, <https://www.mpg.de/10375426/max-planck-gesellschaft-fuehrt-gesamtrevision-ihrer-prepare-sammlungen-durch>. Zu den bisherigen Ergebnissen des Forschungsprojekts siehe auch den Zwischenbericht der Forschergruppe an den Bayerischen Landtag vom 15.1.2019: Max-Planck-Gesellschaft, Zwischenbericht, 17.2.2020, <https://www.mpg.de/14472459/zwischenbericht-des-opferforschungsprojekts-wurde-dem-bayerischen-landtag-uebergeben>. Die Funde der Hirnschnitte 2015 lagen außerhalb des vorgesehenen Untersuchungszeitraums des Forschungsprogramms zur Geschichte der MPG, weshalb sie an dieser Stelle nicht untersucht werden können.

234 Heimpel, *Gegenwartsaufgaben*, 1960, Zitate 45 u. 56.

235 Berg, *Der Holocaust*, 2003, 251.

236 Siehe u. a. die Arbeiten von Götz Aly, Anna Bergmann, Gabriele Czarnowski, Annegret Ehmman, Ernst Klee, Benno Müller-Hill, Peter Weingart, Jürgen Kroll und Kurt Bayertz im Literaturverzeichnis.

237 Weindling, *Weimar Eugenics*, 1985; Lifton, *The Nazi Doctors*, 1986; Proctor, *Racial Hygiene*, 1988; Weindling, *Health*, 1989.

238 Walker, *German National Socialism*, 1989; Walker, *Uranmaschine*, 1990; Walker, *Legenden*, 1990. Zu den Kontroversen siehe die Literaturzusammenstellung »KWG/MPG historisch« (1980–1991) des Pressereferats der MPG in: GVMPG, BC 247300.

239 Robert Gerwin an Edmund Marsch, Notiz. Betr., Aufarbeitung der MPG-Geschichte. Vermerk von Bernhard vom Brocke, 8.3.1983, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 4959, fol. 125–126.

240 Auszug aus dem Ergebnisprotokoll der 6. Sitzung des Beirates der Bibliothek und des Archivs der MPG, 16.3.1983, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 82, fol. 673.

Vorstellungen schwankten jedoch zwischen einem klassischen Jubiläumsband mit ausgewählten Dokumenten und Bildern und einer umfassenderen historischen Studie.²⁴¹ Schon früh herrschte unter den Beteiligten Skepsis, ob sich das anspruchsvolle Vorhaben – angesichts der noch zu leistenden Forschungsarbeit – innerhalb der verfügbaren Zeit von knapp drei Jahren überhaupt realisieren lassen würde.

Die Skepsis erwies sich als berechtigt. Als die MPG 1986 ihr Jubiläum beging, lag der von Vierhaus und vom Brocke herausgegebene Sammelband, dessen Erarbeitung Reimar Lüst 1983 angeregt hatte, noch nicht vor.²⁴² Der rund 1.000-seitige Sammelband erschien erst 1990 mit vierjähriger Verspätung.²⁴³ Zur Geschichte der KWG im »Dritten Reich« enthielt der Sammelband erstmals eine wissenschaftliche Untersuchung, die auf Initiative der MPG entstanden war. Deren Autoren Helmuth Albrecht und Armin Hermann vertraten die These, die »Selbstgleichschaltung« der KWG habe Schlimmeres verhindert, etwa eine angeblich drohende »grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft im nationalsozialistischen Sinne«.²⁴⁴

Konkrete Überlegungen zur Einrichtung einer Präsidentenkommission »Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus« wurden erstmals im Frühjahr 1995 gegen Ende der Präsidentschaft Hans F. Zachers angestellt. Unmittelbarer Anlass war die Veröffentlichung mehrerer kritischer Artikel zur Gründung des MPI für Wissenschaftsgeschichte, darunter in der *Süddeutschen Zeitung*. Das neu gegründete Institut betreibe – so der Vorwurf – Wissenschaftsgeschichte »ganz interdisziplinär und philosophisch, ganz dem hohen Ton der Epistemologie verpflichtet und ohne jeden Blick auf ihre eigene Geschichte, auf Mengele et al.«²⁴⁵

Im Mai 1995 wandte sich der Generalsekretär der MPG, Wolfgang Hasenclever, jedoch nicht an das MPI für Wissenschaftsgeschichte, sondern an die Direktoren des MPI für Geschichte in Göttingen, Hartmut Lehmann und Otto Gerhard Oexle, und bat sie um konzeptionelle Überlegungen für ein Forschungsprojekt zur Geschichte der KWG im Nationalsozialismus. Weder der Mediävist Oexle noch Lehmann, dessen Forschungsschwerpunkte in der Frühen Neuzeit und dem Ersten Weltkrieg lagen, waren auf dem Gebiet der Wissenschaftsgeschichte ausgewiesen oder bis dahin mit Arbeiten zur Geschichte des Nationalsozialismus hervorgetreten.²⁴⁶ Lehmann nahm mit Jürgen Renn, der 1994 zum Direktor des neuen MPI für Wissenschaftsgeschichte berufen worden war, Kontakt auf und lud ihn und seine Ko-Direktorin Lorraine Daston zur Zusammenarbeit ein. Renn erklärte umgehend seine Bereitschaft, sich an dem Projekt zu beteiligen, zumal am MPI für Wissenschaftsgeschichte hierzu bereits Forschungen unternommen würden.²⁴⁷

Nach Sondierungsgesprächen im Juni 1995²⁴⁸ und einem informellen Treffen mit der Archivleitung im Mai 1996²⁴⁹ legte Renn im Dezember 1995 ein erstes Eckpunktepapier vor, das thematische Schwerpunkte für ein Forschungsvorhaben zur Geschichte der KWG im Nationalsozialismus enthielt.²⁵⁰ Im Mai 1996 wurden bei einem Arbeitstreffen im MPI für Geschichte Quellenlage, Forschungsstand, methodische Überlegungen und Finanzierungsfragen erörtert.²⁵¹ Die informelle Arbeitsgruppe verständigte sich darauf, das aus Mitteln der MPG finanzierte Forschungsvorhaben organisatorisch an das MPI für Wissenschaftsgeschichte in Berlin anzubinden. Die dort tätige Historikerin Doris Kaufmann sollte die leitenden Fragestellungen für das geplante Forschungsprogramm entwickeln und als Projektleiterin gewonnen

241 Gerwin an Marsch. Vermerk. Betr.: MPG-Jubiläumsband für 1986, 29.8.1983, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 82, fol. 666.

242 Anlässlich der Jubiläumsfeier veröffentlichte Robert Gerwin eine Artikelserie zur Geschichte der KWG und der MPG, in der er die KWG als Opfer nationalsozialistischer Politik darstellte. Gerwin, 75 Jahre Max-Planck-Gesellschaft, 1986, 59. Kritisch dazu Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 1036–1040.

243 Vierhaus und vom Brocke, *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft*, 1990.

244 Albrecht und Hermann, *KWG im Dritten Reich*, 1990, 375.

245 Schmittler, Einstein nicht unter uns, *Süddeutsche Zeitung*, 3.4.1995. Siehe auch ähnlich lautende Vorwürfe in: Fischer, Über den blutigen Spuren ein Elysium für Philosophen, *Die Weltwoche*, 20.5.1993.

246 Schöttler, *MPI für Geschichte*, 2020.

247 Renn an Lehmann, 9.6.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 58, Nr. 1, fol. 257.

248 Vermerk: Gespräch mit Oexle, Renn am 21.6.1995 in Potsdam. Thema: Erforschung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich, undatiert, AMPG, III. Abt., ZA 180, Nr. 62, fot. 169.

249 Matthiesen: Besprechungsprotokoll der Arbeitsgruppe zur Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im »Dritten Reich«, 9.5.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 58, Nr. 1, fol. 245–247; Renn an Fromm, 29.3.1996, ebd., fol. 252.

250 Jürgen Renn, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Schatten des NS, 12.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 58, Nr. 1, fol. 82–84.

251 Matthiesen: Besprechungsprotokoll der Arbeitsgruppe zur Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im »Dritten Reich«, 9.5.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 58, Nr. 1, fol. 245–247.

werden.²⁵² Zwischenzeitlich wurden von Jürgen Renn konzeptionelle Überlegungen für das Forschungsvorhaben eingeholt.²⁵³ Unter Einbeziehung dieser Vorarbeiten legte Kaufmann im Oktober 1996 eine Problemskizze vor, welche die Grundlage der weiteren Diskussion bildete.²⁵⁴

Im April 1997 wandte sich der inzwischen zum MPG-Präsidenten ernannte Hubert Markl an den an der Technischen Universität Berlin lehrenden Historiker Reinhard Rürup und seinen Kollegen Wolfgang Schieder von der Universität zu Köln und erläuterte ihnen das Vorhaben, das 1998 zum 50. Jahrestag der Gründung der MPG starten sollte. Das Projekt solle »zwar von der Max-Planck-Gesellschaft initiiert und verantwortet, nicht aber mit eigenen Kräften bewältigt werden« und sei »für die konkrete Forschungsarbeit im Wesentlichen auf die Expertise externer Wissenschaftler aus Universitäten des In- und Auslands« angewiesen. Markl bat Rürup und Schieder, den Vorsitz der Präsidentenkommission zu übernehmen.²⁵⁵ Die beiden erklärten ihre Bereitschaft und erhielten im Oktober 1997 offizielle Einladungsschreiben des Präsidenten der MPG. Die Leitung der Präsidentenkommission durch zwei Historiker, die nicht der MPG angehörten, sollte die wissenschaftliche Unabhängigkeit des geplanten Forschungsprogramms sichtbar unterstreichen.²⁵⁶ Mitte November unterrichtete Markl den Senat der MPG über die Einsetzung der Präsidentenkommission, ihre Aufgaben und Ziele.²⁵⁷

Die Einrichtung des Forschungsprogramms »Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus« ist zeithistorisch vor dem Hintergrund der bundesdeutschen und internationalen Auseinandersetzungen um die NS-Vergangenheit zu sehen. Ab Mitte der 1980er-Jahre hatte die kritische Unternehmensgeschichte

aufgezeigt, wie Unternehmen von »Arisierungen«, der Ausbeutung von Sklaven- und Zwangsarbeiter:innen und dem Raub von Vermögen in den okkupierten Ländern profitiert hatten.²⁵⁸ Im Deutschen Bundestag und im Europaparlament geführte Debatten über eine Entschädigung von Überlebenden der NS-Zwangs- und Sklavenarbeit, Sammelklagen gegen deutsche Unternehmen in den USA und internationale diplomatische Verhandlungen erzeugten politischen Handlungsdruck. Im Februar 1999 gründeten deutsche Großunternehmen eine Stiftungsinitiative, die nach langwierigen Auseinandersetzungen über die Entschädigungshöhe und die von Unternehmen geforderte Rechtssicherheit vor weiteren Klagen im Juli 2000 zu der von Bundestag und Bundesrat beschlossenen Gründung der »Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« führten.²⁵⁹ Mit der 1995 eröffneten und in 34 Städten gezeigten Wehrmacht-Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung rückten die Dimensionen des nationalsozialistischen Vernichtungskriegs in den Fokus. Sie löste eine breite öffentliche Debatte über lange tabuisierte Verbrechen der angeblich »sauber« gebliebenen Wehrmacht aus.²⁶⁰ Auch die Wissenschaft und mit ihr die Beteiligung der KWG an nationalsozialistischen Medizinverbrechen geriet nun verstärkt in die Diskussion.

Als sich die MPG dem öffentlichen Erwartungsdruck beugte, sich ihrer historischen Verantwortung zu stellen und die Geschichte ihrer Vorgängerorganisation im Nationalsozialismus wissenschaftlich untersuchen zu lassen, erschien dies überfällig. Gleichwohl war die MPG 1997 die erste bundesweite Forschungsorganisation, die ihre NS-Vergangenheit durch ein größeres Forschungsprogramm aufarbeiten ließ. Der zuvor von der DFG unternommene

252 Reinhard Rürup, Vermerk, Ergebnisse der Sitzung der Arbeitsgruppe »Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus« in Bremen am 3.6.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 58, Nr. 1, fol. 207; Renn an Henning, Betr. Geschichte der KWG im NS, 10.7.1996, ebd., fol. 248; Kaufmann an Rürup, 20.6.1997, ebd., fol. 206.

253 Mitchell G. Ash, Die Wissenschaften im Nationalsozialismus am Beispiel der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 10.9.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 58, Nr. 1, fol. 72–81; Ulrich Marsch, Forschungsfragen zur Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und einzelner Institute in der Zeit des Nationalsozialismus, undatiert, ebd., fol. 93–96; Klaus A. Vogel (Berlin/Rom): Überlegungen zum Forschungsvorhaben »Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus«, September 1996, ebd., fol. 99–105.

254 Doris Kaufmann: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und ihre Institute im Nationalsozialismus, 14.10.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 58, Nr. 1, fol. 46–54.

255 Markl an Rürup, 7.4.1997, AMPG, III. Abt., ZA 180, Nr. 62, fot. 184–185; Markl an Schieder, 7.4.1997, ebd., fot. 192–193.

256 Markl an Rürup und Schieder, 13.2.1998, AMPG, II. Abt., Rep. 58, Nr. 1, fol. 177–178.

257 Protokoll der 147. Sitzung des Senats der MPG vom 14.11.1997 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 147.SP, fol. 11–12 und Materialien. Tagesordnungspunkt 6. Einsetzung einer Präsidentenkommission »Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus«, ebd., fol. 300–305.

258 Borggräfe, *Zwangsarbeiterentschädigung*, 2014, 150–170 und exemplarisch am Fallbeispiel der Daimler-Benz A.G.: Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, *Daimler-Benz-Buch*, 1987; Brünger, *Umstrittene Konzerne*, 2020.

259 Winkler, *Stiften gehen*, 2000; Spiliotis, *Verantwortung und Rechtsfrieden*, 2003; Borggräfe, *Zwangsarbeiterentschädigung*, 2014.

260 Heer und Naumann, *Vernichtungskrieg*, 1995; Hamburger Institut für Sozialforschung, *Vernichtungskrieg*, 1996. Zur Revision und Neukonzeption der in die Kritik geratenen ersten Wehrmachtausstellung siehe Bartov et al., *Bericht der Kommission*, 2000; Jureit und Stiftung Hamburger Institut für Sozialforschung, *Verbrechen der Wehrmacht*, 2002.

Versuch, die komplexe wissenschafts- und institutionsgeschichtliche Aufarbeitung ihrer NS-Vergangenheit einem einzelnen Historiker zu übertragen, hatte sich als unzureichend erwiesen. Die von Notker Hammerstein im Auftrag der DFG erarbeitete Untersuchung war – auch international – wegen mangelnder Quellenkritik, sprachlicher Ausrutscher und Auslassungen als beschönigend und methodisch unzureichend kritisiert worden.²⁶¹ DFG-Präsident Ernst-Ludwig Winnacker folgte dem Vorbild der MPG und initiierte im Frühjahr 2000 ein von Rüdiger vom Bruch und Ulrich Herbert geleitetes Forschungsprogramm der unabhängigen Forschergruppe »Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1920–1970«.²⁶² Im Mai 2006 wurde die »Historische Kommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Robert-Koch-Instituts im Nationalsozialismus« ins Leben gerufen, deren Leitung Volker Hess und Rüdiger vom Bruch übernahmen.²⁶³ Dem Forschungsprogramm der Präsidentenkommission der MPG kam damit eine Vorreiterrolle zu²⁶⁴ – 19 Monografien und zahlreiche Einzelstudien gingen daraus hervor.²⁶⁵ Voraussetzung für eine Reihe fundamentaler Paradigmenwechsel in der Geschichtsschreibung über die Wissenschaften im Nationalsozialismus war die quellenbasiert abgesicherte Kritik, Widerlegung und Dekonstruktion wirkungsmächtiger Narrative der im Nationalsozialismus aktiven Wissenschaftlergeneration, die nach 1945 als selbstlegitimatorische Argumentationsmuster entwickelt worden waren.

6.6.4 Die Bitte des Präsidenten um Vergebung

Noch bevor das Forschungsprogramm der Präsidentenkommission »Geschichte der KWG im Nationalsozialismus« erste Ergebnisse präsentieren konnte, wurden

Forderungen nach einer Entschuldigung des Präsidenten der MPG bei den Opfern unethischer Forschung und verbrecherischer Menschenversuche laut. Bei der Auftakttagung des Forschungsprogramms forderte Benno Müller-Hill die MPG auf, »die letzten überlebenden Zwillinge« der Menschenversuche von Mengele »zu einer Konferenz« einzuladen und die Opfer um Entschuldigung zu bitten. Ernst Klee wiederholte diese Forderung in einem Artikel in der *Zeit* im Januar 2000.²⁶⁶

MPG-Präsident Hubert Markl reagierte hierauf in einem längeren Leserbrief an *Die Zeit* zunächst ablehnend, weil er den Ergebnissen des unabhängigen Forschungsprogramms »nicht in eilfertiger Vorwegnahme ihres Urteils unter dem Druck der Öffentlichkeit« vorgehen wolle. Markl betonte, er sei persönlich der Ansicht, dass sich die Täter bei ihren Opfern entschuldigen müssten: »Wer als selbst nicht Beteiligter – im Namen nicht zum Schuldbekennnis bereiter, vielleicht sogar reueloser Täter, insbesondere solcher, die bereits verstorben sind – Opfer für unverzeihliche Taten um Verzeihung bittet, maßt sich eine moralische Kompetenz an, die ihm nicht zukommt.« Ferner gab Markl zu bedenken, dass der Präsident der MPG »kein gewählter Vertreter des deutschen (Wissenschaftler-)Volkes« sei, »wie ein Bundespräsident oder Bundeskanzler, die in der Tat befugt sind, im Namen des ganzen deutschen Volkes um Verzeihung zu bitten«.²⁶⁷

Im Oktober 2000 veröffentlichten Benoît Massin und Carola Sachse vom Forschungsprogramm eine Bestandsaufnahme zur biowissenschaftlichen Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten im Zusammenhang mit den Verbrechen des NS-Regimes.²⁶⁸ Trotz offener Forschungsfragen bestätigte ihr Bericht in einer Reihe von Fällen die Beteiligung von Wissenschaftler:innen der KWG an ethisch unzulässigen und verbrecherischen Menschen-

261 Hammerstein, *Deutsche Forschungsgemeinschaft*, 1999. Siehe dazu die kritischen Rezensionen von Klee, Die Deutsche Forschungsgemeinschaft feiert 80. Geburtstag, *Die Zeit*, 12.10.2000; Haar, Rezension: Hammerstein Notker, 2000, sowie Finetti, Research as »normal«, 1999.

262 Winnacker, Späte Aufklärung (Leserbrief), *Die Zeit*, 26.10.2000. Siehe auch Forschergruppe zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1920–1970, 14.2.2006. <https://web.archive.org/web/20060214034027/http://projekte.geschichte.uni-freiburg.de/DFG-Geschichte/>.

263 Robert Koch-Institut, Geschichte des RKI, 12.5.2006, https://www.rki.de/DE/Content/Service/Presse/Pressemitteilungen/2006/13_2006.html; Kopke und Schmaltz, Das RKI im Nationalsozialismus, 7.8.2022, <http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-120171>; Hüntelmann, Infektionskrankheiten und Institutionen, 7.8.2022, <http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-120831>; Hinz-Wessels, *Das RKI im Nationalsozialismus*, 2008; Hulverscheidt und Laukötter, *Infektion und Institution*, 2009.

264 Zur Bestandsaufnahme der Forschung siehe Kaufmann, Kongressbericht, 2000; Kaufmann, *Geschichte*, 2000.

265 Zu den Publikationen des Forschungsprogramms »Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus« siehe: Veröffentlichungen/Publications, <https://www.mpiwg-berlin.mpg.de/KWG/publications.htm>. Siehe dazu auch die Sammelrezension: Ash, Rezension KWG, 2010.

266 Klee, Auschwitz, *Die Zeit*, 27.1.2000.

267 Markl, Anmaßung, *Die Zeit*, 10.2.2000.

268 Sachse und Massin, *Biowissenschaftliche Forschung*, 2000.

versuchen sowie die Verwendung von Humanpräparaten von Opfern des NS-Regimes zu Forschungszwecken.

Nunmehr hielt Markl – nach Beratungen in der Generalverwaltung – den Zeitpunkt für gekommen, seine Zweifel, ob eine stellvertretende Entschuldigung als Präsident der MPG angemessen sei, zu überwinden und diese Entschuldigung öffentlich auszusprechen. Wie erwähnt lud der Präsident für den 7. und 8. Juni 2001 zu einem von dem Forschungsprogramm organisierten wissenschaftlichen »Symposium über Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten« ein, auf dem neue Forschungsergebnisse zu den im Kontext der KWG begangenen unethischen Humanversuchen und Medizinverbrechen vorgestellt und in Anwesenheit von acht Frauen und Männern, die als Kinder und Jugendliche Menschenversuche in nationalsozialistischen Konzentrationslagern überlebt hatten, diskutiert wurden.

Vor Beginn des Symposiums äußerte sich Markl in einer viel beachteten Rede zur Verantwortung der MPG. Unter den teilnehmenden Ehrengästen waren auch ehemalige Häftlinge des Vernichtungslagers Auschwitz, die als Kinder Opfer der Zwillingsversuche des KZ-Arztes Josef Mengele geworden waren. Markl benannte die aktive Beteiligung von Wissenschaftler:innen der KWG an medizinischen Verbrechen im Nationalsozialismus und bat die überlebenden Opfer öffentlich um Vergebung. Er räumte ein, dass die historische Aufarbeitung »gewiss ein Versäumnis der Max-Planck-Gesellschaft wie so vieler Organisationen, Unternehmen und Institutionen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg« gewesen sei.²⁶⁹ Als »Organisation der Spitzenforschung« sei die 1948 gegründete MPG eine »neue Organisation«, stehe aber »zugleich wissenschaftlich in vielerlei Hinsicht ganz in der Tradition der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, deren bestem wissenschaftlichen Erbe sie sich verpflichtet fühlte und das sie bis heute zu bewahren« suche. Dieses Erbe anzutreten bedeute auch, »Verantwortung für das Ganze zu übernehmen«, einschließlich der negativen Seiten, und »das Eingeständnis von Schuld«.²⁷⁰ Inzwischen lägen »wissenschaftliche Befunde vor, die eine geistige Miturheberschaft und zum Teil sogar aktive Mitwirkung

von Direktoren und Mitarbeitern von Kaiser-Wilhelm-Instituten an den Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes historisch zweifelsfrei belegen«.²⁷¹

Markl erklärte, er wolle sich »für das Leid entschuldigen, das den Opfern dieser Verbrechen – den Toten wie den Überlebenden – im Namen der Wissenschaft angetan wurde«, und schloss seine Rede mit den Worten: »Die ehrlichste Art der Entschuldigung ist daher die Offenlegung der Schuld; für Wissenschaftler sollte dies vielleicht die angemessenste Art der Entschuldigung sein. Um Verzeihung bitten kann eigentlich nur der Täter. Dennoch bitte ich Sie, die überlebenden Opfer, von Herzen um Verzeihung für die, die dies gleich aus welchen Gründen selbst auszusprechen versäumt haben.«²⁷²

Nach dem Symposium wandten sich Überlebende der Menschenversuche Mengeles an Markl und dankten ihm für seine Rede und den Austausch. Zugleich machten sie auf ihre verfolgungsbedingten psychischen und gesundheitlichen Probleme aufmerksam. Eva Mozes Kor, die 1984 die Selbsthilfeorganisation CANDELS (Children of Auschwitz Nazi Deadly Lab Experiments Survivors) gegründet hatte, bat Markl um eine monatliche Zahlung von 1.000 DM an jedes der noch lebenden Opfer der Zwillingsversuche Mengeles.²⁷³ Andere Überlebende fragten, ob eine Kostenübernahme von Therapien möglich sei.²⁷⁴

Die Bitte der Überlebenden wurde Mitte September 2001 im Vizepräsidentenkreis erörtert. Dort »bestand die einhellige Meinung, dass diese Anfragen angesichts der Einzelschicksale zwar nicht unangemessen« seien, »die Max-Planck-Gesellschaft jedoch diesen Forderungen als eine von Bund und den Ländern finanzierte Forschungseinrichtung nicht entsprechen« könne. Gleichwohl hatte man intern geprüft, ob durch die Veräußerung von Vermögen, das der MPG von der KWG übertragen worden war – zum Beispiel durch den Verkauf von Immobilien wie dem Harnack-Haus –, finanzielle Unterstützungsleistungen für Opfer der KZ-Versuche geleistet werden könnten. Nach Ansicht der Leitung der MPG war das in der MPG noch vorhandene Vermögen der KWG »viel zu gering, um auch nur eine Geste zu ermöglichen«.²⁷⁵ Nach einer rechtlichen Prüfung kam man darüber hi-

269 Markl, Entschuldigung, 2003, 41.

270 Ebd., 42.

271 Ebd., 47.

272 Ebd., 50–51.

273 Eva Mozes Kor an Markl, 20.7.2001, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 203, fol. 1–2.

274 Sabine Feiner an Bludau, Vermerk: Termin mit dem Pressesprecher der Stiftung der Deutschen Wirtschaft »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, Herrn Gibowski, am 16. Oktober, 10.10.2001, ebd., fol. 20.

275 Sabine Feiner, Vorbereitender Vermerk für den Vizepräsidentenkreis am 20.9.2001. Entschädigungsforderung an die Max-Planck-Gesellschaft seitens Überlebender von Menschenversuchen im Nationalsozialismus, 17.9.2001, ebd., fol. 54; Materialien für die 208. Sitzung des Verwaltungsrates (Vizepräsidentenkreis) der Max-Planck-Gesellschaft am 20. September 2001 in München. TOP 3 Forderung nach finanziellen Leistungen an NS-Opfer durch die MPG. Tischvorlage, ebd., fol. 52–53.

naus zu der Einschätzung, dass der MPG im Klagefall als »staatlich finanzierte Einrichtung der wissenschaftlichen Selbstverwaltung zuwendungsrechtlich von Bund und Ländern zwingend vorgeschrieben« sei, bezüglich möglicher Entschädigungsforderungen »Verjährung geltend zu machen«. ²⁷⁶

Auch der Vorschlag aus dem Forschungsprogramm »Geschichte der KWG im Nationalsozialismus«, einen Hilfsfonds für Härtefälle jenseits rechtlicher Ansprüche einzurichten, der aus Mitteln der MPG oder privaten Spenden finanziert werden könnte, wurde nicht aufgegriffen. ²⁷⁷ Die MPG habe »bislang in ihrer Verantwortung als Nachfolgeorganisation der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zwei Formen der Wiedergutmachung gewählt«: zum einen »die historische Aufarbeitung begangenen Unrechts durch das unabhängige Forschungsprogramm ›Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus‹ und die Anerkennung der Schuld durch die Entschuldigung des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft«, zum anderen »in Form symbolischer Gesten« wie der Einrichtung des Mahnmals in Berlin-Buch an die Opfer der NS-»Euthanasie«. ²⁷⁸ Eine materielle Entschädigung der Opfer von Menschenversuchen zählte nicht dazu.

Ende September 2001 bedankte sich Markl bei Eva Mozes Kor für die Schreiben und bat um Verständnis, dass die MPG bedauerlicherweise aus zuwendungsrechtlichen Gründen aus ihrem Haushalt keine Entschädigungs- oder Unterstützungszahlungen leisten könne. Der Verwendungszweck der Mittel der MPG sei ausschließlich auf Forschungstätigkeiten eingeschränkt. Markl verwies auf die Möglichkeit, bei der »Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, die ein besonderes Programm für Opfer von Menschenversuchen im Nationalsozialismus aufgelegt hatte, und beim Härtefonds des Bundesministeriums der Finanzen finanzielle Unterstützung zu beantragen. ²⁷⁹

Die vom Forschungsprogramm vorgelegten Ergebnisse wurden in der MPG und ihren Instituten nur selektiv rezipiert, wohl auch, weil die historische Selbstreflexion innerhalb der Naturwissenschaften gegenüber

Forschungsfragen zumeist eine nachrangige Bedeutung hat, weil die wachsende Zahl ausländischer Wissenschaftler:innen in der MPG sich mit der institutionellen Vorgeschichte ihrer Max-Planck-Institute in der KWG weniger identifizierten und weil es schließlich immer wieder zu Versuchen kam, die Vergangenheit zu beschönigen. Die alten Narrative und Verteidigungsstrategien waren in vielerlei Hinsicht noch längst nicht überwunden und der lange Schatten der KWG lag weiterhin über dem Selbstverständnis der MPG.

6.7 Strategische Wissenschaftskommunikation ab den 1990er-Jahren ²⁸⁰

Auch die jüngere Vergangenheit stellte das Selbstverständnis der MPG auf die Probe, insbesondere die deutsche Einigung, bei der die MPG eine zentrale Rolle bei der Neuordnung der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft spielte und dabei verstärkt in politische Auseinandersetzungen hineingezogen wurde. ²⁸¹ Dies brachte auch neue Herausforderungen für die Wissenschaftskommunikation mit sich. Auf Ebene der Generalverwaltung wandelte unter anderem Michael Globig und sein 1998 eingestellter Nachfolger Bernd Wirsing Gerwins »Pressestelle« zu einer modernen Kommunikationsabteilung um. ²⁸² 1994 wurde zur Unterstützung für die Betreuung der nun zunehmend auch auf Wissenschaftspolitik ausgerichteten Öffentlichkeitsarbeit Andreas Trepte, der bislang für die Betreuung der Arbeitsgruppen in den neuen Bundesländern zuständig gewesen war, abgestellt. ²⁸³ Begründung war die andauernde »Kritik an der Präsentation der Max-Planck-Gesellschaft in der Öffentlichkeit«, die die Generalsekretärin Barbara Bludau und das Präsidium schließlich 1997 dazu veranlassten, ein neues Konzept- und Strategiepapier für Öffentlichkeitsarbeit mit externer Unterstützung erarbeiten zu lassen. ²⁸⁴ Ziel war der Ausbau der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit angesichts »sich verändernder Kommunikationsbeziehungen, sich verändernder politischer, gesellschaftlicher und finanzieller Rahmenbedingungen, der zunehmenden internationalen Verflechtung von Wis-

276 Sabine Feiner: Vermerk an Teilnehmer der Abteilungsleiterbesprechung mit dem Präsidenten am 11.9.2001, 6.9.2001, ebd., fol. 86–87.

277 Ebd., fol. 86.

278 Ebd., fol. 87.

279 Hubert Markl an Eva Mozes Kor, 24.9.2001, ebd., fol. 29–30.

280 Der nachfolgende Text stammt von Juliane Scholz.

281 Siehe oben, Kap. II.5.

282 Ebersold an die Mitglieder des Vizepräsidentenkreises zur Sitzung am 13.10.1997, Statusbericht zur Fortentwicklung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der MPG, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 4, fol. 2–13.

283 Vertraulicher Vermerk von Marsch, betrifft Dr. Trepte, 13.4.1994, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 12, fol. 158–159.

284 Bludau an Wolf Singer (Vorsitzender des WR), 18.6.1997, ebd., fol. 156–157.

senschaft und Forschung einer sich im Zuge der deutschen Vereinigung verändernden MPG«. ²⁸⁵ Wichtig war zudem, dass die verantwortlichen Redakteure die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der MPG seit den 1980er-Jahren mit »großer Selbstständigkeit – ohne ständige Überprüfung und Genehmigung der Texte durch Abteilungsleiter, Generalsekretär und Präsident« ²⁸⁶ – ausführten.

Die Neuausrichtung der gesamten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Generalverwaltung ist – ebenso wie die oben beschriebene Gründung der unabhängigen Historikerkommission zur NS-Geschichte der KWG – vor dem Hintergrund des Jubiläumsjahrs 1998 zu verstehen. Sie war damit Teil einer umfassenden neuen Kommunikationsstrategie der MPG, die mithilfe einer PR-Agentur aus München erarbeitet wurde und erstmals »konkrete Maßnahmen im Bereich einer breitenwirksamen Öffentlichkeitsarbeit« benennen und zielgerichtet arbeiten sollte. ²⁸⁷ Damit verlegte sich die neue Kommunikationsabteilung nach außen vor allem auf die Pflege der Selbstdarstellung der MPG als einheitliche Organisation, auf die Darstellung der bisherigen und zukünftigen Bedeutung im deutschen Forschungssystem und die Rechenschaftspflicht in Bezug auf die von ihr erzielten Leistungen. Nach innen kommunizierte sie nun geschlossen und förderte eine spezifische Corporate Identity unter den Beschäftigten, die sich zunehmend als Teil einer wissenschaftlichen Leistungselite verstehen sollten. ²⁸⁸ 1998 schlossen sich die Pressebeauftragten der Max-Planck-Institute im Raum München zu einem Koordinationskreis mit Vertreter:innen des Bayerischen Rundfunks (BR) zusammen und intensivierten dadurch ihre Zusammenarbeit mit den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten. ²⁸⁹

Kernaufgabe der Kommunikationspolitik blieb dennoch die Forschungsberichterstattung, die die MPG und ihre Wissenschaftler:innen als »selbstbewusste, aufgeschlossene und faire Partner im Dialog mit der Öffentlichkeit« porträtieren sollte. Gleichzeitig sah das

Positionspapier aber auch vor, dass die Beteiligung der einzelnen Forscher:innen innerhalb der Max-Planck-Institute an der Kommunikation des jeweiligen Instituts auf das notwendige Minimum beschränkt werden sollte, schließlich sei Kommunikation kein Selbstzweck. ²⁹⁰ Es lag auf der Hand, dass diese widerstreitenden Zielsetzungen nicht allesamt einlösbar waren. Sie hatten zudem handfeste budgetäre Konsequenzen. So sollte der Jahresetats Zentrale Kommunikation von 0,07 Prozent auf 0,25 Prozent Anteil am Gesamthaushalt – das entsprach 1996 vier bis fünf Millionen DM – erhöht werden. ²⁹¹

Das neue Kommunikationskonzept zielte vor allem darauf, die MPG als »national und international anerkannte Forschungs-Leistungselite« zu positionieren, als »Instanz zum Nachfragen« und »Voice of Authority«. Das neue PR-Konzept beruhte auf einem aktiven Agenda-Setting und einer strategischen Kommunikationspolitik, die aber zugleich festschrieb, dass sich die nötige Kommunikation in die »korporatistischen« Korsettstangen« des gewachsenen gesamtdeutschen Wissenschaftssystems einpassen, das heißt auf die Sonderrolle der MPG als Instanz für exzellente Grundlagenforschung fokussieren sollte. ²⁹²

Mit der ersten Instituts-Website 1996 begann der Übergang von der Offline- zur Online-Kommunikation. Auf den frühen Internetseiten ging es zuvörderst um Informationen für Beschäftigte und die Servicefunktion der Generalverwaltung für die Institute. Viele Inhalte waren nur einem eingeschränkten Kreis zugänglich. ²⁹³ Die ersten Institute mit eigenen Websites, die ab 1996 an den Start gingen, waren das MPI für Bildungsforschung, das MPI für Informatik und das MPI für extraterrestrische Physik. In Berlin etablierte sich davon ausgehend das Gemeinsame Netzwerkzentrum zusammen mit dem Fritz-Haber-Institut, das bis heute den Berliner Instituten als Rechenzentrum dient. ²⁹⁴

Der erste für eine breite Öffentlichkeit konzipierte Internetauftritt wurde dann zum 50-jährigen Bestehen

285 Ebersold an die Mitglieder des Vizepräsidentenkreises zur Sitzung am 13.10.1997, Statusbericht zur Fortentwicklung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der MPG, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 4, fol. 3.

286 Vermerk Mitarbeiter Pressereferat, München, 14.12.1984, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 55, fol. 3.

287 Ebersold an die Mitglieder des Vizepräsidentenkreises zur Sitzung am 13.10.1997, Statusbericht zur Fortentwicklung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der MPG, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 4, fol. 2–13, Zitat fol. 4.

288 Ebd., fol. 5.

289 Bernd Wirsing, Vermerk, Kooperation mit dem BR vom 8.5.1998, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 12, fol. 1–2.

290 Ebersold an die Mitglieder des Vizepräsidentenkreises zur Sitzung am 13.10.1997, Statusbericht zur Fortentwicklung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der MPG, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 4, fol. 6.

291 Ebd., fol. 12.

292 Ebd., fol. 5–7.

293 Max-Planck-Gesellschaft, 2.8.1997, <https://web.archive.org/web/19970802170101/http://www.gwdg.de/~hkuhn1/mpggv.html>.

294 Max-Planck-Institut für Informatik, <https://web.archive.org/web/2/http://mpi-inf.mpg.de/>; Max-Planck-Institut für extraterrestrische Physik, <https://web.archive.org/web/2/http://mpe.mpg.de/>; Max Planck Institute for Human Development, <https://web.archive.org/web/2/http://mpib-berlin.mpg.de/>; Fritz Haber Institute, <https://web.archive.org/web/2/http://fhi-berlin.mpg.de/>.

der Gesellschaft unter der Domain www.mpg.de vorbereitet.²⁹⁵ Die Website ging 1998 mit einem Festakt online.²⁹⁶ Das Jubiläumsjahr wurde durch einen PR-Council begleitet.²⁹⁷ Der neue Abteilungsleiter Bernd Wirsing forcierte ab 1998 den digitalen Wandel und die Selbstdarstellung der Marke »MPG«. Zeitgleich stiegen die Ausgaben für die Wissenschaftskommunikation kontinuierlich. So lagen die Sachmittelaufwendungen im Jahr 2000 bei etwa 3,15 Millionen DM und hatten sich binnen drei Jahren fast verdoppelt. Auch die Zahl der vorgesehenen Planstellen hatte sich im gleichen Zeitraum von 11,5 auf 18,5 Personen erhöht.²⁹⁸ All diese Aktivitäten sind als Reaktion auf das deutsche »PUSH-Memorandum« von 1999 zu verstehen, in dem sich die bedeutenden deutschen Wissenschaftsorganisationen verpflichteten, den Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit zu fördern.²⁹⁹ Es folgte eine intensivierte Öffentlichkeitsarbeit und umfassende Wissenschaftskommunikation, die sich in der weiteren Aufstockung von Stellen und in einem erhöhten Organisationsgrad der Presse- und Kommunikationsabteilung niederschlugen.³⁰⁰

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit und der Wissenschaftskommunikation besonders durch externe Faktoren motiviert war und durch das Aufkommen einer zunehmend kritischen (Medien-)Öffentlichkeit immens beschleunigt wurde. So entwickelte sich die Öffentlichkeitsarbeit der 1950er- und 1960er-Jahre, die vornehmlich auf die Organisation von Events und die klassische Pressearbeit beschränkt war, in den 1970er- und 1980er-Jahren zunächst zu einem stärker informativen Wissenschaftsjournalismus in vielfältigen Kommunikationskanälen. In den 1990er-Jahren zeichnete sich in der Medienarbeit dann ein weiterer Wandel der Wissenschaftskommunikation und eine Hinwendung zu strategischen Maßnahmen nach »innen« (Markenkern) und nach »außen« (Kampagnen und Zielgruppenkommunikation) ab.³⁰¹ Dazu wurde auch auf die Expertise externer PR-Agenturen zurückgegriffen und in der Generalverwaltung eine moderne Abteilung für Wissenschaftskom-

munikation eingerichtet, die ab 1998 verstärkt auch auf Online-Kommunikation setzte.

6.8 Schlussbemerkung³⁰²

Selbstverständnis und Selbstdarstellung der Max-Planck-Gesellschaft haben sich im Laufe von mehr als sieben Jahrzehnten gewandelt. Das Selbstverständnis der MPG als herausragende Wissenschaftsorganisation der Grundlagenforschung hat sich in einem langen Prozess immer mehr vom Traditionsbezug auf die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gelöst. Ausschlaggebend dafür war wohl in erster Linie der Generationswandel, außerdem aber die Berufung auf eigene exzellente Forschungsleistungen und schließlich die späte Einsicht, dass die Verstrickungen der KWG in das NS-System einen Bruch unabdingbar machten. Angesichts der grundsätzlichen Übernahme des Modellcharakters der Kaiser-Wilhelm-Institute als autonome Institutionen der Spitzenforschung unter der Leitung herausragender Einzelforscher:innen und des damit zusammenhängenden Harnack-Prinzips ist der Gesellschaft dieser Ablösungsprozess allerdings sehr schwergefallen und hat sich über einen erstaunlich langen Zeitraum hingezogen.

Erkennbar ist diese Schwierigkeit unter anderem an der Beharrungstendenz bestimmter Topoi der Selbstdarstellung, die sich trotz Medienwandel und Professionalisierung der Wissenschaftskommunikation über den hier betrachteten Zeitraum immer noch am Muster der »genialen« Einzelleistung von Direktor:innen orientiert hat. Eher selten wurde auch dem kollektiven Charakter wissenschaftlicher Teamarbeit und ihren Verflechtungen mit anderen Formen der Arbeit, etwa wissenschaftsunterstützenden Tätigkeiten, in der Öffentlichkeitsarbeit Tribut gezollt, von der Langwierigkeit der Forschung, ihren Irrungen, Fehlschlägen und mühsamen Lernprozessen ganz zu schweigen. Dass diese Form der Selbstdarstellung natürlich auch Rückwirkungen auf das Selbstverständnis der Mitglieder als Angehörige einer privilegierten Leis-

²⁹⁵ Website Max-Planck-Gesellschaft, 25.1.1999, <https://web.archive.org/web/19990125101359/http://www.mpg.de/>.

²⁹⁶ Ebersold an die Mitglieder des Vizepräsidentenkreises zur Sitzung am 13.10.1997, Statusbericht zur Fortentwicklung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der MPG, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 4, fol. 8.

²⁹⁷ GV an Gerd Hombrecher 11.12.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 176, fol. 321.

²⁹⁸ Kopie der Materialien für die Sitzung des Verwaltungsrates der Max-Planck-Gesellschaft am 22.3.2001 in München, TOP 7 Entwicklung der Kosten der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Haushalt der Generalverwaltung 1997–2000, AMPG, II. Abt., Rep. 71, Nr. 183, fol. 176.

²⁹⁹ Wissenschaftsjahre 2000 bis 2009, 2009, 44.

³⁰⁰ Weitze und Heckl, *Wissenschaftskommunikation*, 2016, 20.

³⁰¹ Siehe auch unten, Kap. IV.10.6.

³⁰² Der nachfolgende Text stammt von Jürgen Renn.

tungselite hatte, ist offensichtlich. Diese Rückkopplung hat gewiss zu der bemerkenswert langfristigen Stabilität der für die MPG charakteristischen Konstellation von Selbstverständnis und Selbstdarstellung beigetragen.

Diese Konstellation war jedoch von Beginn an auch durch ein fundamentales Spannungsverhältnis charakterisiert, das seine Ursache in der Schwierigkeit hatte und hat, die für die Mitglieder und Mitarbeiter:innen der MPG jeweils identitätsstiftende Rolle der einzelnen Institute mit der Identität der Gesellschaft als Ganzes überzeugend zu verbinden. Aus der Sicht der Zentrale – und insbesondere aus Sicht der mit der Selbstdarstellung betrauten Organe und Personen – ließ sich diese Schwierigkeit auf das pragmatische Problem reduzieren, die vielen Einzelnen und ihre Leistungen nach außen hin zu einem Gesamtbild der MPG zusammenzufassen, mit dem sich in Öffentlichkeit und Politik für die strategischen Interessen der Gesellschaft argumentieren ließ. Für den inneren Betrieb der Gesellschaft jedoch, für das Funktionieren ihrer Organe, für die erfolgreiche Arbeit ihrer Sektionen und Kommissionen und erst recht für das Ausschöpfen der Potenziale der Kooperation innerhalb und zwischen den Instituten war eine solche äußere Klammer kaum ausreichend. Hier bedurfte es eines tiefer ansetzenden Selbstverständnisses als einer Gemeinschaft von Forschenden, das über die Interessen einer »Beutegemeinschaft« hinausging.

In den Anfangsjahren wurzelte dieses gemeinschaftliche Selbstverständnis in der weitgehend ähnlichen Herkunft und Sozialisation der Mitglieder und wurde durch die überschaubare Zahl der Mitglieder und informelle Kommunikationsprozesse begünstigt, gelegentlich auch durch die gemeinsame Abwehr von Kritik. Mit dem Generationswechsel in den Jahren des Booms, der Expansion der Gesellschaft, ihrer Internationalisierung und Diversifizierung im Hinblick auf Herkunft und

Geschlecht in den Jahren um die Jahrtausendwende schwächte sich die Bindekraft dieses Gemeinschaftsverständnisses allmählich ab. Die beschriebenen Veränderungen in der Wissenschaftskommunikation wie auch in der Vergangenheitspolitik der MPG in den 1990er-Jahren lassen sich durch diesen Wandel erklären. Die gegen den Verlust von Bindekraft und traditioneller Gruppenidentität ergriffenen Maßnahmen im Steuerungsbereich der Gesellschaft wie eine stärkere Formalisierung von Berufungs- und Entscheidungsprozessen, aber auch das Mantra der Selbstbeschreibung der MPG als Speerspitze der Grundlagenforschung reichten kaum aus, ein neues Selbstverständnis an die Stelle des alten zu setzen.

Das historische Gedächtnis der Gesellschaft wurde zu Gedenktagen aktiviert, an denen der alte Traditionsbezug auf die KWG einschließlich der damit verbundenen Verdrängungsleistungen immer wieder aufflackerte. Zur Ausbildung eines institutionellen Gedächtnisses, an dem sich das gemeinschaftliche Selbstverständnis der Gesellschaft hätte ausrichten können, kam es jedoch nicht. Der in den 1980er-Jahren diskutierte Gedanke, das Archiv der Gesellschaft mit einem Institut für Wissenschaftsgeschichte zu verbinden, wurde nie verwirklicht. (Dabei hat doch das Archiv selbst immer wieder Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte geleistet.) Damit wurde nicht nur die traditionelle Trennung zwischen archivalischer Sammlungstätigkeit und historischer Forschung festgeschrieben. Vielmehr hat man es versäumt, ein auf Dokumentation und Forschung gestütztes, institutionalisiertes historisches Gedächtnis auszubilden, das der kollektiven Selbstreflexion der Gesellschaft als Grundlage hätte dienen können, indem es ihr die Chance geboten hätte, aus ihren Erfahrungen – aus ihren Erfolgen ebenso wie aus ihren Fehlschlägen – zu lernen, auch in Bezug auf ihr Selbstbild und dessen Ausprägung nach innen ebenso wie nach außen.